

Jasmin Staiblin, Rudolf Wehrli, Sheryl Sandberg, Philip Roth

Nummer 11 – 14. März 2013 – 81. Jahrgang – Fr. 6.50 (inkl. MwSt.) – Euro 4.90

DIE WELTWOCH

80 JAHRE QUALITÄT



Meine Reise nach Fukushima

Was ich in den Reaktorblöcken des zerstörten Kernkraftwerks sah und erlebte.
Von Alex Baur

Geld für alle Welt

Der Bundesrat verteilt 1,2 Milliarden Franken auf Druck der Uno.
Von Urs Paul Engeler

Reizfigur Viktor Orbán

Ungarns Staatschef wird wieder mal missverstanden. *Von Boris Kálnoky*





strellson

SHOP AT STRELLSON.COM



Intern

Kollege Alex Baur gehört zu jener Sorte von Reportern, die möglichst alles mit den eigenen Augen und den eigenen Ohren aus erster Hand erfahren wollen. Ein Jahr lang bemühte er sich beim japanischen Stromriesen Tepco um eine Besuchsbewilligung für die Unfallreaktoren von Fukushima Daiichi. Nach unzähligen Mails und Telefonaten konnte er sich letzte Woche – als bisher einziger nicht in Japan stationierter Berichterstatter – zusammen mit siebzehn Berufskollegen vor Ort selber ein Bild machen. Noch nie zuvor wurden Journalisten so nahe an die Ruinen von Fukushima herangeführt. Das



Auf eigene Faust: Redaktor Baur in Fukushima.

havarierte AKW präsentiert sich heute als gigantische Baustelle, auf der 3000 Menschen arbeiten. Baur war beeindruckt von der Gelassenheit, mit der sich die Japaner an die Aufräumarbeit machen – und konsterniert ob der oft hysterischen Medienberichte im deutschsprachigen Raum.

Unser Berichterstatter nahm auch die Gelegenheit wahr, auf eigene Faust, zusammen mit dem Fotografen Christoph Bangert, durch die Sperrzone zu reisen, mit Betroffenen und den lokalen Behörden zu reden. Was er dabei erfuhr, stand oft in einem eklatanten Widerspruch zu dem, was bislang über Fukushima berichtet wurde. **Seite 38**

Einen aussergewöhnlichen Termin hatte unser Kulturredaktor Rico Bandle letzten Sonntag um Mitternacht im Flughafen Zürich. Der Fotograf Hannes Schmid,

international bekannt geworden durch seine Bilder von Rockstars und dem Marlboro-Man, wollte ihm exklusiv seine neueste Installation vorführen. Erst wenn alle Passagiere die Abflughalle hinter der Passkontrolle verlassen hätten, könne er mit der Präsentation beginnen. Der nächtliche Ausflug hat sich gelohnt: Die Projektion auf das 500 Quadratmeter grosse Fotoposter funktionierte, Band-



Nachts im Flughafen: Fotograf Schmid.

le war von dem gigantischen Kunstwerk und der Schaffenskraft des Künstlers tief beeindruckt. **Seite 48**

Es dauerte lange, bis das Gespräch zwischen Andreas Reinhart und dem *Weltwoche*-Mitarbeiter René Lüchinger stattfinden konnte. Mehrere Treffen waren dem vorausgegangen, meist im Zürcher Traditionslokal «Odeon», ein Jahr ging ins Land.

Nicht, dass der Spross der legendären Winterthurer Unternehmerfamilie ein misstrauischer Mensch wäre. Es ist nur so, dass er eigentlich über seine Geschichte bei Volkart nicht mehr sprechen wollte. Sie ist für ihn, wie er beteuert, Vergangenheit. Doch jetzt, wo ein neues Buch über die Firma erschienen ist, ist die Vergangenheit für Andreas Reinhart wieder Gegenwart: Sein Platz in der Geschichte, findet er, ist in dem 500-Seiten-Wälzer bis zur Unkenntlichkeit verkürzt. Und vor allem: Das Volkart-Erbe ist nicht tot. Es lebt in Stiftungen, im Fotomuseum Winterthur oder auch im alten Volkart-Sitz in Winterthur weiter. Das war dann für Andreas Reinhart Motivation genug, um stundenlang und ein letztes Mal über Volkart, die Firma, die Familie und das Erbe zu sprechen. **Seite 50**

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 225.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur,

Urs Paul Engeler, Urs Gehriger,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Lucien Scherrer,

Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Musciconico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Sacha Verna (*New York*),

Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Nadja Schmid (*Assistentin*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antunovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber, Raymond Kaufmann

Geschäftsführer: Sandro Rügger

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung WW-Magazin*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



ALWAYS ON TARGET !



Guardian

Ref. 6-5190.30.009

Gehäuse und Armband aus
PVD-Gun-beschichtetem Edelstahl
wasserdicht bis zu 10 ATM (100m)
Swiss Made



SWISS MILITARY
HANOWA



Weitere Informationen und Verkaufsstellen:

www.swissmilitary.ch

Hanowa AG, Solothurn, Tel. 032 329 39 80, info@hanowa.ch

Burgtheater

Erwachende EU-Skepsis unter Wiens Intelligenzija. Fukushima und der Atomausstieg.

Von Roger Köppel

Am Wochenende nahm ich an einer Diskussion im Wiener Burgtheater teil. Die österreichische Tageszeitung *Der Standard* lud ein. Neben mir auf der Bühne sassen der österreichische Bundespräsident Heinz Fischer, der bulgarische Staatspräsident Rossen Plewneliew sowie der österreichische EU-Kommissar Johannes Hahn. Es war eine interessante Veranstaltung, in der ich die Rolle des Schweizer «Krokodils» zu übernehmen hatte, wie man mir erklärte. Unter «Krokodil» verstehen die Österreicher einen Diskussionsteilnehmer, der den Konsens der Mehrheit aufmischt. Klar, dass die *Weltwoche* diesen Part zu spielen hatte.

Ohne meine Beiträge an die grosse Glocke hängen zu wollen: Ich glaube, der Standpunkt kam gut rüber, und vor allem kam er gut an. Mein Argument lautete: Die heutige EU ist fundamental instabil, weil sie zur Hälfte ein Staat ist und zur anderen Hälfte kein Staat, weder Fisch noch Vogel. Um zu funktionieren und die aktuellen Probleme zu lösen, werde die EU aber zwingend zu einem Superstaat werden müssen. Der Prozess sei im Gang, werde aber von Brüssel aus taktischen Gründen verschleiert. Die Unehrlichkeit sei jedoch längst bemerkt worden und bringe Brüssel-kritische Parteien nach vorne.

Ich illustrierte den Punkt mit Beispielen. Der Euro etwa erzwingt eine zentrale Budgetkontrolle. Es brauche Sanktionsmechanismen, Brüssels Autorität müsse gestärkt werden, sonst kollabiere die Währungsunion. Die Migrationsströme nach Europa erforderten ebenfalls gemeinschaftliche Lösungen. Wenn Spanien beispielsweise 700 000 illegale Einwanderer naturalisiere, habe dies wegen der offenen Binnengrenzen Auswirkungen auf alle Staaten Europas. Mehr Zentralismus sei die zwangsläufige Folge. Auch könne die Sicherung der europäischen Aussengrenzen nicht in der Verantwortung der Grenzstaaten bleiben. Man sehe schon heute, dass Italien beispielsweise keine Anreize habe, sich ans Dubliner Abkommen wirklich zu halten, viele Flüchtlinge würden einfach in den Norden durchgereicht.

Meine Schlussfolgerung war: Die EU bewege sich auf einem Holzweg in einen immer grösser werdenden Selbstwiderspruch. Um zu funktionieren, müsse sie zu einem Bundesstaat werden, aber ein europäischer Bundesstaat sei aufgrund der nationalen Unter-



«Zunehmende Vernunft».

schiede zum Scheitern verdammt. Die Differenzen seien unüberwindlich: kulturell, wirtschaftlich, innenpolitisch, aussenpolitisch, weltanschaulich, in jeder Hinsicht.

Wie lautet der Ausweg? Die Briten weisen den Weg. Premierminister Cameron lenkte in seiner vielbeachteten Europarede den Blick auf einen wichtigen Punkt. Niemand bestreitet die Vorteile der innereuropäischen staatlichen Zusammenarbeit. Natürlich sind gemeinsame Märkte, Freihandel und auch politische Kooperation wünschenswert und segensreich. Die Frage aber ist: Wie muss diese Zusammenarbeit organisiert werden? Die EU geht derzeit noch den von Frankreich und Deutschland vorgezeichneten Weg der immer stärkeren politischen Verschraubung und Unifizierung. Die Briten setzen sich für einen anderen Weg ein auf der Grundlage von Freiheit und nationalstaatlicher Souveränität. Es wäre der bessere Weg, auf dem auch eine Schweiz automatisch dabei wäre.

Ich war erstaunt, wie offen und positiv das österreichische Burgtheater-Publikum, das keineswegs aus EU-Skeptikern bestand, auf diese Darstellung reagierte. Als Europa-Optimist – wobei ich die Begriffe EU und Europa nicht synonym verwende – bleibe ich zuversichtlich, dass die Briten die entscheidenden Impulse liefern werden. Es kommt gut. Die Frage ist nur, wie lange es dauert.

In diesem Heft berichtet mein Kollege Alex Baur von seinem Besuch im Unglücks-AKW von Fukushima. Ich kann bezeugen, dass er nach seiner Rückkehr keine erhöhte Körperstrahlung aufwies. Alle redaktionsinternen Geigerzähler ticken im grünen Bereich. Ich

habe keine Sekunde gezögert, ihm die Hand zu schütteln oder ihn über längere Zeit in meinem Büro sitzen zu lassen. Was mich persönlich an seinem Bericht frappierte: Zwei Jahre nach der grössten nuklearen Katastrophe der Gegenwart haben die Japaner das Desaster weitgehend unter Kontrolle, und es ist keine Rede mehr davon, aus der Atomenergie auszuweichen. Inzwischen sind Deutschland und die Schweiz die einzigen Staaten, die nach wie vor der Meinung sind, sie könnten ihre industrielle Kapazität auf der Grundlage von Windrädern und Sonnenkollektoren aufrechterhalten. Na dann, viel Vergnügen. Ich will nicht zynisch klingen, aber die Leichtfertigkeit, mit der sich unsere Parteien geradezu lustvoll von einer Panikwelle ergreifen liessen, um die Atomenergie zu überwinden, hat etwas Wohlstandsverwahrlostes. Solange der Strom aus der Steckdose kommt und uns gutaussehende Grüne wie Bastien Girod unter medialem Applaus versichern, dass die «alternativen Energien» todsichere Wunderwaffen für unsere zukünftige Energieversorgung seien, scheinen weitergehende Befürchtungen unangebracht.

Derweil vernehmen wir aus den Vereinigten Staaten, dass dort die Forschung an der Hebung neuer Erdölreserven arbeitet. Vom Ausstieg aus den fossilen Trägern redet niemand, dafür werden Szenarien herumgeboten, nach denen die US-Industrie ihre Energiekosten bald schon dramatisch senken werde, während wir in der Schweiz eifrig damit beschäftigt sind, unsere Wettbewerbsfähigkeit durch mutwillig nach oben getriebene Energiepreise zu zerstören. Es kann ja sein, dass ein entnervter «Abzocker» nach Annahme der Minder-Initiative tatsächlich beschliesst, die Schweiz zu verlassen, wobei mir nicht klar ist, wo er eigentlich hingehen sollte. Völlig klar allerdings ist, dass Dutzende von Industrieunternehmen aus der Schweiz flüchten müssen, wenn sie in anderen Staaten markant tiefere Energiepreise bekommen. Bei aller Hochachtung vor Minders Kampf gegen die «Abzocker»: Es gibt wichtigere Fragen, mit denen wir uns beschäftigen sollten. Die Energieversorgung ist eine davon.

Das Erfreuliche an Alex Baur's Fukushima-Story ist der Befund, dass die Vernunft mit der Nähe zum Katastrophengebiet exponentiell zunimmt. Die Japaner gehen mit dem Unglück viel nüchterner und sachlicher um als die verschonten Schweizer oder Deutschen. Je weniger die Leute wissen, desto abenteuerlicher werden ihre Schlussfolgerungen aus Ereignissen, die sie selber nicht erlebt haben. Das nährt immerhin die Hoffnung, dass die Auswirkungen des überstürzt entschiedenen Energieausstiegs mittelfristig zu einer Korrektur der falschen Entscheidungen führen werden. Wenn Träume auf die Wirklichkeit prallen, siegt die Wirklichkeit.



Für starke Frauen: Sheryl Sandberg. Seite 46



Am Pranger: Viktor Orbán. Seite 14



Aufstieg in Indien: Volkart-Arbeiter. Seite 50



Unter Druck: Rudolf Wehrli. Seite 28

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 **Kommentar** Geld für alle Welt

11 **Im Auge** Kim Jong Un, Baby-Diktator

12 **Kommentar** Das Geld liegt auf der Strasse

13 **Personenkontrolle** De Schepper, Kälin, Allemann, Amstutz, Haydaroglu, Somm, Kar

13 **Nachruf** Alfred Graf-Amsler, *Weltwoche*-Leser

14 **Reizfigur Viktor Orbán**

Ungarns Premier ist kein Diktator, aber er agiert ungeschickt

16 **«Orbán will in die Moderne»**

Verfassungsrechtler Rupert Scholz widerspricht der Kritik

18 **Die Deutschen** Claudia Roth und Fukushima

18 **Wirtschaft** Schweiz auf Platz 169

21 **Ausland** Hollande will sein Land zurück

22 **Mörgeli** Kriminalstatistiken und ihre Reinerger

22 **Bodenmann** Sommaruga muss Wort halten

25 **Medien** Bratwurst in der Festhütte

25 **Schlag** John und Hillary

26 **Leserbriefe**/Darf man das?

Hintergrund

28 **Auf dem «heissen Stuhl» verglüht**

Das Kommunikations-Desaster des Economiesuisse-Chefs

30 **Jasmin Staiblin** Mutter und der «grosse Manitu»

31 **Abstimmungen** Viele Stimmbürger sind überfordert

32 **Eine Stadt im Bann der Grenzgänger**

Die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit in Genf

34 **Der Unfassbare**

Daniel Blumer wird Kommandant der Zürcher Stadtpolizei

36 **Schweiz** Der Fall einer fragwürdigen Einbürgerung

37 **Nachrichtendienst** Neuerungen für die Sicherheit

38 **Meine Reise nach Fukushima**

Die Folgen des nuklearen GAUs wurden masslos übertrieben

44 **Rob, das Roboterauge**

Ein Kanadier dreht Filme mit seinem künstlichen Auge

46 **Schluss mit bescheiden!**

Facebook-Finanzchefin Sheryl Sandberg fordert die Frauen

48 **Drama für die Götter**

Mit Fotokünstler Hannes Schmid im Zürcher Flughafen

50 **Des Namens grosse Last**

Volkart-Erbe Andreas Reinhart blickt zurück

54 **Trommler und Trompeter**

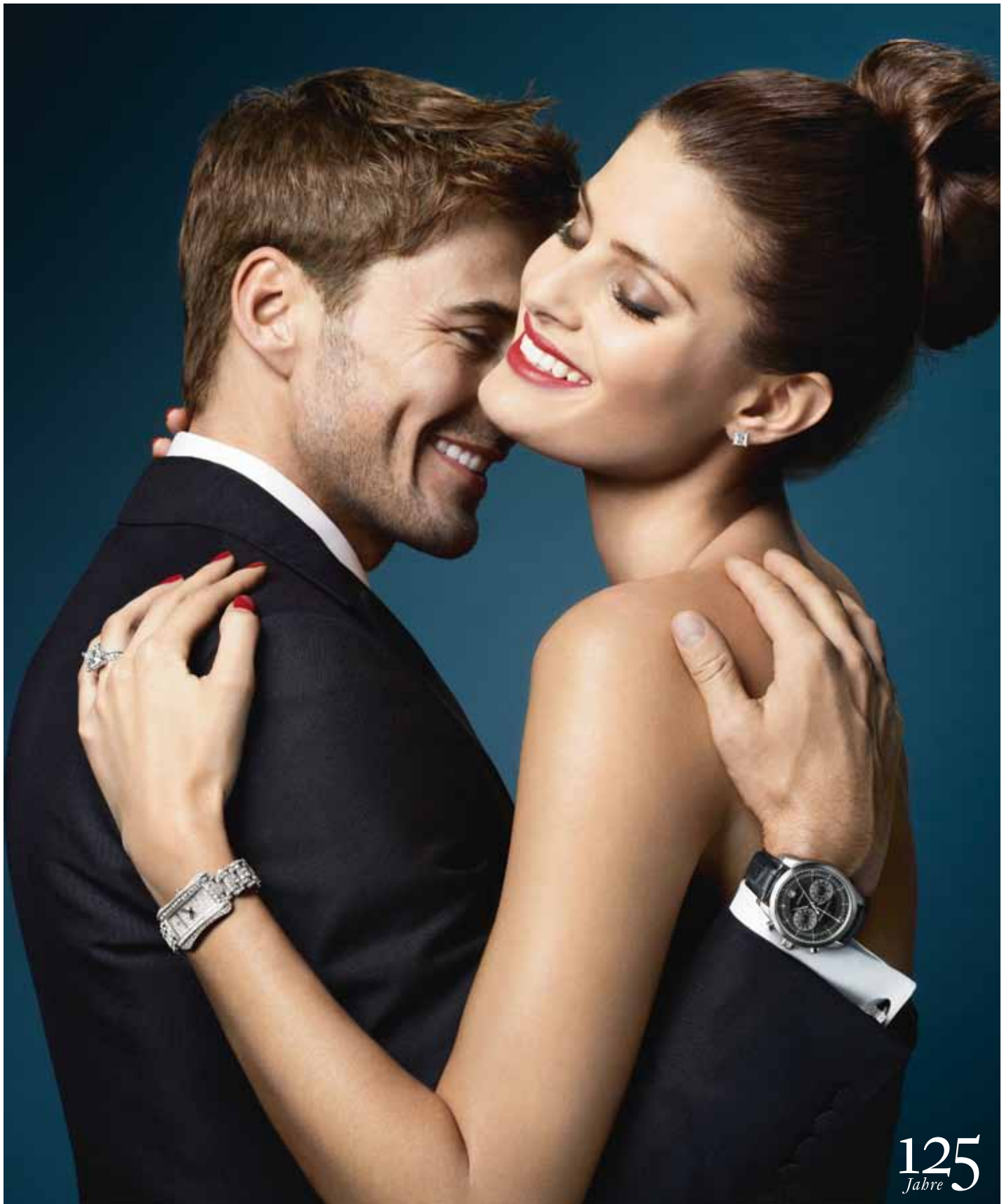
Bernard Thurnheer über den Traumberuf Sportreporter

56 **Die «rote Gefahr» war real**

Die DDR-Stasi hatte prominente Schweizer Informanten

62 **Zeitgeschichte** *Weltwoche*-Artikel vom 20. November 1942

TRAUM | EWIGKEIT



125
Jahre

BUCHERER

1888

UHREN SCHMUCK JUWELEN

Basel Bern Davos Genève Interlaken Lausanne Locarno Lugano Luzern St. Gallen St. Moritz Zermatt Zürich
Berlin Düsseldorf Frankfurt Hamburg München Nürnberg | Wien | bucherer.com



«Besser wäre es, die grossen Zusammenhänge zu sehen»: Ökonomin Bütler. Seite 58

Interview

58 «Abzockerei» gibt es auch im Kleinen»

Monika Bütler, Volkswirtschaftsprofessorin an der Uni St. Gallen, fordert weniger Subventionen und ein drastisch vereinfachtes Steuersystem

Stil & Kultur

64 Stil & Kultur Lisa lächelt leicht

66 Zu gut für den Nobelpreis

Philip Roth, einer der grössten Schriftsteller der Welt, wird achtzig

67 Jazz Straymonk Plays Mingus

68 Top 10

68 Kino «Laurence Anyways»

69 Fernseh-Kritik «Günther Jauch»

70 Namen Von Clifford Lilley bis Doris Fiala

71 Hochzeit Nathalie Raguth und Panajotis Kastanidis

71 Thiel Redaktionssitzung

72 Wein Mölsheim Riesling 2011

72 Die Besten Schöner als jede E-Mail

73 Auto Rolls-Royce Phantom

74 MvH trifft Leonard «Futura» McGurr, Street-Art-Künstler

Autoren in dieser Ausgabe

Boris Kálnoky



Der 52-jährige Journalist und Nahost-Korrespondent der *Welt* war von 1995 bis 2004 als Balkan-Korrespondent in Budapest tätig. In dieser

Ausgabe schreibt der ungarisch-amerikanische Doppelbürger über den Konflikt der EU-Elite mit Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán. Seite 14

Bernard Thurnheer



Der 63-jährige Sportjournalist, TV-Moderator und Showmaster hat in der Schweiz vor allem als begnadeter Fussball-Kommentator Kultstatus

erlangt. In seinem Beitrag für die *Weltwoche* beklagt sich «Beni national», dass dem Nachwuchs in diesem Fach leider meist das nötige Talent fehlt. Seite 54

Neu im iKiosk!



Lesevergnügen jetzt auch unterwegs. Abonnenten haben unbeschränkten Zugriff auf alle Artikel, Bilder und Grafiken.


DIE WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT



NOTENSTEIN
PRIVATBANK



RAIFFEISEN

EFG  Financial Products

Ein neuer Stern am Anlagehimmel

Die Notenstein Privatbank emittiert neu eine breite Palette von Anlageprodukten. Mit Raiffeisen als Garantin und dem Dienstleister EFG Financial Products stehen wir für Expertise, Sicherheit und Servicequalität. Mehr unter www.notenstein-anlageprodukte.ch



NOTENSTEIN
PRIVATBANK

Von den Leuten hier
kann man sich wirklich
was anschauen.
Sich bewusst Zeit
zu nehmen und den
Moment zu geniessen,
zum Beispiel.



Österreich

ankommen
und aufleben

www.austria.info

Ihre persönliche Ferienberatung
gebührenfrei unter 00800 400 200 00.

Geld für alle Welt

Von Urs Paul Engeler — Der Bundesrat schnürt ein Sparpaket – und verspricht der weiten Welt zusätzliche 1,2 Milliarden Franken: auf Druck des Uno-Menschenrechtsrats.



Plumpe Geldbeschaffung: Aussenminister Burkhalter am Sitz des Menschenrechtsrates in Genf.

Nach sieben Jahren seiner Existenz steht zweifelsfrei fest: Der Uno-Menschenrechtsrat, 2006 auf Initiative von aussenpolitischen Schweizer Gutmenschen konstituiert, hat nichts mit dem unparteiischen Schutz der Bürger vor staatlicher Willkür oder Verfolgung zu tun, sehr viel aber mit plumper Macht- und Geldbeschaffungspolitik. Manfred Nowak zum Beispiel, der österreichische Sonderberichterstatter für Folter, verzweifelte fast, weil seine Berichte über Missbräuche von genau diesem Rat, der vorgeblich die Menschenrechte schützt, nicht nur schubladiert, sondern gar kritisiert wurden. Die Situation verschlechterte sich stetig, erklärte Nowak wiederholt öffentlich: «Die Staaten, die die Menschenrechte am meisten verletzen, haben die Mehrheit im Rat.» Die Uno laufe Gefahr, sich lächerlich zu machen. Die Basler Völkerrechtlerin Anne Peters beklagte, als sie 2010 die Wahl Libyens, Angolas oder Mauretaniens und Katars in dieses Gremium kommentierte, der Rat habe sich nicht bewährt: «Er ist nicht sehr gut angesehen.»

Nur eine Regierung der Welt, diejenige in Bern, nimmt diesen Menschenrechtsrat ernst, so ernst, dass sie von den 140 «Empfehlungen» oder Forderungen, die der bunte Ausschuss Ende letzten Jahres an die Adresse der Schweiz verabschiedete, fünfzig umgehend annahm.

Über den restlichen Appellen des Rats brütete die Landesregierung am 27. Februar. Ohne die Öffentlichkeit im Detail zu informieren, hat sie weiteren 49 Begehren nachgegeben, darunter die direkt gegen Schweizer Arbeitskräfte gerichtete Forderung der Russischen Föderation, die Schweiz müsse «aktivere Massnahmen ergreifen, um die Arbeitslosenrate von ausländischen Staatsangehörigen, namentlich Frauen und Jungen, zu senken». Oder jene der Türkei, die Eidgenossenschaft habe die Meinungsfreiheit besser zu gewährleisten. Auch Nicaraguas Wunsch, «die sozialen Werte bei Kindern und Jugendlichen weiterhin mit staatlichen Programmen zu fördern», befolgt Bern gern.

Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit

Geradezu finanzielle Sprengkraft jedoch entwickelt das Begehren unter Ziffer 123.84, mit dem Kuwait und Bangladesch verlangen, dass die Schweiz ihre Entwicklungshilfe auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) ausbaue. Dass der Bundesrat nun schreibt, dem Befehl bis zum nächsten Menschenrechtsexamen, also innerhalb der nächsten vier Jahre, nachzukommen, ist aus zwei Gründen skandalös. Zum einen hat die Regierung sich in den letzten Jahren explizit dagegen ge-

»» Fortsetzung auf Seite 12

Berner Marsch



Kim Jong Un, Baby-Diktator.

Fünf Offiziere der Schweizer Armee starren als neutrale Überwachungskommissare – arbeitsteilig mit fünf schwedischen Kollegen – bei Panmunjon über den 38. Breitengrad. Sie «beobachten», ob im jenseitigen Rätselland mit seinen geschätzten sieben Millionen Soldaten der 1953 in Kraft getretene Waffenstillstand eingehalten wird, den der «Oberste Führer» Kim Jong Un, geboren 1983 oder 1984, jetzt in einem «nuklearen Flammenmeer» zu beenden droht. Aber Kim schwankt zwischen atomarem Vernichtungswillen und seiner Liebe zum Basketball, jedenfalls schloss er kürzlich noch eine, wie er sagte, «Freundschaft fürs Leben» mit dem Yankee Dennis Rodman, der mit den Harlem Globetrotters in Pjöngjang zu Besuch war. Rodman hofierte den seit «Baby Doc» Duvalier jüngsten Diktator des Planeten als «fantastischen Burschen» und forderte Präsident Obama auf, Kim anzurufen. Ein Militärexperte witzelte, Rodman wisse jetzt mehr über Nordkorea als die ganze CIA.

Bekannt ist immerhin, dass Genosse Kim seine Ehefrau Ri Sol Ju in einem Disney-inspirierten Vergnügungspark seinem Volk vorstellte. Dass er einen leicht von der Uniformversion abweichenden Streichholzhaarschnitt trägt und bereits geliftet ist und in seiner Eitelkeit auf den Scherz eines US-Magazins hereinfiel, das ihn zum «Sexiest Man Alive» kürte. Es gab ja diesen Jungen, der zwei Jahre das Schulhaus Liebfeld Steinhölzli in der Berner Gemeinde Köniz besuchte und damit angab, er sei der Sohn des nordkoreanischen Staatspräsidenten. Gemeldet war er als Kind des Botschafters und nannte sich Un Pak. Auf den Könizer Klassenfotos ist unverwechselbar der junge Kim Jong Un zu erkennen.

Als Kim im November 2011 die Macht von seinem verstorbenen Vater Kim Jong Il erbe, meldete sich in der *Berner Zeitung* die ehemalige Mitschülerin S.B., die sich an einen Einzelgänger und basketballspielenden Markenfetischisten von Nike-Schuhen erinnerte, der «uns in die Schienbeine trat und sogar anspuckte». Er verstand Deutsch, auch Dialekt, und vielleicht bläst diesem mit Atomwaffen zündelnden Bubi-Diktator endlich jemand – träm, träm, trädiridi – den Berner Marsch.

Peter Hartmann

wehrt, die Ausschüttung von Geld in aller Herren Länder zu beschleunigen. Zum andern hat die gleiche Regierung ein Sparprogramm vorgelegt, um das strukturelle Defizit in der Bundeskasse zu beseitigen.

Es war die linke, von vielen Freisinnigen unterstützte Mehrheit des Parlaments, die 2008 den Bundesrat gegen dessen ausdrücklichen (Spar-)Willen dazu zwang, die Quote für die – ökonomisch und politisch hoch umstrittenen – Transferzahlungen in die Staaten Afrikas, Asiens oder Mittel- und Südamerikas von damals 0,41 Prozent des BIP auf 0,5 Prozent zu erhöhen. In Zahlen bedeutete dies eine Zunahme um eine knappe Milliarde Franken pro Jahr, von 2,1 auf rund drei Milliarden. Vor zwei Jahren stimmte das Parlament dem Plan offiziell zu.

Nun prellt der Bundesrat, der damals bremsen wollte, plötzlich vor und verspricht dem 15-köpfigen Menschenrechtsrat, dessen Vorgabe zu erfüllen. Mit dem Schritt von 0,5 auf 0,7 Prozent des BIP (zurzeit rund 605 Milliarden Franken) belastet er das Budget Jahr für Jahr um zusätzliche 1,2 Milliarden Franken (ein Promille entspricht gut 600 000 Franken). Insgesamt wird die Entwicklungshilfe dann 4,22 Milliarden Franken kosten; das ist nur ganz wenig weniger, als die Landesverteidigung kostet (4,5 Milliarden). Mehr noch: Durch die garantierte Bindung an das wachsende BIP wird die Entwicklungshilfe die Aufwendungen für die Armee bis 2020 gar überholt haben. (Ein kleiner Vergleich: Bangladesch, das Schweizer Geld anfordert, gibt für seine Grossarmee von 450 000 Soldaten, gemessen am BIP, rund doppelt so viel wie die Schweiz aus.)

Finanzpolitisch liegt die Zusage an die Uno völlig quer. Im Dezember erst hat der Bundesrat ein Sparprogramm vorgelegt, das «Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014» (KAP). Kürzungen von 707 bis 739 Millionen Franken jährlich seien «notwendig», schreibt er, um ein chronisch strukturelles Defizit zu vermeiden. Der Bau von Nationalstrassen wird weiter verzögert, die Verbilligung von Krankenkassenprämien geschmäler; Landwirtschaft (minus 57 Millionen) und Armee (minus 102 Millionen) werden nochmals geschröpft. Und der Bundesrat behält sich ausdrücklich vor, «weitere Kürzungen zu beantragen».

Der genaue Blick auf den Sparkatalog nährt die Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit oder zumindest am Gedächtnis der Berner Zentralverwaltung. Die gleiche Landesregierung nämlich, welche die Entwicklungshilfe um 1,2 Milliarden Franken pro Jahr aufblähen will, beantragt via KAP 2014, in den nächsten Budgets die Entwicklungszusammenarbeit zu kürzen, und zwar um 27,5 Millionen Franken jährlich.

Kommentar

Der Autofahrer zahlt immer

Von Florian Schwab — Die Strasse bringt dem Bund mehr Geld ein, als sie kostet. Trotzdem wollen Bundesrat und Parlament die Gebühr für eine Autobahnvignette von 40 auf 100 Franken erhöhen.

Das Parlament hat entschieden, dass die Autobahnvignette ab 2015 von jetzt 40 auf neu 100 Franken verteuert werden soll. Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) will mit den Mehreinnahmen von geschätzten 300 Millionen Franken dringend benötigte Investitionen ins Autobahn- und Bundesstrassennetz tätigen. Weil der Investitionsbedarf unbestritten ist, sind auch autofreundliche Verbände wie der TCS nicht gegen diese Zusatzbelastung.

Ebenso unbestritten wie der Geldbedarf ist aber die Tatsache, dass die Einnahmen von 8,3 Milliarden Franken, die der Staat mit den Autofahrern erzielt, deutlich über den vom Strassenverkehr verursachten Kosten von 7,2 Milliarden liegen. Die Strassenrechnung des Bundesamts für Statistik weist für 2010 einen Einnahmeüberschuss von 1,1 Milliarden aus. Offiziell spricht das Bundesamt für Statistik (BfS) daher von einem Eigenwirtschaftlichkeitsgrad von 111 Prozent.

Die Autofahrer bezahlen also bereits jetzt 11 Prozentpunkte mehr, als sie den Bund kosten. Bei den anrechenbaren Einnahmen sind allerdings nur 50 Prozent der von den Autofahrern bezahlten Mineralölsteuern berücksichtigt, da die andere Hälfte im allgemeinen Bundeshaushalt versickert. Würde man auch diese Einnahmen zählen, dann läge der Eigen-

wirtschaftlichkeitsgrad der Strasse nochmals höher.

Die Einnahmen aus dem Strassenverkehr werden also bloss zweckentfremdet. Anstatt diesen Missstand zu beseitigen, nimmt sich die Politik die Autobahnvignette vor. Diese trägt gerade einmal 3,8 Prozent zu den Einnahmen aus dem Strassenverkehr bei. Der überwiegende Teil stammt aus der Mineralölsteuer. Mit einer Erhöhung der Mineralölsteuer um 4,5 Rappen könnte der Bund etwa gleich viel Geld einnehmen wie durch die geplante Preiserhöhung bei der Vignette. Umgekehrt könnte die Vignette budgetneutral abgeschafft werden, wenn die Mineralölsteuer moderat erhöht würde.

Falsche Versprechen

Als die Schweizer Bevölkerung am 26. Februar 1984 über die Einführung einer Vignette zum Preis von 30 Franken zu befinden hatte, rechtfertigten Bundesrat und Parlament die Abgabe mit dem Argument, die neue Abgabe entschärfe die «schwierige Finanzlage des Bundes». Heute hat der Bund mit über 110,5 Milliarden Franken mehr als zweieinhalb mal so viel Schulden wie damals (39,16 Milliarden).

Dem Stimmbürger wurde 1984 im Abstimmungsbüchlein sogar weisgemacht, Ausländer und Transittouristen würden den grössten Teil zu den Einnahmen beitragen: «200 bis 250 Millionen Franken stammen von ausländischen und 50 Millionen von schweizerischen Fahrzeugen.»

Nicht nur verfehlte die Autobahnvignette das Einnahmeziel: Im ersten Jahr flossen statt der prognostizierten 250 Millionen Franken nur 150,5 Millionen, und es brauchte ein Vierteljahrhundert und eine Preiserhöhung von 30 auf 40 Franken, bis im Jahr 2008 erstmals mehr als 300 Millionen sprudelten. Entgegen dem amtlichen Versprechen trugen Schweizer Automobilisten im ersten Jahr ungefähr 60 Prozent der Kosten, die ausländischen Autofahrer nur 40 Prozent.

Daran hat sich auch in der Zwischenzeit offensichtlich nicht viel geändert. Zwar werden die Verkäufe nicht nach Schweizern und Ausländern aufgeschlüsselt, doch belaufen sich die Verkäufe im Ausland und an den Grenzübergängen nach wie vor auf ungefähr 40 Prozent, wie die Eidgenössische Zollverwaltung weiss.

Für die Vignette sprach damals wie heute kein vernünftiges Argument.



Einnahmen zweckentfremdet: Vignetten.

Personenkontrolle

De Schepper, Kälin, Allemann, Amstutz, Haydaroglu, Somm, Kar

Der katholische (Links-)Theologe und Chefredaktor **Werner De Schepper** (47) hat sein Spektrum privat, politisch, beruflich sowie religiös erweitert. Er hat die Oltener Wohnung der Familie verlassen, um mit der jungen Grünen **Irène Kälin** (26) aus Lenzburg einen neuen Lebensabschnitt zu eröffnen. Kälin ist «religionslose» Studentin der Islamwissenschaften, die den «Koran auf Arabisch» liest, und eine aufstrebende Politikraft: im Vorstand der Jungen Grünen, Vizepräsidentin der Grünen Partei der Schweiz und bereits Aargauer Grossrätin. Der Funke könnte im letzten Herbst, anlässlich eines Video-Interviews am schönen



Neuer Lebensabschnitt: Journalist De Schepper.

Hallwilersee, gesprungen sein. Grün ist mindestens die vierte politische Farbe, die de Schepper am Revers trägt. Mit allerlei FDP-Leuten veranstaltete er letztes Jahr in Olten einen folgenlosen Tag des freisinnigen Aufbruchs; mit seinen roten Genossen führt er ebendort das Restaurant «Flügelrad»; bei der CVP bewarb er sich erfolglos als Generalsekretär. Ab März zeichnet der ehemalige stellvertretende Chefredaktor der AZ Medien als Chef des Berner Regionalsenders Telebärn. (upe)

In eigener Sache flexibilisiert die Linke ihr Verbot flexibler Ladenöffnungszeiten. Erstaunt durften die Fernsehzuschauer, die sich am Freitagabend durch die Sendung «SRF bi de Lüt» quälten, die Berner SP-Nationalrätin **Evi Allemann** beim Verkosten eines Stückchens und Kauf eines Scheibchens Käse beobachten. Offiziell war die Sequenz kein Werbespot des Staatssenders für die Linkspolitikerin, sondern ein Porträt des Ladens in der Berner Altstadt. Zufall war dieser Auftritt indes nicht: Allemann, deren Partei fanatisiert gegen eine Ausdehnung der Öffnungszeiten kämpft, tauchte erst lange nach Ladenschluss in der «Chäshütte» auf, damit die Handänderung ungestört gefilmt werden konnte. Übrigens: Als «SRF bi de Lüt» dreimal das Dorf



Im Käseladen: SP-Nationalrätin Allemann.

Sigriswil besuchte, schaffte es die Crew, den bekanntesten Sigriswiler, SVP-Fraktionschef **Adrian Amstutz**, nicht zu zeigen und zu erwähnen. (upe)

Halb Basel rätselt: Wer ist **Hüsnü Haydaroglu**? Er soll aus der Türkei stammen und in einem Callcenter bei Pratteln arbeiten. Und er schreibt regelmässig in der BaZ eine Berater-Kolumne mit dem Titel «Sprechstunde – Hüsnü hilft», die sich durch eine *kurlige* Sprache, träge Lebensweisheiten sowie ein totales Manko an Political Correctness auszeichnet. So steht Hüsnü etwa dem schwulen Patrick (22) aus Sissach bei seinem Coming-out gegenüber Mama mit folgendem Rat zur Seite: «Ich sage dir, sie weiss schon lange. Mütter wissen immer alles. Sie wissen schon lange, bevor ist passiert. Du musst gar nichts zu ihr sagen, sondern bringst du deine Freund einfach eine Tag zum Essen nach Hause. Wenn er ist nett zu dein Mutter, sie ladet in wieder ein. Und wieder und wieder.» Auf Facebook hat Hüsnü mittlerweile eine begeisterte Fangemeinde gefunden, seine Kolumnen brachten ihm sogar eine Nomination zum Journalisten des Jahres ein. Nur findet man trotz intensiven Recherchen in Telefonbüchern und anderen Registern in der Region Basel keine Menschenseele mit dem Namen Hüsnü Haydaroglu. BaZ-Chef **Markus Somm** hüllt sich in Schweigen. Allerdings kursiert das hartnäckige Gerücht, hinter Hüsnü, der in der BaZ als Macho mit wilder Mähne, buschigem Schnauz, offenem Hemd und behaarter Brust präsentiert wird, stecke in Tat und Wahrheit eine zierliche Dame, nämlich die Autorin und Filmerin **Güzin Kar**. Kar dementiert, natürlich. (axb)



Ist es eine Frau? Kunstfigur Haydaroglu.

Nachruf



Ein gelungenes Leben: Leser Graf-Amsler.

Alfred Graf-Amsler (1917–2013) — Als die *Weltwoche* 2008 ihr 75-Jahr-Jubiläum feierte, gratulierte Leser Alfred Graf-Amsler der Redaktion mit einem Brief. Nebenbei erwähnte er, dass er die Zeitung seit dem Erscheinen der ersten Nummer, seit 1933, lese.

Ein anschliessender Besuch beim ältesten *Weltwoche*-Leser, der mit seiner Frau Hermina in Clarens am Genfersee wohnte, blieb mir unvergesslich. Graf, damals 92 Jahre alt, entpuppte sich als hellwacher, kluger Mann. Der Sohn eines Erfinders und gebürtige Basler hatte eine Lehre als Chemielaborant gemacht und entwickelte sich zum Spezialisten für Pflanzenschädlinge. Für seine Firma bereiste er alle fünf Kontinente, verhandelte mit Regierungen der erwachenden Dritten Welt über Insektenbekämpfung in Reisfeldern oder Baumwollpflanzungen, durchstreifte monatelang die Steppen des Sahel, nur mit einem Kollegen, einem Führer und einem Gewehr, auf der Suche nach Pflanzen für das Medikament Cortison.

Graf war nicht nur der packende Erzähler eines reichen Lebens. Beeindruckend waren seine vitale Neugierde, sein unsentimentaler, aber gleichwohl menschlicher Blick auf die Verhältnisse und Zeitgenossen und eine unzerstörbare Grund-Heiterkeit, die man nur als Gnade bezeichnen kann.

Der Tod beschäftigte ihn nicht. Er habe keine Zeit dafür, meinte er, jeder Tag bringe so viel Neues. Letztes Jahr begannen Altersbeschwerden ihn plötzlich massiv einzuschränken. Er starb am 10. Januar, 96-jährig, glücklich und ruhig, nach einem gelungenen Leben. *Eugen Sorg*



Vieles spricht für eine chaotische Ketten-Überreaktion: Viktor Orbán, Ministerpräsident.

Ausland

Ungarns Streit um die Verfassung

Von Boris Kálnoky — Das Verfassungsgericht sei entmachtet, kritisieren die europäischen Medien. Sie irren. In Wahrheit geht es in Budapest um die Frage, wie man einen demokratischen Staat handlungsfähig macht. Regierungschef Orbán spielt nicht Diktator, aber er agiert ungeschickt.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán steht schon wieder am Pranger der internationalen Medien. «Ungarn entmachtet Verfassungsgericht», hiess es am Montagabend allenthalben. Vom Ende der Demokratie und des Rechtsstaates war die Rede. Die EU und die Vereinigten Staaten forderten die Einhaltung demokratischer Grundrechte. Leitartikler und Kommentatoren rangen die Hände über das, was im Land der Magyaren passiert.

Aber was war eigentlich genau geschehen? Laut den Medien – fast ohne Ausnahme – wurde das ungarische Verfassungsgericht faktisch um seine Befugnis gebracht, die Verfassung zu bewahren, mittels zweier neuer Regeln, enthalten im sogenannten vierten Änderungspaket zum Grundgesetz. Die erste Regel ist in einem Satz enthalten, wonach Verfassungstexte oder Verfassungsänderungen binnen fünf Tagen vom Staatspräsidenten

zu unterschreiben sind. Er könne zwar Einwände erheben, wenn er beim Zustandekommen der Gesetzestexte prozedurale Mängel erkenne. Er darf die Texte demzufolge aber nicht inhaltlich auf ihre Vereinbarkeit mit den Verfassungsgrundsätzen überprüfen.

Das, so tönt es aus aller Munde, ist das Ende des Verfassungsgerichtes als rechtsstaatlicher Kontrollinstanz. Nur: In Wahrheit ändert sich in dieser Hinsicht überhaupt nichts an den Befugnissen des Gerichts. Auch vorher durfte es Verfassungstexte nur auf Formfehler überprüfen – und tat das auch mit grossem Effekt: Erst vor kurzem hatte das Verfassungsgericht eine ganze Reihe von «vorläufigen» Bestimmungen im Text der neuen, 2010 verabschiedeten Verfassung gekippt, mit der stichhaltigen Begründung, sie seien von ihrem Wesen her gar nicht vorläufig. Ausdrücklich wurde auf eine inhaltliche Überprüfung der Verfassungs-

mässigkeit dieser Artikel verzichtet – weil das Gericht diese Befugnis nicht besass und noch nie besessen hatte.

Wo dürfen Obdachlose übernachten?

Der andere Hauptkritikpunkt betrifft eine Bestimmung des Änderungspaketes, demgemäss das Verfassungsgericht sich zur Erarbeitung seiner Urteile nicht auf seine eigenen Entscheidungen aus der Zeit vor Inkrafttreten der neuen Verfassung berufen dürfe. Damit wäre die gesamte verfassungsrechtliche Praxis seit 1989 ab sofort ungültig.

Das wäre tatsächlich eine erhebliche Einschränkung. Anscheinend hatte jedoch niemand die Berichte der ungarischen Medien vom 5. März gelesen, etwa auf der Website des regierungskritischen TV-Senders ATV, laut denen die Regierung diesen Punkt des Entwurfes geändert habe. Zwar seien die Bestimmun-

gen der alten Verfassung von 1989 nun mehr ausser Kraft, das Gericht dürfe aber auf seine gesamten Urteile aus jener Zeit zurückgreifen. Es habe jedoch fortan auch die Freiheit, zu Schlüssen zu gelangen, die in Widerspruch zu früheren Entscheidungen liegen.

Schon im Vorfeld hatten EU-Kommissions-Präsident José Manuel Barroso und der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, Orbán telefonisch und schriftlich gewarnt, dass das Änderungspaket möglicherweise gegen geltendes EU-Recht und «demokratische und rechtsstaatliche Standards» verstosse. Eine genaue Lektüre des Briefes von Barroso zeigt jedoch keinen ausdrücklichen Hinweis darauf, dass die oben genannten, in den Medien betonten Beschneidungen des Verfassungsgerichtes gemeint wären.

Der Brief, handschriftlich datiert vom 8. März, spricht von Sorgen bezüglich der Vereinbarkeit der geplanten Änderungen mit dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit – nennt danach aber konkret nur drei Punkte. Einer betrifft Zahlungsverpflichtungen im Zusammenhang mit dem Europäischen Gerichtshof, der andere politische Werbung bei EU-Wahlen (die Verfassungsänderung beschränkt die Werbung der Parteien – unter gleichen Bedingungen für alle – auf öffentlich-rechtliche Medien), und der dritte erwähnt eine Anzahl von «Bestimmungen, deren potenzieller Konflikt mit geltendem EU-Recht bereits früher von der Kommission angesprochen wurde» und die nun in Verfassungsrang erhoben würden.

Hier liegt der Hund begraben. Es ist nicht die formale Beschneidung der Befugnisse des Verfassungsgerichtes, die Anlass zu Sorge gibt. Die Befugnisse des Gerichtes wurden, soweit man es derzeit sehen kann, formal nicht oder kaum geändert. Geändert wurde etwas anderes: Erstmals erhebt eine Regierung Verordnungen in den Rang von Verfassungsbestimmungen, die dort nichts zu suchen haben. Es geht um Dinge, die besser in einfachen Gesetzen aufgehoben werden – aber indem man sie per Zweidrittelmehrheit zu «Verfassungsänderungen» erklärt, entzieht man sie der inhaltlichen Kontrolle durch das Verfassungsgericht. Es darf diese Regeln nun nicht mehr darauf untersuchen, ob sie den Grundsätzen der Verfassung entsprechen.

Eine solche Regel betrifft die Frage, wo Obdachlose übernachten dürfen. Das regelt fortan die Verfassung. Zuvor war ein entsprechendes Gesetz vom Verfassungsgericht gekippt worden. Nun heisst es, und das wird nicht mehr vom Verfassungsgericht bemängelt werden dürfen, dass Übernachten auf der Strasse strafbar ist. Ein anderer Passus betrifft die Rückzahlung von staatlichen Stundenzuschüssen, wenn deren Nutzniesser – Studenten, die gratis studieren durften – nach dem Studium nicht wenigstens eine Zeitlang in Ungarn arbeiten. Das wirft grundsätzliche Fragen auf,

vor allem in Sachen Freizügigkeit der Arbeitskräfte in Europa; ist aber einer Überprüfung durch das Verfassungsgericht entzogen, weil es nun Verfassungsrang hat.

Dies erzeugt nun tatsächlich die berechtigte Sorge, hier könnten rechtsstaatliche Normen umgangen werden. Ungarns Justizminister und Vizepremier Tibor Navracsics hat in Aussicht gestellt, dass die Regierung die sogenannte Venedig-Kommission des Europarats bitten werde, die Bestimmungen des vierten Änderungspaketes unter die Lupe zu nehmen, gegebenenfalls wolle man nachbessern.

In zwei anderen Briefen versicherten sowohl er als auch Ministerpräsident Viktor Orbán EU-Kommissions-Präsident Barroso, dass Ungarn in der Angelegenheit weiterhin das Gespräch mit der EU suchen werde.

Insofern wird der ganze Rummel wahrscheinlich wieder so enden wie andere Aufregungen um Ungarn zuvor. Erst viel Empörung, politischer Druck, zahllose Artikel, oftmals fehlerhaft, und dann hier und da ein begrenztes Zurückweichen in Budapest, die Änderung dieser oder jener beanstandeten Formulierung.

Überhaupt wirkt die ganze Affäre wie ein Déjà-vu. Schon Ende 2010 und dann wieder Anfang 2012 titelten die Zeitungen, Ungarns Verfassungsgericht sei «gleichgeschaltet», im Lande herrsche «Diktatur». 2010 hatte die Regierung beschlossen, dass das Verfassungsgericht keine Entscheidungen treffen dürfe, die den Staatshaushalt belasteten – «vorläufig», solange die Staatsschuld bei über 50 Prozent des Bruttoinlandprodukts liege. Das kann natürlich bis zum jüngsten Gericht dauern.

Orbán's eigentliches Ziel ist eine zentralisierte, gestraffte Mehrheitsdemokratie.

Das Gericht hatte zuvor eine Entscheidung der Regierung gekippt, die obszönen Abfindungen, mit denen die zuvor regierenden Sozialisten einander beim Ausscheiden aus ihren Ämtern beschenkt hatten, rückwirkend mit einer Sondersteuer von 98 Prozent zu belegen.

Aber das so eingeschränkte Gericht lebte kreative Rechtskultur vor, indem es das Sondersteuergesetz erneut für verfassungswidrig erklärte – diesmal unter Bezug auf die Menschenwürde. Zum Jahresbeginn 2012, so wussten es die Medien, war das Verfassungsgericht dann erneut «gleichgeschaltet». Es wurde von elf auf fünfzehn Richter erweitert. Die vier Neuen galten als regierungsfreundlich, etwa Viktor Orbán's einstiger Stabschef István Stumpf.

Das zahnlose Gericht hat Zähne

Aber dann geschah etwas Merkwürdiges: Das «entmachtete» Verfassungsgericht verteidigte erneut mit Zähnen und Klauen seine Würde

und erklärte der Reihe nach eine ganze Serie der umstrittensten neuen Gesetze für verfassungswidrig und dann sogar Teile der neuen Verfassung selbst.

Der von den linken Medien in Ungarn besonders gemein beschimpfte Stumpf (er sei gar kein Jurist, fantasierten «Experten») zeigte sich dabei mit seinen Voten immer wieder als besonders unabhängig. Links war man so verwirrt, dass manche Stimmen gar schon von einer besonders machiavellistischen Strategie Orbán's sprachen, seine eigenen Gesetze per Befehl ans Verfassungsgericht für nichtig erklären zu lassen, um Rechtsstaatlichkeit vorzutauschen.

In Wirklichkeit ist es einfach so, dass Ungarn's höchste Juristen auch Männer sind, die einen Ruf als Richter zu verteidigen haben. Und damit demonstrieren sie, dass Ungarn durch und durch ein Land ist, in dessen politischer Kultur Rechtsstaat und Demokratie sehr viel tiefer Wurzeln geschlagen haben, als manche Kritiker wahrhaben wollen.

Orbán zu emotional

Insofern sollte man nicht zu früh das Ende des ungarischen Verfassungsgerichtes verkünden. Nicht nur die Richter setzten immer wieder Zeichen, auch Staatspräsident János Áder könnte sich etwas einfallen lassen: ein ernster, konservativer, oft unbequemer Patriot. Er weilte zur Zeit der Abstimmung in Berlin und wollte seinen Standpunkt erst nach seiner Rückkehr nach Ungarn bekanntgeben – also nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe.

Die Frage stellt sich natürlich, warum Orbán den neuerlichen Wirbel in Kauf nimmt, der ihn wieder viel politisches Kapital kosten wird. Vieles spricht für eine chaotische Ketten-Überreaktion. Er wollte nicht hinnehmen, dass seine Gesetze scheitern, selbst wenn es um Obdachlose geht, und liess daher alles, was das Verfassungsgericht abgelehnt hatte, in die Verfassung schreiben. Wenn dem so ist, zeugt es von schlechter, weil trotzig-emotionaler Politik.

Sein eigentliches Ziel ist aber tatsächlich eine zentralisierte, gestraffte Mehrheitsdemokratie mit reduzierten *checks and balances*, weil er zu dem Schluss gekommen ist, dass die vielschichtige Krise dieser Jahre – wirtschaftlich, moralisch, gesellschaftlich – nicht mit den Mitteln der liberalen Demokratie bewältigt werden kann.

Darin ähnelt er ein wenig der EU-Kommission in Brüssel, die auch gerne mehr Befugnisse hätte, um mehr Disziplin durchzusetzen, was auch eine Schwächung der demokratischen *checks and balances* bedeutete – nur eben auf europäischer, nicht auf nationaler Ebene wie Orbán. Ob das der richtige Weg ist – sei es nun national oder transnational –, das ist die Debatte, um die es geht, und es ist der eigentliche Grund für den Streit zwischen Orbán und EU-Führern wie Barroso. ○

«Orbán will in die Moderne»

Von Roger Köppel — Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán steht anhaltend in der Kritik, er betreibe eine demokratiefeindliche Verfassungspolitik. Dem widerspricht der deutsche Verfassungsrechtler Rupert Scholz. Der ehemalige Verteidigungsminister und Rechtsprofessor lobt Orbáns Verfassung als «vorbildlich».

Herr Professor Scholz, Sie haben die neue, seit letztem Jahr gültige und über Ungarn hinaus zum Teil heftig kritisierte Verfassung intensiv analysiert. Wie lautet Ihr Urteil?

Die ungarische Verfassung ist eine durchaus vorbildliche moderne europäische Verfassung. Besonders modern ist sie im Bereich der Grundrechte. Hier orientiert sie sich sogar auch an der europäischen Grundrechtscharta, wie ich das bei anderen europäischen Verfassungen noch nicht beobachtete. Die Grundprinzipien von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sogar Sozialstaatlichkeit sind unumstößlich verankert.

Trotzdem liest man gerade dieser Tage wieder, Ministerpräsident Viktor Orbán sei daran, einen autoritären Staat zu installieren. Was sagen Sie dazu?

Das ist absurd. Die Leute sind blind.

Wie nahe stehen Sie dem ungarischen Regime? Sind Sie bezahlt worden, um freundliche Gutachten zu verfassen?

Auf keinen Fall. Meine Beschäftigung mit der ungarischen Verfassung erfolgte freiwillig und unentgeltlich. Ich habe eine Beziehung zu Ungarn, weil der beste Freund meines Vaters, der in Stalingrad fiel, ein Ungar war und mein Patenonkel wurde. Ich verfolge die Geschichte dieses Landes seit Jahrzehnten. Interessanterweise bin ich einer der ganz wenigen deutschen Verfassungsrechtler, die sich mit der ungarischen Rechtsordnung befassen.

Aus Brüssel ist der Vorwurf zu hören, Orbán wolle mit seiner Verfassung zurück auf die nationale Scholle.

In der Präambel der ungarischen Verfassung findet sich ein Bekenntnis zur nationalen Identität Ungarns. Hier knüpft die Kritik an. Nüchtern betrachtet gehört es allerdings zu den Selbstverständlichkeiten einer Verfassungsgebung, sich auf die eigene nationale Identität zu berufen. Schliesslich geben sich Nationen Verfassungen. Schauen Sie sich nur die amerikanische Verfassung an. Die Ungarn verknüpfen ihr Bekenntnis zur nationalen Identität aber auch mit einem ausdrücklichen Ja zur europäischen Einigung. Wer aus dieser Verfassung antieuropäischen Nationalismus herauslesen will, hat die Verfassung entweder nicht gelesen oder deutet sie vorsätzlich falsch.

Wo sehen Sie legitime Kritik an der ungarischen Verfassung?



Alle gegen Orbán: Proteste in Budapest von letzter Woche.

Ich sehe keine legitimen Kritikpunkte. Was man allenfalls kritisieren könnte, ist die mitunter etwas schneidige Art und Weise, wie die ungarische Regierung bestimmte Gesetze durchbringen wollte.

Anstoss erregte vor allem das Mediengesetz. Es wurde der Vorwurf geäußert, Orbán wolle den Journalisten einen Maulkorb verpassen.

Die ungarische Verfassung schreibt die Unabhängigkeit der Medien fest. So wie dies in allen uns bekannten demokratischen Rechtsstaaten der Fall ist. Orbán wollte mit einem sehr ambitionierten Gesetz alle Medien regulieren. Hier gab es in der Tat problematische Punkte. Deshalb wurde dieses Gesetz auch vom Verfassungsgericht kassiert und dann vom Gesetzgeber korrigiert. Was sehr schön zeigt, dass die *checks and balances* in Ungarn funktionieren.

Woher kommt denn Ihrer Meinung nach der Vorwurf, Orbán gehe mit Ungarn in eine geradezu rechtsextreme, autoritäre Richtung?

Der Vorwurf des Rechtsextremismus und des Autoritären ist absurd. Die Kontroverse wurzelt im deutlichen Sieg der Regierungspartei Fidesz bei den letzten Wahlen. Die Linke wurde vernichtend geschlagen, die Fidesz erreichte eine Zweidrittelmehrheit. Das hat die Linke über Ungarn hinaus nicht verkräftet. Deshalb wird heute eine einwandfreie demokratische Wahl von links diskreditiert.

Die aktuelle Kontroverse, die in den Zeitungen prominent verhandelt wird, dreht sich um das Verfassungsgericht. Ministerpräsident Orbán wird vorgeworfen, er wolle dessen Macht unzulässig beschneiden. Ihr Kommentar?

Strittig sind vor allem zwei Punkte. Erstens: Das Verfassungsgericht soll nur noch auf der Basis der neuen, demokratisch verabschiedeten Verfassung von 2012 entscheiden. Alle Präjudizien aus der Zeit vor 2012 sollen nicht mehr gelten. Dies wird jetzt kritisiert, aber die Forderung entspricht der rechtsstaatlichen Sicht, dass ein Verfassungsgericht nicht über, sondern unter der jeweils geltenden Verfassung steht. Zweitens: Orbán möchte nicht, dass das Verfassungsgericht von sich aus Verfassungsnormen, die im Parlament formal richtig verabschiedet wurden, für materiell verfassungswidrig erklären darf. Auch dies ist rechtsstaatlich eine legitime Forderung aus dem gleichen Grund: Verfassungsgerichte stehen unter, nicht über der Verfassung. Ich sehe kein Problem.

Die deutsche Tageszeitung *Die Welt* schreibt mit Blick auf dieses Thema, Orbán habe den Weg der Freiheit längst verlassen und setze nicht mehr auf Demokratie, sondern auf «unbehinderte Macht».

Ungarn hat eine unabhängige Justiz, Gewaltenteilung und ein Verfassungsgericht nach deutschem Vorbild. In Deutschland sind die zentralen Grundprinzipien des Grundgesetzes durch die Ewigkeitsgarantie des Artikels 79 Absatz 3 festgeschrieben. Die ungarische Verfassungsgerichtsbarkeit mag nicht ganz so viel Macht haben wie die deutsche. Das deutsche Verfassungsgericht ist hier aber auch die weltweite Ausnahme. Und selbst die ungarische Verfassung enthält klare Bekenntnisse zu Demokratie und Rechtsstaat, so dass der Gesetzgeber hier keinesfalls einfach die Staatsform über den Haufen werfen könnte. Der Eindruck, den Medien schüren, Orbán könne ohne verfassungsrichterliche Schranken walten, ist falsch.

In Deutschland können Bürger beispielsweise eine Verfassungsbeschwerde einreichen, wenn sie sich in ihren Grundrechten verletzt fühlen durch bestimmte Gesetze. Gibt es so etwas auch in Ungarn?

Ja. Das bekannteste Beispiel ist das Mediengesetz. Dagegen wurde Beschwerde eingereicht, weil man das Grundrecht der Pressefreiheit verletzt sah. Das Gesetz wurde schliesslich korrigiert.

Die Verfassung fordert für viele Politikbereiche sogenannte Schwerpunktgesetze mit Verfassungsrang, für die eine Zweidrittelmehrheit nötig ist. Ist das sinnvoll?

Ich finde das eine interessante Neuerung, die man unter dem Begriff der Nachhaltigkeit betrachten könnte. Offensichtlich will Orbán Pflöcke einschlagen. Man definiert zu diesem Zweck bestimmte Politikfelder, in denen die demokratische Hürde für die Gesetzgebung höher liegen soll. Eine sol-

che Hürde beschränkt die Macht der jeweils regierenden Partei und zwingt sie in aller Regel, über die Parteigrenzen hinaus einen Konsens für gewisse Gesetze zu suchen. In Deutschland zum Beispiel hätte ich mir eine solche Hürde gewünscht bei der demokratisch schwerwiegenden Entscheidung des Atomausstiegs. Sollen derart folgenschwere Beschlüsse mit einfacher Mehrheit durchgepaukt werden können? Oder wäre es nicht besser, man würde den Gestaltungswillen der häufig allzu momentanen Politik etwas zurückbinden? Diesen Fragen stellt sich Ungarn derzeit.

Orbán allerdings hat eine Zweidrittelmehrheit und kann seine Schwerpunktgesetze durchdrücken, was den Verdacht nährt, er wolle jetzt einfach diktatorisch regieren und vollendete Tatsachen schaffen.

Es stimmt, dass Orbán jetzt über die nötigen Mehrheiten verfügt, aber das kann sich schon bei den nächsten Wahlen ändern, wenn seine Partei verlieren sollte. Dann schränkt ihn sein eigenes Gesetz ein. Die Schwerpunktgesetze entstammen nicht dem Geist, diktatorisch regieren zu wollen, sie sind viel eher das Resultat eines Misstrauens gegenüber der Politik. Skepsis ist die Grundlage der Demokratie. Sie legen in der Schweiz der Politik ja auch Fesseln an, durch die direkte Demokratie. Ich sehe die ungarischen Schwerpunktgesetze als Resultat einer ähnlichen Denkhaltung.

Trotzdem: In der aktuellen Situation hat Orbán die Zweidrittelmehrheit. Was er jetzt entscheidet, wird so rasant nicht mehr umzustossen sein.

Wenn Orbán diktatorisch regieren wollte, hätte er sich niemals eine solche Verfassung gegeben. Schauen Sie sich einmal die strittigen Punkte an. In einem Fall geht es darum, die Pflicht des Staates, für die Obdachlosen zu sorgen, in die Verfassung zu schreiben. Ein anderes Schwerpunktgesetz soll ungarische Studenten, die ein staatliches Stipendium erhalten haben, dazu verpflichten, nachher in Ungarn für ein paar Jahre zu arbeiten oder aber einen Betrag zurückzahlen. Das sind nicht die politischen Initiativen eines Diktators. Was man hingegen mit guten Gründen bezweifeln darf, ist die Forderung, Studenten- und Obdachlosengesetze überhaupt in der Verfassung festzuschreiben. Eine Verknöcherungsgefahr besteht.

Wo sehen Sie die Motive Orbáns? Warum bindet er das Verfassungsgericht strenger an die neue Verfassung? Und warum will er mit seinen Schwerpunktgesetzen Pflöcke einschlagen?

Die neue Verfassung gilt seit dem 1. Januar 2012. Zuvor hatte Ungarn eine Verfassung, die von den Kommunisten geschrieben und von den Postkommunisten übernommen worden war. Orbán hat meines Erachtens

den legitimen Wunsch, mit dieser kommunistischen Tradition zu brechen und Ungarn auf ein neues rechtsstaatliches Fundament zu stellen. Der Konflikt rührt daher, dass gerade in der Justiz noch Richter und Staatsanwälte aus der kommunistischen Zeit aktiv waren. Um dieses Erbe zu entschärfen, hat Orbán in seiner Verfassung Übergangsbestimmungen formuliert, die dann eben beispielsweise vom Verfassungsgericht angefochten wurden. Der Streit um die Verfassung ist in Ungarn eben immer auch ein Streit zwischen der kommunistischen Vergangenheit und der Moderne. Orbán will in die Moderne. Sein Verdienst ist es, dass er seinem Land eine moderne Verfassung gegeben hat. Das hat so kein anderes ehemaliges Ostblockland geschafft.

In die Kritik geriet Orbán auch, weil er verlangen wollte, dass sich die ungarischen Wähler vor Wahlen jeweils registrieren sollten.

Da gab es einen enormen Aufschrei seitens der EU, an dem Sie die Doppelmoral ablesen können. Schauen Sie sich Belgien an. Dort müssen sich die Wähler nicht einfach nur registrieren lassen, sondern es besteht Wahlpflicht. Wer nicht wählt, muss eine Busse zahlen. Kein Mensch wäre auf die Idee gekommen, Belgien deswegen als Diktatur zu bezeichnen.

Wie berechtigt ist der Vorwurf aus ungarischer Sicht, die EU mische sich zu sehr in die ungarische Verfassungsdiskussion ein?

Der Verdacht scheint mir berechtigt. Nehmen wir ein konkretes Beispiel: In Ungarn gab es die Übergangsbestimmung, dass Staatsanwälte und Richter wie alle mit 65 Jahren pensioniert werden sollen. Damit waren nun verschiedene altkommunistische und postkommunistische Staatsanwälte und Richter nicht einverstanden, denn die kommunistische Verfassung sah kein Pensionierungsalter vor. Sie wollten länger bleiben und protestierten bei der EU. Dann intervenierte die EU im Namen dieser kommunistischen Richter und Staatsanwälte und kritisierte Orbán, er betreibe Altersdiskriminierung. Als Deutscher kann ich da nur den Kopf schütteln. Deutschland hat doch alle kommunistischen DDR-Richter nach der Wiedervereinigung sofort rausgeschmissen, übrigens ohne ordentliches Pensionierungsalter und Übergangsbestimmungen. Die EU sagte kein Wort. Orbán geht behutsamer vor als damals die Bundesregierung.



Prof. Rupert Scholz

Der deutsche CDU-Politiker und Staatsrechtler, geboren 1937, lehrte u.a. an der Universität München und war Bundesverteidigungsminister.

Falscher Fehler

Von Henryk M. Broder — Claudia Roth und die Katastrophe von Fukushima.



Unter «Ejaculatio praecox» versteht man den vorzeitigen Samenerguss beim Mann. Frauen kennen das Problem nicht. Aber wie immer bestätigen Ausnahmen die

Regel. Eine heisst Claudia Roth und ist die Vorsitzende der deutschen Grünen. Zum zweiten Jahrestag der Katastrophe von Fukushima setzte sie folgenden Eintrag auf ihre Facebook-Seite:

«Heute vor zwei Jahren ereignete sich die verheerende Atomkatastrophe von Fukushima, die nach Tschernobyl ein weiteres Mal eine ganze Region und mit ihr die ganze Welt in den atomaren Abgrund blicken liess. Insgesamt starben bei der Katastrophe in Japan 16 000 Menschen, mehr als 2700 gelten immer noch als vermisst. Hunderttausende Menschen leben heute fernab ihrer verstrahlten Heimat. [...] Die Katastrophe von Fukushima hat uns einmal mehr gezeigt, wie unkontrollierbar und tödlich die Hochrisikotechnologie Atom ist. Wir müssen deshalb alles daran setzen, den Atomausstieg in Deutschland, aber auch in Europa und weltweit so schnell wie möglich umzusetzen und die Energiewende voranzubringen, anstatt sie wie Schwarz-Gelb immer wieder zu hintertreiben. Fukushima mahnt.»

Schamloser und zynischer konnte man die Opfer einer Naturkatastrophe nicht missbrauchen. Die Menschen von Fukushima waren nicht an den Folgen der Atomkatastrophe ums Leben gekommen, sondern in den Fluten ertrunken, die ihrerseits von einem Erd- bzw. Seebeben ausgelöst wurden. Nachdem sich daraufhin ein Shitstorm über Frau Roth entladen hatte, ruderte das «Team Roth» zurück: «Es tut uns leid, dass wir aufgrund der Knappheit des Textes leider den Eindruck erweckt haben, als wären die insgesamt rund 16 000 Toten in Folge des Reaktorunfalls in Fukushima gestorben. Richtig ist natürlich, dass sie in Folge des am 11. März 2011 durch ein schweres Erdbeben ausgelösten Tsunamis gestorben sind, der auch zu den drei Kernschmelzen in Fukushima führte. Wir bitten diesen unbeabsichtigten Fehler zu entschuldigen.»

Das wiederum nennt man in Bayern einen «falschen Fehler» und in Wien und Umgebung eine «Verschlimmbesserung». Von wegen «Knappheit des Textes». Knapp ist bei Frau Roth etwas ganz anderes. Und das nicht erst seit der Atomkatastrophe von Fukushima.

Schweiz auf Platz 169

Von Silvio Borner — Ökonomische Ranglisten sind mit Vorsicht zu geniessen. Das neuste Ranking über das günstigste wirtschaftliche Umfeld ist jedoch für handfeste Überraschungen gut.

Rankings über Universitäten, Sportler oder Urlaubsziele haben Hochkonjunktur. Besonders bei wirtschaftlichen Vergleichen schneidet die Schweiz regelmässig gut bis sehr gut ab. Bekannt ist etwa das Ranking des World Economic Forum (WEF) zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Hier horchen wir schon auf, wenn die Schweiz nicht (mehr) zuoberst auf dem Treppchen steht. Soeben erteilt das WEF der Wettbewerbsfähigkeit des schweizerischen Tourismus nonchalant die Bestnote von 140 Ländern, obwohl wir beim Preis den zweitletzten Rang (139) belegen!

Zugegeben, auch für mich ist ein Mouton-Rothschild der beste aller Bordeaux-Weine. Leider ist er aber für mich als zweitteuerste Marke nicht erschwinglich. Bis jetzt glaubte ich nämlich immer, dass für die Wettbewerbsfähigkeit das Preis-Leistungs-Verhältnis massgeblich sei. Damit bin ich offensichtlich nicht allein. Denn so wie ich als Weinkonsument gegenüber dem Mouton-Rothschild verhalten sich offensichtlich auch die Touristen gegenüber der Schweiz: Sie bleiben unserem Land je länger, je mehr fern. Rankings werden geschätzt und zitiert, solange sie für die Bewerteten positiv ausfallen. Im gegenteiligen Fall wird die Methode kritisiert – das ist eine bewährte Art, um unliebsame Studien kleinzureden.

Im Fall des neusten Rankings der International Finance Corporation (IFC) will ich jedoch die Frage überprüfen: Sind die Ergebnisse plausibel? Dieses Ranking untersucht die Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten in 185 Ländern («Ease of Doing Business»). Je besser der Rang, desto besser das regulatorische Umfeld für den Aufbau und die Entwicklung lokaler Unternehmen.

Nicht ganz top, aber vorne dabei

Dabei stützt sich die IFC auf zehn Kriterien, deren Werte wiederum aus zahlreichen, gleich gewichteten Einzelindikatoren gewonnen werden. Der beste Rang der Schweiz bei den Einzelkriterien, nämlich Platz 8, betrifft ausgerechnet die Verfügbarkeit von Elektrizität. Das war aber vor der Energiewende, die nicht nur die angebliche Verschwendung eindämmt, sondern die effektive hohe und preisgünstige Versorgungssicherheit gefährdet. Immerhin auf Platz 15 kommen wir bei der Registrierung von privatem Eigentum. Bei der Durchsetzbar-

keit rechtsgültiger Verträge sind wir auf Rang 20 abgerutscht. Bei der Besteuerung schaffen wir Platz 18, und bei der Verfügbarkeit von Betriebskrediten ist es immerhin noch Rang 23.

In all diesen Bereichen sind wir zwar nicht ganz top, aber immerhin bei den Besten. In der Gesamtwertung schaffen wir es denn auch auf den 28. Rang. Nicht schlecht, aber deutlich hinter den Spitzenreitern Singapur (1), Hongkong (2), Neuseeland (3), USA (4), Dänemark (5), Norwegen (6), Grossbritannien (7), Korea (8), Georgien (9) und Australien (10). In der Gesamtwertung sind die folgenden europäischen Länder vor der Schweiz klassiert: Finnland (11), Schweden (13), Island (14), Irland (15), Deutschland (20), Lettland (25) und Litauen (27).

Das darf nicht wahr sein

Die Spitzenplätze für Hongkong und Singapur sind keine Überraschung. Die angelsächsischen und skandinavischen Länder profitieren nach-

haltig von mehr oder weniger radikalen Liberalisierungs- und Deregulierungsschüben. Und die Schweiz muss bei der derzeit grassierenden Regulierungswut mit einem weiteren Attraktivitätsverlust rechnen. Nun zu den heissen Eisen: Wo liegt die Schweiz im internationalen Kontext nur noch im Mittelfeld oder gar auf den hinteren Plätzen? Das ist aus-



gerechnet im grenzüberschreitenden Handel der Fall. Hier belegen wir noch Platz 35, was für eine kleine offene Volkswirtschaft kein gutes Zeichen ist, sich aber durch unseren extremen Agrarprotektionismus leicht erklären lässt. Kaum überraschend ist Rang 45 für Insolvenzverfahren, gut verständlich auch Rang 50 beim Erwerb von Baubewilligungen.

Rote Lampen fassen wir bei den Bedingungen für den Start eines Unternehmens, wo wir nur Rang 97 belegen, was in der angeblich liberalen Schweiz doch sehr erstaunt. Wirklich alarmierend ist aber Folgendes: Beim Schutz von Investoren («Protecting Investors») platziert uns die IFC auf Rang 169 von insgesamt 185 Ländern. Das kann oder darf nicht wahr sein!

Ich habe deshalb von der IFC verlangt, mir die zugrundeliegenden Indizes vorzulegen. Sollte dies kein Schreib- oder Rechenfehler sein, ergibt das Stoff für eine weitere Kolumne. Und sollte ein Fehler vorliegen, werde ich über die Gefahren von Statistiken schreiben.



TOYOTA

ALWAYS A
BETTER WAY

MIT ABSTAND KLASSENBESTER. DER NEUE TOYOTA AURIS HYBRID.



ENTDECKEN SIE DAS FORTSCHRITTLICHSTE AUTOMOBIL IN DER KOMPAKTKLASSE.

- Null Emissionen im Stop-and-go-Verkehr dank Toyota Vollhybrid-Technologie mit 3 Fahrmodi: rein elektrisch (EV), Eco-Drive und sportlicher Power-Drive.
- Sie profitieren von zwei vollautomatisch geregelten Antrieben – ein Elektromotor in Kombination mit einem 1,8-Liter-Benzinmotor.
- Nur 3,8 Liter/100 km Verbrauch und klassenbeste CO₂-Emissionen von nur 87 g/km bei kraftvollen 136 PS.
- Grosszügiges, variables Platzangebot im Inneren trotz äusserst kompakten Aussenmassen.

Auris Hybrid ab Fr. 31'000.–* (inkl. Fr. 3'500.– Cash Bonus und Fr. 1'000.– Eintauschprämie). **Mit 3,9% Leasing: Fr. 324.– pro Monat*.** Jetzt Probe fahren!

5 JAHRE
HYBRID
GARANTIE

3 JAHRE
VOLL
GARANTIE

3 JAHRE
GRATIS
SERVICE

toyota-hybrid.ch

*Empfohlener Netto-Verkaufspreis nach Abzug von Cash Bonus und Eintauschprämie**, inkl. MwSt. **Auris Hybrid** Luna 1,8 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 100 kW (136 PS), 5-Türer, Fr. 35'500.– abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'500.– und Eintauschprämie** von Fr. 1'000.– = Fr. 31'000.–, Leasingzins Fr. 324.65, Ø Verbrauch 3,81/100 km, Ø CO₂-Emissionen 87 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. Ø CO₂-Emissionen aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 153 g/km. Abgebildetes Fahrzeug: **Auris Hybrid** Sol 1,8 VVT-i Hybrid Synergy Drive®, 100 kW (136 PS), 5-Türer, Fr. 38'300.– abzgl. Cash Bonus von Fr. 3'500.– und Eintauschprämie** von Fr. 1'000.– = Fr. 33'800.–, Leasingzins Fr. 353.95. **Leasingkonditionen:** effektiver Jahreszins 3,97%, Leasingzins pro Monat inkl. MwSt., Vollkaskoversicherung obligatorisch, Sonderzahlung 20%, Kaution vom Finanzierungsbetrag 5% (mindestens Fr. 1'000.–), Laufzeit 48 Monate und 10'000 km/Jahr. Weitere Berechnungsvarianten auf Anfrage. Eine Leasingvergabe wird nicht gewährt, falls sie zur Überschuldung des Konsumenten führt. Die Verkaufsfaktionen sind gültig für Vertragsabschlüsse mit Inverkehrsetzung bis 30. Juni 2013 oder bis auf Widerruf. Nur bei den teilnehmenden Toyota Partnern. **Bei Eintausch Ihres aktuellen Fahrzeugs (PW) durch den Toyota Partner und Kauf eines neuen Auris. Die Eintauschprämie wird vom Verkaufspreis des Auris Neuwagens abgezogen.

WW MAGAZIN JETZT AUCH FÜRS iPad



Erhältlich im
Apple-
Zeitungskiosk
GRATIS

Einzelzeitung für
Wahlwoche Verlags AG
6.50

Hollande will sein Land zurück

Von Hansrudolf Kamer — Der französische Präsident reist ins Burgund, um Kontakt mit «normalen» Franzosen zu suchen. Die Politik des Staatschefs erschöpft sich in Public Relations.



François Hollande versucht es mit einer «Reconquista». Der Präsident Frankreichs hat sein Land verloren und will es wieder erobern. Er begibt sich in die Provinz und trifft dort Franzosen, um

sie von seiner Politik zu überzeugen. So ungefähr beschreiben es französische Medien, die ziemlich unisono feststellen, Hollandes Unbeliebtheit sei sein Markenzeichen. Mehr als zwei Drittel der Befragten sind von ihm enttäuscht. Der Präsident wirkt überfordert.

Berater im Elysée hatten ihn offenbar darauf aufmerksam gemacht, dass seine Vorgänger Mitterrand und Chirac wiedergewählt wurden unter Bedingungen einer Cohabitation, einer Regierung und eines Parlaments unter Führung der Opposition. Giscard d'Estaing und Sarkozy hätten verloren, weil sie gezwungen waren, die geführte Politik zu verteidigen. Die Antwort Hollandes darauf soll gelautet haben: «Alles hängt vom Verhältnis ab, das man zu den Franzosen hat.»

Damit steht es, wie gesagt, schlecht. Das Verhältnis soll nun im Direktkontakt verbessert werden. Natürlich trifft der Staatschef nicht irgendwelche Franzosen, sondern solche, die ihm immer noch relativ wohlgesinnt sind. Nach den Geboten moderner Politik hat das Ganze nur Erfolg, wenn Fernsichtbilder vermieden werden, die Konträres darstellen oder wilde Opposition anzeigen.

Die Manie, alles zu komplizieren

Der politischen Inszenierung sind aber Grenzen gesetzt. Giscard hatte sich einst selber zum Abendessen «bei Franzosen» eingeladen, um zu erfahren, wie sie die Dinge wirklich sehen. Geholfen hat's wenig. Hollandes Stil entspricht dem Zeitgeist: Die Wahlkampagne hört nie auf. Umfragen regieren, Popularität ist alles. Selbst einer wie Hollande, der aus seiner Unpopularität eine Tugend machen und Frankreich gezielt bittere, aber notwendige Medizin verabreichen könnte, agiert fantasielos nach dem Handbuch der modernen Medienpolitik. Weil nicht ist, was nicht sein darf, verkünden die Mandarin aus dem Innen- und dem Finanzministerium, der Kurs sei klar und werde auf alle Fälle beibehalten.

Die Kosten der Arbeit sind zu hoch, die Steuern zu schwer. Die Bürokratie ist zu drückend. Der französischen Automobilbranche geht es schlecht, die Bauern können nicht mehr, die kleinen und mittleren Unternehmen leiden mehr als die grossen. Der Cognac-Produzent aus Cognac schüttelt den Kopf und zieht sich aus dem Erwerbsleben zurück. Der Rentner aus Pau lamentiert über den allgemeinen Niedergang. Der Académicien Jean d'Ormesson diagnostiziert in der Politik eine Manie, alles zu komplizieren, statt es einfacher zu machen. Und der Exodus der Reichen wie auch der Brain-Drain der Jungen nähmen das Ausmass eines Debakels an. «La France, hier si riche, a le sentiment d'être ruinée.»

Hollande versuchte einen historischen Kompromiss, wie er es nannte, in Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern. Doch der im Januar geschlossene «accord national sur l'emploi» zwischen Arbeitgebern und drei der fünf grossen Gewerkschaftsverbände bringt zu wenig. Er räumt ein wenig Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt ein, erhöht aber im Gegenzug die Kosten der Arbeit. Anreize für Neuanstellungen und neue Arbeitsplätze gibt es so nicht.

Der Wahlkampf liegt zwar schon eine Weile zurück, doch unvergessen sind die Versprechungen Hollandes, dieses Jahr die Trendwen-

de auf dem Arbeitsmarkt einzuleiten und das staatliche Budgetdefizit unter drei Prozent des BIP zu halten. Doch die öffentliche Verschuldung nimmt weiter zu, die Arbeitslosigkeit nähert sich dem Rekordwert von 1997, die Sparziele – auch die europäisch mandatierten – werden nicht erreicht.

Die Intervention in Mali gegen die Offensive der Dschihadisten verschaffte ihm innenpolitisch kaum Spielraum. Das hatte auch sein Vorgänger Sarkozy mit dem Eingreifen in Libyen erfahren müssen.

Wenn Hollande die deutsche Austeritätspolitik – was immer das ist – und den zu hohen Euro-Kurs weiter für seine Schwierigkeiten

Der Cognac-Produzent aus Cognac schüttelt den Kopf und zieht sich zurück.

verantwortlich macht, wird er das Malaise nicht überwinden. Seine Umfragewerte sind nämlich noch schlechter, als sie scheinen, weil die Opposition nicht opponiert und sich aus dem Diskurs abgemeldet hat. Die UMP hat ihren Führungsstreit notdürftig überkleistert, aber nicht beigelegt. Sie ist weiter mit sich selber beschäftigt. Sogar Sarkozy will sich wieder ins Spiel bringen.

Bei seiner letzten Offensive an der Pressekonferenz im November hatte Hollande mit seltener Deutlichkeit erklärt, es gehe um eine Reform des Staates, um die Sicherung des sozialen Netzes und um die territoriale Neuorganisation. Gut gebrüllt, doch vier Monate später wartet Frankreich immer noch. Der *Figaro* konstatierte lapidar, das Schweigen des Präsidenten sei ohrenbetäubend.



Fantasielos: Präsident Hollande in der Nähe von Dijon.

Kriminalstatistiken und ihre Reiniger

Von Christoph Mörgeli

Man las es nur bei *Tages-Anzeiger* online: «Sind Ausländer krimineller als Schweizer? – Ja, aber nicht alle Ausländergruppen im gleichen Ausmass.» Der Titel darüber lautete: «Von den Schwierigkeiten, die Ausländerkriminalität zu messen.» Selbstverständlich ist es schwierig. Die Wahrheit ist immer schwierig. Aber meistens doch irgendwie messbar. Das Institut für Kriminologie der Universität Zürich analysierte die schweizerische Strafurteilsstatistik von 1984 bis 2011. Das Resultat ist haarsträubend. Und das totale Schweigen aller andern Medien ebenso.

Im genannten Zeitraum explodierte die Ausländerkriminalität um rund 370 Prozent. Die steigende Zahl osteuropäischer Diebesbanden schlägt fett zu Buche. Am verheerendsten sieht es im Asylwesen aus: 2010 wurden von 36 116 Asylanten 17 251 strafrechtlich verurteilt. Jeder zweite Asylbewerber ist kriminell. Bei den verurteilten Vergehen gegen Leib und Leben, begangen von 18- bis 29-jährigen Männern, sind etwa 70 Prozent Asylanten, bei Drogendelikten sind es etwa 85 Prozent Asylanten, bei Gewalt etwa 70 Prozent Asylanten und bei Vermögensdelikten etwa 80 Prozent Asylanten. Die jungen männlichen Asylbewerber verüben 13,2-mal öfter Vermögensdelikte als gleichaltrige Schweizer.

Solche Zahlen übertreffen die kühnsten Stammtischfantasien. Und sie sind ein Desaster für Simonetta Sommarugas Asylpolitik. Aber auch ein Debakel für alle Medien, die solche Zahlen ignorieren. Man mag sich demgegenüber die öffentliche Hysterie gar nicht vorstellen, wenn eine Statistik ergäbe, dass 3 Prozent der Straftaten durch SVP-Mitglieder begangen werden. Dass gemäss *Tagi* online ein ehemaliger SP-Regierungsrat, ein Kulturwissenschaftsprofessor und eine Rechtspsychologin die Zürcher Kriminalstudie kleinredeten, gehört zum üblichen Vertuschen.

Hans-Rudolf Wicker, Ex-Professor für Sozialanthropologie an der Universität Bern, rief die Kriminologie-Wissenschaftler dazu auf, «Statistiken von diskriminierenden Aussagen zu reinigen». Was genau meint Wicker wohl mit diskriminierend? Das Wort «Ausländer»? Das Wort «Kriminalität»? Oder die Bezeichnungen «Tunesien», «Algerien» oder «Nigeria»? Der reinliche Reiniger offenbarte der *Wochezeitung* immerhin seine wissenschaftliche Ethik: «Wir haben Marx ernst genommen. Es kommt darauf an, die Welt zu verändern.»

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Sommaruga muss Wort halten

Von Peter Bodenmann — FDP-Präsident Philipp Müller will die Minder-Initiative sofort umsetzen. Mit gutem Grund.



Propagandistin von *Economiesuisse*? SP-Bundesrätin Sommaruga.

Economiesuisse steckt bis zum Hals in Schwierigkeiten. Wird Rudolf Wehrli nach seinem blamablen Auftritt in der «Rundschau» als Präsident überleben? Oder muss der SVP-nahe Pascal Gentinetta über die Klinge springen? Dies, nachdem Daniel Vasella bereits im Januar still und heimlich die Schweiz Richtung Amerika verlassen hat.

Zu den Verlierern der Minder-Initiative gehören aber auch die Subordinations-Sozialdemokraten, die sich nach verlorener Abstimmung still und leise aus dem Staub zu machen versuchen.

Die grosse Mehrheit der Schweizer Angestellten hat für die Minder-Initiative gestimmt. Und dies, obwohl der Kaufmännischen Verband unter seinem SP-Präsidenten Daniel Jositsch für Vasella und Konsorten unterwegs war. Verwaltungsrat der Basellandschaftlichen Kantonalbank ist der SP-Ständerat Claude Janiak. Natürlich war auch er für den zahnlosen Gegenvorschlag.

Genau wie Rudolf Strahm, der zusammen mit Daniel Lampart vom Gewerkschaftsbund, die Gefahr amerikanischer Heuschrecken an die Wand malte, falls das Volk ja sage zur Anti-«Abzocker»-Initiative.

Alle übertroffen hat die zuständige Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Wie schon vor der Abstimmung behauptet Sommaruga auch danach rechts- und faktenwidrig, die Umsetzung

der Initiative Minder werde viel länger dauern als die Inkraftsetzung des indirekten Gegenvorschlags. Wahr ist natürlich genau das Gegenteil. Der Bundesrat kann am nächsten Mittwoch mit einer Verordnung die Initiative Minder sofort wortgetreu umsetzen. Innert eines Jahres muss er dies sogar tun. Die Verwaltung hat übrigens das entsprechende Projekt längst vorbereitet, weil die Minder-Initiative während fünf Jahren in Bern verschlampt wurde.

Begriffen hat dies inzwischen der FDP-Präsident Philipp Müller. Er fordert in den Medien die sofortige Umsetzung der Initiative Minder mittels einer Verordnung des Bundesrates. Mit gutem Grund: Philipp Müller soll federführend die Initiative «1:12» bekämpfen. Je länger die Sommaruga-Verordnung auf sich warten lässt, desto grösser sind die Chancen dieser Juso-Initiative, der zurzeit immerhin vierzig Prozent der SVP-Basis zustimmen.

Wird Bundesrätin Simonetta Sommaruga noch vor dem Sommer mit einer bundesrätlichen Verordnung kommen? Und sich so selber als faktenwidrige Propagandistin von *Economiesuisse* outen?

Hoffen wir es nicht, denn die Initiative «1:12» hat nur dann eine kleine Chance, wenn die zuständige Bundesrätin die Umsetzung – wie angekündigt – maximal verzögert.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

15. März – 17. November 2013
Bernisches Historisches Museum

Das Kulturhighlight 2013 – jetzt in Bern

Qin – Der unsterbliche Kaiser
und seine Terrakottakrieger

www.qin.ch

Tickets auf
www.qin.ch

Ein Kulturrengagement von





Exklusives **Knigge-Dinner-Seminar**

Gute Manieren machen erfolgreich. Lernen Sie im Knigge-Dinner-Seminar von Hanspeter Vochezer den stilvollen Auftritt, damit Sie in Beruf und Privatleben Fettnäpfchen elegant umgehen und Ihr Gegenüber für sich gewinnen.

«You never get a second chance to make a first impression», heisst eine Redewendung aus dem angelsächsischen Raum. Auf Deutsch: «Der erste Eindruck zählt.»

Dies gilt im Berufsleben genauso wie bei privaten Begegnungen. «Wer sich gut zu benehmen weiss, wird als kompetent und souverän wahrgenommen», sagt Hanspeter Vochezer, ehemaliger Butler von Gunter Sachs.

In Zeiten des verschärften beruflichen Wettbewerbs reichen Kompetenz und Fleiss nicht mehr aus, um sich im Markt erfolgreich zu behaupten. Stilsicherheit, gute Umgangsformen und Kenntnis der (un)geschriebenen Gesetze in der Geschäftswelt sind für den beruflichen Erfolg ebenso entscheidend. Lernen Sie Formfehler bei der Ansprache zu vermeiden, unpassende Bemerkungen frühzeitig zu erkennen und in jeder Situation den richtigen Ton zu treffen.

Im Privatleben sind gute Umgangsformen mindestens so wichtig wie im Beruf. Wer sich

richtig zu verhalten weiss und stilvoll auftritt, wird gerne wieder eingeladen. Die Liste der Regeln ist lang und beinhaltet auch die formvollendete Bewirtung der Gäste – sei es im privaten Rahmen oder bei geschäftlichen Anlässen. Sicherheit mit den Umgangsformen gibt Ihnen die Freiheit für einen entspannten, angenehmen und gewinnenden Umgang mit dem Gegenüber.

Das Knigge-Dinner-Seminar

Knigge-Trainer und Image-Consultant Hanspeter Vochezer verfügt über fünfzehn Jahre Erfahrung in der internationalen Luxushotellerie und zeichnet sich aus durch Stilsicherheit, Leidenschaft, Sensibilität und absolute Diskretion. Dieses exklusive Seminar für *Weltwoche*-Leser findet statt im edlen Ambiente einer klassischen Herrschaftsvilla aus dem 19. Jahrhundert in Küsnacht – stilvoll und formvollendet.

Ich freue mich, Sie persönlich begrüßen zu dürfen.
Ihr Hanspeter Vochezer

Weltwoche-Spezialangebot

Knigge-Dinner-Seminar

Donnerstag, 11. April 2013, 17–22 Uhr

Programm

Begrüssung und Champagner-Apéro. Sechsgängiges Knigge-Dinner mit kulinarischen Hindernissen und passenden Weinen.

Veranstaltungsort

Herrschaftsvilla in Küsnacht/ZH.
Lageplan folgt nach definitiver Anmeldung.

Anmeldung

E-Mail an verlag@weltwoche.ch mit folgenden Angaben: Anzahl Personen, Abonnent/Nichtabonnent und Rechnungsadresse.

Anmeldeschluss

25. März 2013. Teilnehmerzahl begrenzt
Anmeldungen werden nach Eingangsdatum berücksichtigt.

Kosten

Abonnenten: Fr. 375.–
Nichtabonnenten: Fr. 425.–

In Zusammenarbeit mit
www.hostingprofessionals.ch

www.weltwoche.ch/platinclub

Bratwurst in der Festhütte

Von Kurt W. Zimmermann — Unser Fernsehen schafft es tatsächlich, auch die weltweit besten TV-Formate zu vergeigen.

Es gab Glühwein und Bratwürste im Festzelt in Hittnau. Hittnau liegt im Zürcher Oberland.

Die Hittnauer kamen ins Festzelt, weil eine aus Hittnau am Fernsehen kam. Die Hittnauerin Simona Lüthi sang in der Castingshow «The Voice of Switzerland». Sie schied zwar im Halbfinale aus, aber es war dennoch ein gemütliches Dorffest mit Glühwein und Bratwürsten.

Die Festhütte in Hittnau ist ein hübsches Beispiel für die Strahlkraft des Schweizer Fernsehens. Unser Staatssender schafft es, sogar internationale Glamour-Formate wie «The Voice» im provinziellen Mief zu versenken. Auf die Idee mit Glühwein und Bratwürsten kommt man wirklich nur, wenn man sich durch die TV-Inszenierung von «The Voice of Switzerland» inspirieren lässt.

Das Schweizer Fernsehen hat seit je ein Problem mit internationalen Erfolgsformaten. Das Problem besteht darin, dass man mit solchen Reality-Shows einen Publikumserfolg riskiert. Ein Publikumserfolg mit Reality-Shows, so sagen es die TV-Häuptlinge aber bei jeder Gelegenheit, ist sträflicher Populismus.

Darum hat kaum ein Kanal bisher weniger internationale Formate eingekauft als der Schweizer Landessender. Getraut hat man sich nur etwa mit «Traumjob» (Format: «The Apprentice»), «Musicstar» («Starmania»), «Kampf der Chöre» («Clash of the Choirs») und «Die grössten Schweizer Talente» («Britain's Got Talent»). Auch bei «The Voice» stieg man erst ein, als das Format in vierzig anderen Ländern erfolgreich gelaufen war.

Dann aber wurden die internationalen Erfolgssendungen, wenn man sie wagemutig eingekauft hatte, stets nachträglich helvetisiert und auf das Niveau heimischer Rechtschaffenheit gesenkt. Dort, wo Glitzer und Glamour vorgesehen ist, liefert dann das Schweizer Fernsehen lieber Biedersinn und Betulichkeit, dort, wo Stars brillieren sollen, werden nun Kunsthandwerker eingesetzt.

Kurzum, man macht aus einer schillernden Show einen bunten Abend.

Genau nach dieser Strickart hat man auch «The Voice of Switzerland» zugemottet. Als Moderator durfte der schwiegermuttertaugliche Sven Epiney ran, dessen Ausbildung zum bernischen Primarlehrer bis heute sedativ nachwirkt. In die Jury wiederum setzte man die hausbackenen Gesangsfreunde Stefanie Heinzmann, Stress, Marc Sway und Philipp Fankhauser, deren rhetorischer Unterhal-



Zugemottet: «The Voice of Switzerland».

tungswert ungefähr die Tonvielfalt einer Stimmgabel erreicht.

In anderen Ländern sitzen hingegen Kaliber wie Tom Jones, Shakira und Christina Aguilera in der Jury. Zugegeben, solche Stars kann die Schweiz nicht vorweisen. Aber etwas mehr Courage und Prominenz für die Jury hätte man sogar von den eidgenössischen Rundfunkbeamten erwarten dürfen, etwa mit einem Dieter Meier, einem Chris von Rohr oder einem DJ Antoine. Aber das wäre vermutlich fröhlich geworden, und Fröhlichkeit ist Populismus.

Wie onkelhaft der Schweizer Liederabend daher kommt, zeigt sich erst richtig beim Druck auf den Umschaltknopf. Parallel nämlich läuft bei RTL der Casting-Klassiker «Deutschland sucht den Superstar». Als Jurymitglieder und Moderatoren sorgen Typen wie Dieter Bohlen, Bill und Tom Kaulitz und Olivia Jones für Unterhaltung und Klamauk. Die Show ist deutlich näher bei Hollywood als bei Leutschenbach.

Über zehn Millionen Franken investiert das Fernsehen für seine bisher grösste Reality-Show. Das ist viel, gemessen am spiessigen Resultat.

Man hätte es auch billiger haben können. Für die Gesangsverrichtung von SRF hätte ein Festzelt mit Glühwein und Bratwürsten durchaus genügt. Besonders günstig wäre es in Hittnau im Zürcher Oberland geworden. Dort stand die Infrastruktur für den Anlass bereit.

John und Hillary

Von Beatrice Schlag — Zwei ehemalige Verlierer in Hochform.

Schon früh im letzten Wahlkampf sagte ein republikanischer Experte, Mitt Romney werde nie gegen Obama gewinnen. Gefragt, warum er so sicher sei, antwortete er: «Denken Sie an John Kerry.» Jeder wusste sofort, was gemeint war.

Romney wie Kerry sahen aus, als hätte ein Casting-Büro sie für das Präsidentenamt ausgesucht: gross, athletisch, gutaussehend, beneidenswertes Kopfhaar. Beide wechselten ihre Gesinnung je nach Meinungsumfrage. Aber das war nicht entscheidend. Der Hauptgrund, warum Kerry gegen Bush und Romney acht Jahre später gegen Obama verlor, war, dass sie bei ihren Auftritten ungefähr so viele Gefühle auslösten wie Nachbars Thuja-Hecke.

Hillary Clinton wurde im Wahlkampf gegen Obama auch eine Thuja-Hecke. Sie war in fast allem gleicher Meinung wie er und wirkte belehrend. Niemand will eine Oberlehrerin als Präsidentin, und man weiss, dass Wahlentscheidungen emotional gefällt werden. Als Obamas Aussenministerin war Hillary Clinton eine Spitzenbesetzung. Sie wurde geliebt für ihren Einsatz, ihr respektvolles, aber je nach Bedarf unnachgiebiges Auftreten, ihren scharfen Witz und ihr Desinteresse an Umfragewerten. Inzwischen ist John Kerry Aussenminister, und wir sitzen in einem ähnlichen Film. Kerry, Sohn eines Diplomaten, jahrelang in einem Schweizer Internat erzogen, spricht fliessend, wenn auch mit starkem Akzent Deutsch, Französisch und Italienisch. Während seines Wahlkampfes begann er das zu verheimlichen. Als Medien seine Weltläufigkeit als unpatriotisch kritisierten, nachdem er 2003 ein Philly-Steak mit Swiss Cheese bestellt hatte, verstummte er. Bei seiner ersten Europareise als Aussenminister redete er stolz Deutsch, Französisch und Italienisch. Seine Haare sind struppiger, sein Auftreten ist vergnügt. Als ihn Präsident Obama Ende Dezember für das Amt des Aussenministers vorstellte, sagte er über Kerry: «Sein ganzes Leben hat ihn auf diese Aufgabe vorbereitet.» Zwei der nächsten demokratischen Präsidentschaftskandidaten werden vermutlich Hillary Clinton und John Kerry heissen. Und sie werden keine Thuja-Hecken mehr sein.



Leserbriefe

«Die Kritik kann nur auf eine Art verstanden werden: Was vom Staat kommt, ist gut, was von der Wirtschaft kommt, ist schlecht.» *Markus Egli*



Weltklasse-Forscher Fehr.

Aufmerksamkeit und Geld

Nr. 10 – «Professoren warnen vor Professor»;
Philipp Gut über Ernst Fehr

Die Kritik am Sponsoring des Lehrstuhls durch die UBS kann in einer Zeit, wo für jede Meinung oder Haltung ein «wissenschaftliches» Gutachten von irgendeinem Institut erhältlich ist, nur auf eine einzige Art verstanden werden: Was vom Staat kommt, ist gut, was von der Wirtschaft kommt, ist schlecht. Wenn man so argumentiert, muss man beide Augen zudrücken, um nicht zu sehen, dass ein zu grosser Teil der heutigen staatsabhängigen Wissenschaft schon lange nicht mehr primär nach Wissen, sondern nach Aufmerksamkeit und Geld strebt.

Man kann es schon beinahe täglich in den Zeitungen lesen. Sogenannte Ethikprofessoren geben laufend politische Stellungnahmen ab. Jede noch so imaginäre Bedrohung unseres Lebens oder der Umwelt findet Institute, die dazu Daten liefern. Soziologieprofessoren greifen jedes politisch aktuelle Thema auf und kommentieren es in den Medien. Damit erreichen sie alle sicher Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Und von den Politikern, die ebenfalls Aufmerksamkeit wollen, erhalten sie dann Geld. «Wissenschaftliche» Daten werden häufig nur noch erhoben, um die «richtigen» Meinungen zu stützen. Das Trauerspiel in der Klimadiskussion, wo «Wissenschaftler» Computermodelle als einzige Realität ver-

kaufen und von der Gesellschaft unter Androhung schlimmster Konsequenzen riesige Investitionen verlangen, ist ein aktuelles Beispiel. In diesem Licht sind Bedenken über die möglichen Abhängigkeiten aufgrund der UBS-Spende eindeutig identifizierbar als das, was sie sind: eine politische Stellungnahme für eine staatsgetriebene Wissenschaft, die als grösste Täterin «Haltet den Dieb!» ruft. *Markus Egli, per E-Mail*

Bodenmann tritt nach

Nr. 10 – «Beppe Grillo der Alpen»;
Peter Bodenmann über Oskar Freysinger

Was der Autor über Oskar Freysinger schreibt, ist weniger als die halbe Wahrheit. Bodenmann ist neidisch, denn Freysinger hat im Alleingang geschafft, was Bodenmann bei seiner Wahl in den Walliser Staatsrat nur mit Hilfe von Pascal Couchepin schaffte. Bodenmann giftelt und tritt nach; das ist wenig edel und Ihren Ansprüchen nicht angemessen.

Klaus J. Stöhlker, Zollikon

Mühe mit der Balance

Nr. 10 – «Einsamer Langläufer»;
Markus Schär über Ueli Maurer

Es sind Artikel wie dieser, die mich trotz der manchmal krampfhaft wirkenden und nervigen Versuche, das Querdenker-Image zu polieren, das Abo weiter bezahlen lassen. Die *Weltwoche* würde gut daran tun, etwas weniger

Effekthascherei zu betreiben zugunsten gut recherchierter und in der Schweizer Presselandschaft dringend benötigter Hintergrundartikel. Sie kann das, hat manchmal nur etwas Mühe mit der Balance.

Thomas Zuber, Aarau

Weltliches Blatt

Nr. 10 – «Chaos für die Ewigkeit»;
Peter Keller über die Papstwahl

Im Zuge der Ablösung an der Spitze der römischen Kirche taucht auch in der *Weltwoche* der «Heilige Vater» wieder einmal auf. Es sei daran erinnert, dass ein grosser Teil der *Weltwoche*-Leser in Rom weder einen «Vater» und schon gar keinen «Heiligen» hat. Für sie heissen Aufgabe und Titel des obersten katholischen Funktionärs schlicht und einfach «Papst». Die *Weltwoche*, eben, wie ihr Name sagt, ein weltliches Blatt, sollte den Sprachstil eines erbötigen Pfarreianzeigers meiden.

Peter Frigge, Winterthur

Ständemehr, «schweizverträglich»

Nr. 10 – «Roter Chorgesang»;
Urs Paul Engeler über das Ständemehr

Als Basler Liberaler möchte ich keineswegs in den roten Chorgesang einstimmen, sondern einen anderen Weg aufzeigen, um langfristig das Problem des Ständemehrs «schweizverträglich» zu lösen: Im Zeichen der Mobilität unserer rasch gewachsenen Bevölkerung ist die historische Raumaufteilung aus der Zeit von Napoleon zu reformieren. Dabei müssen nicht neue Grenzen gezogen werden. Es sollen sich lediglich benachbarte Kantone zu grösseren Regionen zusammenschliessen. Im Rahmen einer gesamtschweizerischen Gebietsreform bilden sich sieben, allenfalls neun Regionen (neu Kantone). Das wären zum Beispiel die Genferseeregion, Bern-Mittelland, Innerschweiz, Nordwestschweiz, Zürich-Nordschweiz, Ostschweiz und das Tessin. Mit Ausnahme des Tessins wären alle Kantone etwa gleich stark und vereinten Stadt und Land. Jeder Kanton erhält 6 Ständeräte, was neu 42 ergibt. Dabei behält jeder ehemalige Kanton, auch wenn er so klein ist wie der Kanton Uri, mindestens einen Ständeratssitz.

Die neuen Kantone könnten ihre Aufgaben wieder grösstenteils selber lösen und würden damit in ihrer Autonomie gestärkt, zudem würde die schleichende Zentralisierung gestoppt, und viele demokratisch nicht legitimierte Konkordate und Zweckverbände würden überflüssig. Ein teurer Finanzausgleich wäre kaum noch nötig und eine wirkungsvolle Raumplanung so ermöglicht. Durch diese sinnvolle Gebietsreform wird der Föderalismus nicht abgeschafft, sondern im Gegenteil gestärkt und wieder aufgewertet. Auf

diesem Weg lässt sich das immer grösser werdende Ungleichgewicht des Ständemehrs lösen. Gleichzeitig wird für viele Bürger der Wohn- und Arbeitsort wieder zur politischen Heimat. Es ist zu hoffen, dass dies bis 2048 verwirklicht wird – 200 Jahre nach unserer Bundesverfassung.

Peter P. Bauer, Basel

Zorn hat gesiegt

Nr. 10 – «Minder»;

Editorial von Roger Köppel

Wieweit sich die latente Wut abgekühlt hat, bleibt abzuwarten. Ungezählte Schweizerinnen und Schweizer ärgerten sich zu Recht über extreme Lohnexzesse. Aber einen Zusammenhang mit der Wut über Anlageverluste der letzten Jahre können wir nicht verleugnen; endlich konnte man sich «rächen». Beides, Frust und Ärger, hat Herr Minder geschickt ausgenützt.

Doch diese Frustabstimmung hat gar niemand gewinnen können. Die Economiesuisse nun zum Buhmann zu machen, ist unqualifiziert, ja unfair. Der kompetente Wirtschaftsverband hat in den letzten Jahren neun von zehn Abstimmungen gewonnen, was wohl kaum einer Partei und auch kaum einem unserer Verbände im Alleingang gelungen wäre. Erfolgreich war meist die Zusammenarbeit mit einer erfahrenen bürgerlichen Partei oder dem Gewerbeverband.

Bei jeder Kampagne werden Fehler gemacht. Wichtig ist, dass sie nicht matchentscheidend sind. Und die «Fehler» der Economiesuisse waren keinesfalls matchentscheidend! Doch einen Fehler haben wir alle gemacht: aus Angst, das Negative zu stark zu betonen. Das Positive, die Kehrseite der Medaille, hätte besser beleuchtet werden müssen (den finalen

Entschädigungscoup für Herrn Vasella schliessen wir dabei aus). Doch dem Fehlverhalten einiger Manager stehen unbestrittene Fähigkeiten und Verdienste vieler Wirtschaftsführer gegenüber. Unternehmer, die es verdienen, dass sie nicht nur am Lohn, sondern gerade auch an der Leistung für unser Land und seine Wirtschaft gemessen werden.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Abstimmungen zu Neiddebatten mutieren. (Neid ist ja ohnehin die einzige Todsünde, die keinen Spass macht.)

Mit diesem Ja hat unser Land leider nicht viel gewonnen, aber einiges verloren, wieder ein Stück Souveränität. Also, geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, hüten Sie sich bei den nächsten Abstimmungen und überlegen Sie sich, ob das Resultat, nicht für den Einzelnen, sondern für unser Land, Gewinn oder Verlust bedeutet.

Bruno Fäh, Baar

Führungsprobleme bleiben ungelöst

Berichterstattung über die psychiatrische Uniklinik «Waldau»; von Urs Paul Engeler

Nach massivem Druck der Universität und einzelner Medien ist Chefarzt Prof. Werner Strik wieder an seinen Arbeitsplatz zurückgekehrt. Der Kniefall der Geschäftsleitung ist erfolgt, das Bauernopfer ist gemacht, die Vorsitzende der GL, Regula Mader, geht und mit ihr viele wichtige Mitarbeiter/-innen. Ausschlaggebend war ein sehr lesenswertes juristisches Gutachten (www.be.ch: Medienmitteilung vom 5.12.2012 unter «Mediendokumentation»). Von Verschwörung keine Spur sondern sechzehn handfeste eingeklagte Punkte stehen zur Diskussion. So bleibt alles, wie es war. Die Führungsprobleme bleiben ungelöst. Ob die Begleitkommission daran etwas ändern kann, ist offen, hat doch kein Mitglied Erfahrung mit der Leitung einer psychiatrischen Klinik. Es wäre spannend, zu erfahren, wie in der Wirtschaft mit solch einer Situation verfahren würde. *Karl Studer, Kreuzlingen*

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man als zivilisierte Frau am Steuer laut fluchen, wenn man am Zebrastreifen anhält und die Fussgänger gelangweilt darüber schlendern, als wären sie an der Promenade? *Cristian Bieber Grontzki, Herisau*

Fluchen ist wie Trinken. Eigentlich sollte man es nicht tun, aber ohne geht es manchmal einfach nicht. Darum ist Ihnen der eine oder andere cholerische Anfall hinter Glas verziehen. Im US-Städtchen Middleborough kostet das laute und vulgäre Fluchen beispielsweise 20 Dollar (19 Franken), und in der polnischen Stadt Elbing drücken Sie 50 Zloty (15 Franken) ab, wenn die Polizei bei Ihrem Anfall zuhört. In der Schweiz riskieren Sie nur eine Strafe, wenn Sie auf der Strasse laut fluchen oder herumschreien, weil das als Verletzung der öffentlichen Ordnung gilt, oder wenn Sie jemanden persönlich beschimpfen, weil das als Ehrverletzung qualifiziert werden kann. Anders verhält es sich im stillen Kämmerlein. «Das Herumfluchen hinter dem Steuer ist dann, wenn es niemand hört, strafrechtlich nicht relevant», so Rechtsanwältin Stephanie S. Lattmann. Nur auf den Mittelfinger müssen Sie verzichten: Den nimmt man leider auch ohne Ton wahr. *Deborah Neufeld*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.


CRESTA
PALACE

Osterfreuden
SKI-(S)PASS CHF 25.–

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
Direkt bei Skilift, Gondelbahn, Skischulen und Loipen.
7 Tage Zi./Frühstück ab CHF 1197.– im DZ/Person
Ab 2 Nächten:
Skipass für CHF 25.– pro Person/Aufenthaltsstag
Wintersaison bis 7. April 2013

★★★★

CRESTA PALACE . CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 . www.crestapalace.ch
Elisabeth und Hanspeter Herren


das Bergjuwel

Auf dem «heissen Stuhl» verglüht

Die Abstimmung über die «Abzocker»-Initiative endete für Economiesuisse im Desaster, der Auftritt des Präsidenten Rudolf Wehrli in der «Rundschau» machte es komplett. Die Schweizer Wirtschaft fragt sich besorgt, wer den Standort noch glaubwürdig verteidigen könne. *Von Markus Schär*

Es war der wichtigste öffentliche Auftritt im 63-jährigen Leben von Dr. theol. Dr. phil. Rudolf Wehrli. Der Präsident von Economiesuisse sollte letzte Woche in der «Rundschau» des Schweizer Fernsehens auf dem «heissen Stuhl» erklären, welche Schlüsse die Wirtschaft aus ihrer vernichtenden Niederlage in der Abstimmung über die «Abzocker»-Initiative zieht. Und der als gescheiter Intellektueller und tüchtiger Manager geltende Wirtschaftsführer schaffte es, den gut siebenminütigen Auftritt so zu vermässeln, dass seither gestandene Unternehmer um die Zukunft des Landes fürchten.

Er sollte auf die Bevölkerung zugehen

Wo liegt das Problem? «Es fehlt an gegenseitigem Vertrauen», schrieben am Mittwoch letzter Woche, also noch vor dem Auftritt von Wehrli, Dominique Reber, Victor Schmid und Hugo Schittenhelm in der *Basler Zeitung*. Die drei gehören zu den Konsulenten, also den erfahrensten und angesehensten Kommunikationsberatern des Landes; Dominique Reber beriet Rudolf Wehrli noch als Mitarbeiter von Economiesuisse. In ihrem tief besorgten Artikel stellten sie fest: «Die Annahme der Initiative von Thomas Minder zeigt, dass die Wirtschaft und die Politik kommunikativ versagt haben und ein Vertrauensproblem zwischen Wirtschaft, Politik und Bevölkerung besteht.»

Die «Abzocker»-Initiative allein, wie auch immer umgesetzt, richtet noch kaum Schaden an, betonen mit «abzockenden» Topshots vertraute Berater. Aber sie warnen: «Wenn eine Gesellschaft zunehmend glaubt, dass die liberale Wirtschaftsordnung ihr mehr schadet als nützt, und sie gleichzeitig der Politik nicht mehr traut, dann wird sie Regulierungen unterstützen, welche sukzessive die bewährten Grundlagen unserer sehr erfolgreichen liberalen und sozialen Marktwirtschaft zerstören.» Ohne gegenseitiges Vertrauen sei nichts mehr zu gewinnen; deshalb gehe es darum, das Volk zu überzeugen, «mit klugen und richtigen Argumenten, nicht mit polemischen Statements oder mit lauten Kampagnen». Dafür müssten die Wirtschaftsführer auf die Bevölkerung zugehen.

Als Kopf, der sich dafür eignete, galt bisher Rudolf Wehrli, der im letzten Sommer das Economiesuisse-Präsidium vom früheren FDP-Nationalrat, Georg-Fischer-Finanzchef und Multi-Verwaltungsrat Gerold Bühler übernahm. Der neue wichtigste Mann der Schweizer Wirtschaft werde zwar weniger in



Schönster Manager-Slang: Economiesuisse-Präsident Wehrli.

der «Arena» auftreten als sein umtriebiger Vorgänger, stellte da Avenir-Suisse-Direktor Gerhard Schwarz fest, der Rudolf Wehrli seit langem gut kennt und hochschätzt. Aber, sagte er dem *Tages-Anzeiger*: «Es braucht jemanden, der die sehr heterogene Wirtschaft halbwegs repräsentieren kann. Jemanden, der eine hohe Glaubwürdigkeit ausstrahlt. Meiner Meinung nach tut das Ruedi Wehrli.»

Der Sohn eines puritanischen Lehrers strebte zwar bis dreissig nach akademischen Weihen, mit einer Dissertation sowohl in Theologie als auch in Germanistik. Aber er stieg danach als Berater bei McKinsey ein, geprüft vom späteren Credit-Suisse-CEO Lukas Mühlemann. Er lernte das Banking bei der Credit Suisse, leitete das Marketing des Vorhangherstellers Silent Gliss, führte den Industriekonzern Gurit Heberlein in Wattwil und sitzt seit sechs Jahren im Verwaltungsrat von Clariant. Beim permanent sanierungsbedürftigen Muttenser Chemiekonzern, der 1995 von Sandoz abgespalten wurde und seither auf die Hälfte geschrumpft ist, übernahm er vor einem Jahr das Präsidium.

Für seine Dienste bei Clariant bezog Rudolf Wehrli letztes Jahr Honorare und Aktien für insgesamt 663 975 Franken, inklusive der 122 500 Franken für die drei Sitzungen des Vergütungsausschusses, ein vergleichsweise bescheidenes Entgelt für einen Weltkonzern. Als «Abzocker» muss er sich also nicht beschimpfen lassen; Insider berichten denn auch, der Economiesuisse-Präsident ärgere sich selber über Topshots, die aus der eidgenössischen Realität abheben. Vor allem aber versucht er die Bodenhaftung zu wahren als Verwaltungsrat der Berner Kantonalbank, der Gewebe-Spezialistin Sefar in Thal SG oder des Guetsli-Bäckers Kambly in Trubschachen BE – also wirklich als Repräsentant der ganzen heterogenen Schweizer Wirtschaft.

Die Drohung wurde zum Steilpass

Davon war beim Auftritt in der «Rundschau» rein gar nichts zu sehen. Es brauchte kein teures Kommunikations-Know-how, sondern nur gesunden Menschenverstand, um zu erkennen, dass der wichtigste Wirtschaftsführer des Landes im Interview mit dem – wie immer aggressiven, aber diesmal nicht unfairen – Moderator Sandro Brotz falsch machte, was nur falsch zu machen war.

Für alle ernstzunehmenden Berater gab es bei diesem Auftritt nur eine Botschaft: «Ja wohl, wir haben das Volk verstanden.» Rudolf Wehrli klagte stattdessen, Economiesuisse habe gegen «sehr früh vorgefasste Meinungen» (der unbelehrbaren Bürger) kämpfen müssen. Er schwafelte im schönsten Managerslang über den *up-hill battle* und, auf die mangelnde Glaubwürdigkeit angesprochen, über ein «Kredibilitätsproblem». Er rechnete halbwegs überzeugend vor, dass Clariant-CEO

Hariolf Kottmann aufgrund seiner Leistung die Vergütung von 7,4 Millionen Franken verdiente (mehr als das Doppelte des gesamten Verwaltungsrats), drückte sich aber letztlich vor der Verantwortung für den Entscheid, den er mit dem dreiköpfigen Vergütungsausschuss vorbereitet hatte: «Das ist ein Gesamt-VR-Beschluss, darüber entscheide nicht ich allein.» Und er drohte, er wisse aus Gesprächen «mit den Führungsspitzen von grossen börsenkotierten Konzernen», dass es Pläne gebe, aus der Schweiz abzuwandern.

Vor allem diese Aussage – das hätte dem Economiesuisse-Präsidenten jede PR-Assistentin sagen können – war ein Steilpass für die Medien. Sie höhnten, vom *Tages-Anzeiger* («Liefern Sie Namen, Herr Wehrli» – das kann er natürlich nicht, selbst wenn es sie gäbe) über die *Aargauer Zeitung* («Es ist nicht nur die Stunde der Heuchler, sondern auch der Stümper») bis hin zum *Willisauer Boten*: «Es ist nicht an den Verlierern vom Sonntag, die Spielregeln für die Umsetzung zu diktieren. Schon gar nicht mit plumpen Abwanderungs-Drohungen. Sonst gilt es, ebenso plump zu entgegnen: <Sollen sie doch gehen. Und schauen, wo sie

Alle, die den Wirtschaftsführer kennen, sagen ihm Intelligenz nach, aber niemand Charisma.

nur halbwegs so gute Rahmenbedingungen finden wie in der Schweiz.»

Insgesamt liess sich Rudolf Wehrli mutwillig zum «Narren der Nation» machen, schrieb Markus Somm, dem es angesichts dieses Auftritts «das Herz zerriss», in der *Basler Zeitung*. Alle, die den Wirtschaftsführer kennen, sagen ihm Intelligenz nach, aber niemand Charisma. Doch mangelndes Kommunikationstalent lässt sich mit Consulting und Training einigermaßen wettmachen: Auch – oder gerade – talentierte Kommunikatoren lassen sich vor einem wichtigen Auftritt, zumal im Fernsehen mit einem aufsässigen Interviewer, von einem Vertrauten die *nasty questions* stellen, bis sie glaubwürdig überzeugende Antworten auf gut (Schweizer-)Deutsch geben können. Warum also dieser GAU?

«Seinen «Rundschau»-Auftritt beurteilt auch Rudolf Wehrli kritisch», teilt Economiesuisse auf Anfrage mit. «Er würde zu mancher Frage anders Stellung beziehen.» Die mangelnde Vorbereitung lasse sich damit erklären, dass die Redaktion der «Rundschau» kurzfristig die Spielregeln geändert habe: Sie vereinbarte mit Rudolf Wehrli zuerst ein Interview für einen Beitrag, wollte ihn aber nachträglich in einem Streitgespräch gegen SP-Nationalrat Cédric Wermuth antreten lassen. Diese Zumutung – der Präsident des Wirtschaftsdachverbands gegen einen Jungparlamentarier – lehnte Rudolf Wehrli (zu Recht) ab; das legten ihm

die Fernsehleute als «mangelndes Demokratieverständnis» aus, wie auch Moderator Sandro Brotz in der Sendung tadelnd fallen liess. Seinen Hinweis auf «allfällige Wegzugpläne von Konzernen» will der Economiesuisse-Präsident schliesslich «nicht als Drohung verstanden wissen», sondern nur «als Ausdruck der Sorge in manchen Geschäftsleitungen». So weit die Erklärungen von Economiesuisse; sie ändern nichts am Befund: Offenbar fehlen beim mächtigen Dachverband der Schweizer Wirtschaft sowohl die Sensibilität, mit dem Volk zu kommunizieren, als auch die Professionalität für diese Kommunikation.

Neue Köpfe sind gefragt

«Mir macht das Angst», sagt der Berater Victor Schmid, einer der Konsulenten, die den besorgten Artikel in der *Basler Zeitung* verfassten. Und es geht nicht nur ihm so, wie er von seinen Kunden erfährt: Hochbezahlte Führungskräfte ärgern sich über die Politik von Economiesuisse, bestandene Unternehmer befürchten eine trübe Zukunft für ihre Erben und Nachfolger. «Wir machen den liberalen Standort Schweiz kaputt», meint Victor Schmid. Denn nach der «Abzocker»-Initiative, die dem Standort als reinigendes Gewitter sogar nützen könnte, kommen Vorlagen, die tatsächlich die erfolgreiche Wirtschaftsordnung der Schweiz zerstören würden: die 1:12-Initiative der Jusos, welche die höchsten Löhne in einem Unternehmen auf das Zwölfwache des tiefsten beschränken will, die eidgenössische Erbschaftssteuer mit Rückwirkung bis 2012, die Angriffe auf die Personenfreizügigkeit.

Es bringt aber gar nichts, mit Horrorszenarien zu drohen, wissen die Berater. Das erkannte auch der Economiesuisse-Präsident, als er sich dem Vernehmen nach gegen den Einsatz des apokalyptischen Werbefilmchens von Michael Steiner aussprach. Und er vergass es wieder, als er auf dem «heissen Stuhl» der «Rundschau» den Auszug von Grosskonzernen verhiess. Die Aufgabe des Wirtschaftsdachverbands wäre es stattdessen, glaubwürdig die Vorzüge der bewährten Schweizer Ordnung aufzuzeigen, damit die Unternehmen erfolgreich arbeiten können, sagt Victor Schmid: «Ich sehe keine andere Aufgabe für Economiesuisse.»

Mit seinem Auftritt bei der «Abzocker»-Initiative – nach der Abstimmung noch schlechter als zuvor – habe der Dachverband jedoch seine Glaubwürdigkeit zerstört. Die Konsulenten meinen deshalb, andere Köpfe ausserhalb der Verbände sollten in den bevorstehenden Abstimmungskämpfen das Volk überzeugen. Der Führung von Economiesuisse empfiehlt Victor Schmid das grundsätzliche Nachdenken darüber, wie sie in der Schweizer Gesellschaft wieder eine Rolle spielen kann: «Einfach so weitermachen liegt definitiv nicht drin.» ○

Mutter und der «grosse Manitu»

Jasmin Staiblin kann sich als neue Chefin von Alpiq in die Mutterschaft verabschieden, obwohl der Stromgigant um das Überleben kämpft. Als Frau am Steuer schützt sie den wahren Steuermann vor Angriffen: Verwaltungsratspräsident Hans E. Schweickardt. *Von Markus Schär*



Versprühen von Zuversicht: Alpiq-CEO Staiblin, 42.

Selten nahmen Medien und Börse so rote Zahlen so freundlich auf: «Alpiq schreibt «nur» eine Milliarde Verlust», vermeldete die Schweizerische Depeschagentur. Der Schweizer Stromgigant, der vorwiegend Kantonen und Städten von Solothurn bis Genf gehört, verzeichnete wegen des schwierigen Marktumfelds mit einem Überangebot von erneuerbarer Energie einen Rückgang von neun Prozent beim Umsatz und gar von achtzehn Prozent beim Betriebsergebnis. Vor allem aber musste er die Werte von Beteiligungen auf dem Balkan und in Südeuropa massiv berichtigen, weil «früheren, unter anderen Vorzeichen getätigten Investitionen plötzlich substanziell reduzierte Ertragsaussichten gegenüberstanden», wie sich Verwaltungsratspräsident Hans E. Schweickardt gewunden ausdrückte. Deshalb stand unter dem Strich ein Verlust von 1,09 Milliarden Franken. Der Aktienkurs schnellte aber um zehn Prozent hoch – die Analysten hatten nach dem Minus von 1,34 Milliarden im Vorjahr noch schlechtere Zahlen vorhergesagt.

Beflügelt wurde der überraschende Optimismus durch die neue Chefin und ihre «sensationelle Kommunikation», wie Insider schwärmten: Jasmin Staiblin, zuvor erfolgreich als CEO der Landesgesellschaft von ABB, die am 1. Januar bei Alpiq den «härtesten Job der Schweiz» (*Blick*) antrat. Das Versprühen von Zuversicht

fiel ihr nicht schwer, denn sie konnte im Interview mit Radio SRF munter darauf verweisen, dass es sich bei den tiefroten Zahlen um jene von 2012 handle: «Ich habe 2013 angefangen.» Auch im schwierigen Marktumfeld sehe sie Chancen, beteuerte die Topmanagerin. Und daneben rasselte sie das Pflichtenheft aller Sanierer herunter: den Gürtel enger schnallen, die Hausaufgaben machen, das Unternehmen verschlanken und damit «solide Grundlagen für die Zukunft» schaffen.

Allerdings bleibt Jasmin Staiblin kaum Zeit, um selber anzupacken und aufzuräumen: Die 42-jährige Managerin erwartet im Mai ihr zweites Kind und verabschiedet sich dann für vierzehn Wochen in den Mutterschaftsurlaub. Derweil kämpft der Konzern um das Überleben, wie selbst die Konkurrenten besorgt beobachten. Alpiq muss bei zerfallenden Preisen weitere Beteiligungen abstossen und mit einem nachrangigen Darlehen von 800 Millionen bis 1 Milliarde die Bilanz wieder verstärken, «weil ein erstklassiges Rating matchentscheidend ist», wie Experten betonen. Zur Kasse gebeten werden die Hauptaktionäre, also die Elektra Birseck, die Elektra Baselland, der Kanton Solothurn und die EOS, die ihrerseits welschen Städten und Kantonen gehört. Kein weiteres Geld einschliessen will dagegen der französische Energiekonzern EdF, der einen Viertel von

Alpiq hält. Die Franzosen wollen offenbar ihre Beteiligung abstossen, sobald sie dafür einen annehmbaren Preis erzielen. Vorerst ziehen sie ihre Vertreter aus dem Verwaltungsrat ab.

Die Beisshemmung wirkt bereits

Wer sich wundert, dass die Chefin in dieser verzweifelten Lage mehr als drei Monate am Arbeitsplatz fehlen kann, der sieht die Machtstruktur bei Alpiq nicht: Der Konzern ist das Werk von Schweickardt. Als «altes Schlachtross der Branche» machte dieser seine Karriere bei der Atel, dem Stromunternehmen Solothurns und beider Basel. Er verlor aber den Kampf um den Chefposten gegen Giovanni Leonardi und verabschiedete sich nach Deutschland, um die europäische Strombörse EEX mitzugründen. 2002 kam er in die Schweiz zurück: Als Chef von EOS in Lausanne trieb er den Zusammenschluss mit der Oltner Atel voran. Nach der Fusion von 2008 übernahm er das Präsidium von Alpiq und verdrängte bis 2011 den CEO, seinen einstigen Rivalen Leonardi. Der Zusammenschluss der grösseren Atel mit der kleineren EOS entpuppte sich als «Machtübernahme der Romands», stellte die *Handelszeitung* fest: Inzwischen sitze kein ehemaliger «Atelianer» mehr in der Geschäftsleitung.

Aber Schweickardt, der interimistisch auch den CEO gab, brauchte jemanden, um unter ihm als Unternehmenschef aufzutreten. Dafür bot sich die junge Frau an, die eine «Friszellenkur für die Alpiq» (*NZZ*) versprach – und Schutz vor aufsässigen Journalisten und Aktionären. Die Beisshemmung wirkt bereits, wie sich zeigte, als Jasmin Staiblin ihre zweite Schwangerschaft bekanntgab. Und sie soll auch wirken, wenn die Daueroptimismus versprühende Chefin schmerzlichen Arbeitsplatzabbau, verlustbringende Beteiligungsverkäufe, einbrechende Erträge und deshalb weiterhin tiefrote Zahlen bekanntgeben muss.

Allerdings, meinen Brancheninsider, könnte sich Schweickardt als vermeintlicher Marionettenspieler auch verschätzen. Als «grosser Manitu» von Alpiq müsse er die Verantwortung für das Desaster tragen; Staiblin, die bei den Leuten gut ankomme, könnte ihn deshalb stürzen. Wie immer sie den «härtesten Job der Schweiz» anpackt – die Topmanagerin gibt sich locker. «Warum sagen Sie, die Unternehmensführung sei auch während Ihrer Schwangerschaft [genauer: Mutterschaft] gewährleistet?», fragte sie der Interviewer von Radio SRF. Und Staiblin antwortete: «Das sage ich, weil das so ist.» ○



Abstimmungen

Hohes Suchtrisiko

«Die Leute sind mündig», schrieb Roger Köppel in seinem Editorial zum Ja zur «Abzocker»-Initiative. Die Ergebnisse der Vox-Analysen zeigen oft anderes: Viele Stimmbürger sind wirtschaftspolitisch wenig kompetent und stimmen häufig nicht über die gestellte Sachfrage ab. *Von Hans Rentsch*

Der Glaube an den mündigen Bürger oder die mündige Bürgerin bildet das ideologisch-religiöse Fundament des politischen Systems in der Schweiz. Eigentlich braucht es unter dem grassierenden Demokratie-Fundamentalismus diese Voraussetzung der Mündigkeit gar nicht mehr – weil die Respektierung der demokratischen Regeln jedes Ergebnis legitimiert. Trotzdem gehört es auch unter politisch Aufgeklärten zum guten Ton, die Umgebung regelmässig wissen zu lassen, man halte die Leute in politischen Belangen nicht für dumm oder uninformiert. Niemand will sich schliesslich dem Vorwurf des intellektuellen Rassismus aussetzen. Doch in Sachen Mündigkeit des Stimmvolks lohnt sich ein unbefangener Blick auf die Erkenntnisse aus den Vox-Analysen, also den repräsentativen Nachbefragungen nach Volksabstimmungen.

Die Minder-Initiative war nicht einfach zu verstehen. Dazu trug auch die Gegenüberstellung mit dem indirekten Gegenvorschlag bei, der im Hintergrund mitspielte. Komplexität begünstigt in Abstimmungen die Argumentation mit emotional aufgeladenen, schlagwortartigen Begründungen. Aus Blogs weiss man schon heute, dass viele Stimmende der «Abzockerei einen Riegel schieben» wollten oder die Initiative einfach aus Groll gegen den ungeliebten, ja verhassten Wirtschaftsdachverband Economiesuisse unterstützten. Dabei hatte Minder im Vorfeld der Abstimmung selbst zugegeben, dass die Initiative im Falle der Annahme die Managergehälter nicht senken werde. Vielmehr sei das Ziel der Initiative, die Aktionärsrechte zu stärken.

Man wird in der Vox-Analyse nachlesen können, wie sehr oder eher wie wenig die wichtigsten Abstimmungsmotive mit Minders Hauptanliegen übereinstimmen. Da die Ergebnisse der Vox-Befragung zur Minder-Initiative erst in einigen Monaten verfügbar sein werden, können wir uns eine andere Abstimmung vornehmen, die ein höheres wirtschaftliches Verständnis voraussetzte. Die Vox-Nachbefragung zur Abstimmung von 2010 über die Senkung des Mindestumwandlungssatzes in der zweiten Säule (BVG) förderte bei den Gegnern der Vorlage, also den Referendumsiegern, folgende Argumente zutage:

1 — Fast die Hälfte gab als Hauptbegründung an, die vorgeschlagene Lösung eigne sich nicht dazu, die zweite Säule zu stabilisieren.

Kommentar: Diese Begründung soll wohl vernünftig klingen, ist aber vollkommen unhaltbar. Das Gegenteil ist der Fall.

2 — Rund ein Fünftel nannte als erste Begründung den Wunsch, später selbst eine Rente in der heutigen Höhe zu erhalten.

Kommentar: Ein frommer Wunsch, denn dies erreicht man bei steigender Lebenserwar-



Emotional aufgeladen: Initiant Minder.

tung in einem kapitalgedeckten System nicht mit einem zu hohen Umwandlungssatz (auf Kosten der Jüngeren), sondern mit späterem Renteneintritt, mehr Kapitalbildung, einer höheren Kapitalrendite oder einer Kombination daraus. Viele scheinen diese Zusammenhänge nicht zu verstehen.

3 — Etwa zehn Prozent der Gegner nannten als wichtigstes Motiv ihren Unmut angesichts der Pensionskassen, die sich auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern würden.

Kommentar: Hier wurde diffusen Emotionen gegen die Finanzwirtschaft Luft gemacht.

Das Schlagwort «Rentenklaue» der linken Abstimmungspropaganda tat seine Wirkung.

4 — Weitere dreizehn Prozent beriefen sich auf allgemeine soziale oder ethische Motive (Ungerechtigkeit, Solidarität).

Kommentar: Im Lichte der Fakten eine groteske Begründung. Ungerecht und unsozial ist der zu hohe Umwandlungssatz, da er über die Jahre x Milliarden von jüngeren Erwerbstätigen zu den Rentnern umverteilt.

Flut von Volksinitiativen

Diese Beweggründe bei der Abstimmung hatten wenig mit den tatsächlichen Wirkungen der Vorlage zu tun. Das spielte alles keine Rolle, entgegen den Demokratie-Fundamentalisten. Sicher hat die direkte Demokratie einen identitätsstiftenden Eigenwert, unabhängig vom Ausgang von Abstimmungen. Manchmal leidet allerdings das identitätsstiftende Element unter Abstimmungsergebnissen, wenn diese das Land nicht einen, sondern spalten. So geschehen am letzten Abstimmungswochenende beim Familienartikel. Die Spaltung wird als so gravierend empfunden, dass wieder einmal laut über die Reform des Ständemehrs nachgedacht wird.

Tatsache bleibt, dass die direkten Volksrechte in der Schweiz derart überhöht werden, dass nicht einmal kleinste Korrekturen möglich sind, zum Beispiel mit einer Erhöhung der Unterschriftenzahlen gegen die zunehmende Übernutzung der direkten Volksrechte. Dabei ist das Suchtpotenzial der direkten Demokratie für die Schweiz quantitativ erwiesen. Die Schweiz hat seit Aufkommen des modernen Nationalstaats mehr nationale Volksabstimmungen abgehalten als sämtliche anderen Länder dieser Welt zusammen. Kein Wunder, kamen die amerikanischen Politologen David Butler und Austin Ranney in ihrer internationalen Studie über direkte Volksrechte zur Erkenntnis, dass die Schweiz als einziges Land auf der Welt referendumssüchtig sei («Switzerland stands out as the only country that has become addicted to the referendum»). Die anschwellende Flut von Volksinitiativen spricht für diesen Befund.

Der Ökonom Hans Rentsch ist selbständiger Wirtschaftsberater in Zürich und Autor mehrerer Publikationen zu den schweizerischen Institutionen.

Eine Stadt im Bann der Grenzgänger

Die Personenfreizügigkeit hat in Genf zu einem Ansturm von Grenzgängern geführt. Die Bevölkerung klagt über Verkehrslawinen und Konkurrenz am Arbeitsplatz, Protestparteien rufen nach Quoten, und die Grenzgänger fühlen sich diskriminiert. Wie ernst sind die Probleme wirklich? Von Lucien Scherrer



«Früher war es besser»: das durch die Landesgrenze geteilte Restaurant «L'Arbezio franco-suisse» in La Cure.

Nein, auf die *frontaliers*, die französischen Grenzgänger, ist der ältere Herr am Steuer des Taxis nicht gut zu sprechen. «Ehrlich gesagt», meint er, «mag ich sie überhaupt nicht.» Es ist Freitag, sieben Uhr früh an der Zollstation Bordonnex bei Genf, eine endlose Schlange von Peugeots, Renaults und Citroëns rauscht am Zollhäuschen vorbei durch den Regen, keiner wird angehalten, die Zöllner stehen gelangweilt auf ihren Posten. Der Fahrer zeigt auf die Nummernschilder: «Sehen Sie? Alles 74er!»

«74» ist das Autokennzeichen von Haute-Savoie, Zehntausende Franzosen aus diesem angrenzenden Département fahren jeden Tag zur Arbeit nach Genf, morgens hin, abends zurück. Und es werden immer mehr: Die Zahl der *frontaliers* hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. 2002 arbeiteten gemäss Bundesamt für Statistik knapp 33 000 Franzosen in Genf, Ende 2012 waren es 65 000 – ein Viertel

aller Werktätigen. Zählt man die 30 000 Schweizer dazu, die in Frankreich wohnen und in Genf arbeiten, kommt man auf fast 100 000 *frontaliers*. Eine vergleichbare Entwicklung gibt es nur im Tessin, wo die Zahl der Grenzgänger von 32 500 auf 55 500 gestiegen ist. In Basel dagegen, der grössten Deutschschweizer Grenzgänger-Stadt, war der Anstieg vergleichsweise moderat: Vor zehn Jahren arbeiteten knapp 30 000 Franzosen und Deutsche in der Stadt, heute sind es 34 000.

Bürgerprotest auf Facebook

Das Beispiel Basel zeigt, dass die Personenfreizügigkeit mit der EU nicht zwingend zum Grenzgänger-Boom führen muss, wenn die Wirtschaft beschränkten Bedarf an neuen Arbeitskräften hat. Genf dagegen erlebt ein kleines Wirtschaftswunder, das auf das französische Umland wie ein Magnet wirkt. In den

letzten zehn Jahren sind 40 000 neue Arbeitsplätze entstanden, vorwiegend im Dienstleistungssektor, in der Uhrenindustrie und im Gesundheitswesen.

Die Zahl der Grenzgänger stieg schon vor der Personenfreizügigkeit an. Doch der erleichterte Zugang zum Arbeitsmarkt wirkte als Katalysator. Quoten und andere bürokratische Hürden fielen weg. Inzwischen kommen die Franzosen, die in ihrer Heimat oft drei- bis viermal weniger verdienen, von überallher: aus Paris, aus dem Süden oder der Bretagne. Die *frontaliers* sind in der Rhonestadt ein Dauerthema. Es gibt Facebook-Gruppen, die «Genf, früher war es besser» heissen, und empörte Bürger blockieren auch mal die Strassen nach Frankreich. Blaise Matthey, der Direktor des Genfer Unternehmerverbandes, spricht dagegen unverdrossen von einer Win-win-Situation. Wie gross sind die Probleme mit den Grenzgängern wirklich?

«Ohne *frontaliers* wäre Genf ein Provinzdorf», sagt Xavier Comtesse, Direktor des Genfer Büros von Avenir Suisse, «dank ihnen läuft die Wirtschaft, das ist die positive Seite.» Doch der Zustrom sorge auch für massive Probleme: überlastete Strassen, Druck auf die Löhne und wachsende Konkurrenz am Arbeitsplatz.

Die Verkehrsprobleme sind in der Stadt, aber auch im Umland allgegenwärtig. Nur 16 Prozent der Grenzgänger benutzen gemäss einem Bericht der *Tribune de Genève* öffentliche Verkehrsmittel, der Rest fährt Auto. «Wir haben hier dauernd Stau und Lärm», sagt Thomas Déneraud, ein 20-Jähriger aus dem kleinen Grenzort Soral. Vor drei Jahren gründete Déneraud eine *antifrontaliers*-Gruppe auf Facebook, die schnell Tausende Anhänger zählte. Inzwischen hat er die Seite gelöscht, doch der Verkehr ist noch ärger geworden. Die Dorfbehörden von Soral lassen Verkehrsinseln bauen, aber das sind hilflose Versuche, die Lawine zu zähmen. Für Déneraud gibt es deshalb nur eines: «Die Zahl der Grenzgänger muss wieder beschränkt werden.»

«Arrogant und grosse Klappe»

Am meisten Sorgen bereitet den Genfern aber nicht der Verkehr, sondern die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Geschichten wie: «Mein Sohn findet keine Arbeit, obwohl er an der Sorbonne studiert hat», hört man in Genf an jeder Ecke. Die Leute hätten *ras le bol*, sagt Roger Golay, die Schnauze voll. Golay sitzt in einem Café in der Genfer Altstadt, draussen verteilen Hilfspolizisten Bussen an Falschparkierer. «Selbst dafür stellt die Stadt Franzosen an», meint der Präsident der Protestpartei Mouvement Citoyens Genevois (MCG), «dabei gäbe es genug Arbeitslose aus Genf, die das gerne machen würden.»

Golay anerkennt zwar, dass die Genfer Wirtschaft auf Grenzgänger angewiesen sei. Aber inzwischen kämen derart viele, dass die Einheimischen keine Arbeit mehr fänden. In den Personalabteilungen von Firmen und öffentlichen Betrieben hätten sich Klüngel von *frontaliers* gebildet, die *copinage* betrieben, also ihresgleichen bevorzugten. Daneben ortet Golay ein kulturelles Problem: «Die Franzosen sind arrogant und haben eine grosse Klappe. Das kommt bei uns nicht gut an, denn wir sind bescheidene Leute.»

Über derartige Töne rümpft das Genfer Establishment die Nase, doch in der Bevölkerung kommen sie gut an. 2005 gegründet, erlebte das MCG einen rasanten Aufstieg, indem es auf zwei Themen setzte, die von der *Classe politique* verdrängt wurden: die ansteigende Kriminalität und die *frontaliers*. Bei den Grossratswahlen 2009 holte das MCG 17 Sitze und ist seither zweitstärkste Partei hinter den Radikalen (FDP). Ihre Forderungen sind klar: Einschränkung der Personenfreizügigkeit durch Quoten, und für öffentliche wie private

Unternehmen soll die Devise gelten: «Genève d'abord» – Genf zuerst. «Dem Staat, aber auch vielen Patrons ist der Bürgersinn abhandengekommen», sagt Roger Golay.

Dass die Ängste vor französischer Dominanz durchaus begründet sind, zeigt etwa der Uhrenkonzern Rolex, der über 60 Prozent *frontaliers* beschäftigt. Auch öffentliche Betriebe wie die *Transports publics genevois* (Tpg) oder das Universitätsspital sind wahre Grenzgänger-Magnete. Von den Mitarbeitern, welche die Tpg seit 2010 angestellt haben, waren über 46 Prozent *frontaliers*. Im Unispital sind derzeit 10 000 Personen beschäftigt, davon 3546 Grenzgänger. Das lässt sich mit dem Umstand erklären, dass einheimisches Gesundheitspersonal in Genf rar ist. Doch dass 110 von 160 Kaderleuten *frontaliers* sind, brachte auch Spitaldirektor Bernard Gruson ins Grübeln. Vor kurzem kündigte er an, Einheimische bei der Stellenbesetzung künftig zu bevorzugen. Auch in der Politik findet ein Umdenken statt: Für den ehemaligen Regierungspräsidenten Robert Cramer (Grüne) war Kritik an den Grenzgängern eine Art neuer Antisemitismus, sein Nachfolger Pierre-François Unger (CVP) appelliert dagegen an Unternehmen, mehr Einheimische anzustellen.

Für die Grenzgänger ist das «billiger Populismus» und ein Zeichen, dass die Propaganda

«Mein Sohn findet keine Arbeit, obwohl er an der Sorbonne studiert hat.»

des MCG Früchte trägt. «Das Klima in der Stadt hat sich verschlechtert», sagt Jacques Delqué, Vizepräsident des *Groupement transfrontalier européen* (GTE). «*Frontaliers* werden am Arbeitsplatz zunehmend gemobbt.» Delqué pendelt seit vierzehn Jahren zwischen Annemasse und Genf. Heute arbeitet er als Kliniker am Universitätsspital und verdient 10 000 Franken im Monat. In Frankreich, so schätzt er, wären es 3000 weniger. Dass seine Landsleute den Genfern die Arbeit wegnehmen, bestreitet er: «Die meisten von uns besetzen Jobs, welche die Genfer nicht wollen.»

Die Frage, ob *frontaliers* die Einheimischen verdrängen, beschäftigt inzwischen auch die Wissenschaft. «Man hört zwar von vielen Leuten, die wegen eines Grenzgängers nicht eingestellt wurden», sagt Roman Graf, Ökonom an der Universität Genf, «aber Belege für eine allgemeine Tendenz gibt es nicht.» Graf hat in einem Experiment eher das Gegenteil festgestellt: Er schickte 500 fiktive Bewerbungen an 130 Genfer Unternehmen, die eine Stelle ausgeschrieben. Mal gab er sich als *frontalier* aus, mal als Einheimischer. Das Resultat: Einer von vier «Genfern» erhielt eine Einladung für ein Gespräch, aber nur einer von sieben «Grenzgängern». Allerdings sagt die Studie nichts

darüber aus, was passiert wäre, wenn sich ein «Genfer» in der Ausmarchung gegen einen Franzosen mit tieferen Lohnforderungen hätte behaupten müssen. Denn dazu hätte die Universität Schauspieler anstellen müssen. Zudem stellte Graf fest, dass HR-Abteilungen, die in der Hand von Grenzgängern sind, stärker dazu tendieren, ihresgleichen zu einem Gespräch einzuladen – ein Indiz, dass *copinage* kein Hirngespinnst ist. «Man muss die Sorgen der Leute ernst nehmen», sagt Graf, «auch wenn die Entwicklung der Arbeitslosigkeit bisher eher auf einen positiven Effekt der Personenfreizügigkeit schliessen lässt.»

Tatsächlich ist die Genfer Erwerbslosenquote mit aktuell 5,4 Prozent tiefer als vor fünf bis zehn Jahren, als zuweilen über 7 Prozent arbeitslos waren. Das Problem ist jedoch, dass immer mehr Arbeitslose ausgesteuert werden. Ende 2008 zählte man gemäss einer Statistik des Genfer Sozialamtes 1400 Ausgesteuerte, 2011 waren es bereits 2500. Im gleichen Zeitraum stieg die Sozialhilfequote von 3,5 auf 4 Prozent. Der Druck auf den Arbeitsmarkt dürfte sich verschärfen: Wie die *Tribune de Genève* kürzlich berichtete, stieg die Zahl der Stellen in den letzten zwei Jahren um 4,2 Prozent. Im gleichen Zeitraum drängten jedoch 12 Prozent mehr Grenzgänger in die Stadt.

Wohnungen statt Quoten

Der Regierungsrat versucht, das Problem zu entschärfen, indem er seit einem Jahr alle Staats- und Regiebetriebe dazu verpflichtet, offene Stellen zu melden – und Arbeitslose aus Genf zu bevorzugen, falls sie die Anforderungen erfüllen. «Wir haben sehr gute Erfahrungen gemacht», sagt Laurent Paoliello vom Amt für Arbeit und Solidarität, «bisher konnten wir für 200 Arbeitslose eine Stelle finden.»

Für das MCG ist das ein Tropfen auf den heissen Stein, die *frontaliers* dagegen sprechen von einem unfreundlichen Akt. «Diese Regelung ist höchst fragwürdig, weil sie das Prinzip der Gleichbehandlung verletzt», sagt Jacques Delqué. Die EU-Delegation in Bern hat bereits angekündigt, die Sache genauer zu «analysieren». Quoten für *frontaliers*, so viel ist klar, werden GTE und EU mit allen Mitteln bekämpfen.

Avenir-Suisse-Direktor Xavier Comtesse hält daher nichts von Bestrebungen, den Arbeitsmarkt durch Quoten zu schützen. Stattdessen will er den erstarrten Wohnungsmarkt beleben, um die *frontaliers* in die Stadt zu locken. «Genf hat ein veraltetes Mietrecht, deshalb bewegt sich nichts», sagt er. «Ausserdem hat der Kanton riesige Landwirtschaftsflächen, die man für den Städtebau nutzen könnte.» Die Stadt würde damit die Verkehrsprobleme entschärfen und die Integration der *frontaliers* in die Genfer Gesellschaft erleichtern. Doch sie ginge auch das Risiko ein, sie im Fall einer Krise versorgen zu müssen. Denn das ist heute Aufgabe des französischen Sozialstaats. ○



Die Frage nach dem Mass: Kommandant Blumer im Polizeigebäude Liestal.

Der Unfassbare

Mit den Berner Autonomen fuhr Daniel Blumer einen Schmusekurs, Baselbieter Biertrinker bekämpfte er mit einem Grossaufgebot. Nun ist der designierte Kommandant der Zürcher Stadtpolizei seinen Führerausweis los. Er wird es überleben. *Von Christoph Landolt und Lucian Hunziker (Bild)*

Ein Leben lang hat Daniel Leupi gegen Autos gekämpft, vor allem gegen jene, die schnell unterwegs sind – als Fraktionschef der Grünen, als Mitinhaber des Velobüros Olten, als Geschäftsführer des Autofrei-Events «Slow up» und seit 2010 als Polizeivorsteher der rot-grünen Stadt Zürich. Und ausgerechnet dieser Daniel Leupi verteidigt nun durch alle Böden seinen angehenden Polizeikommandanten, den man nicht anders denn als Wiederholungstäter bezeichnen kann.

Das verkehrstechnische Sündenregister von Polizeikommandant Daniel Blumer, 56, ist bemerkenswert, wie letzte Woche bekannt wurde. Blumer hatte auf der A 1 einen Lieferwagen rechts überholt. Das Bundesgericht wertet dies als «grobe Verkehrsregelverletzung», die in der Regel mit drei Monaten Führerausweisentzug und Geldbusse bestraft wird. Blumers Rechtfertigung – er habe es eben eilig gehabt – könnte durchaus auch

strafverschärfend ausgelegt werden. Bereits vor zwei Jahren wurde der Mann erwischt, als er mit 86 statt der erlaubten 60 km/h eine Baustelle passierte. Vor 24 Jahren musste er das Billett zum ersten Mal abgeben, weil es bei Tempo 150 blitzte.

Um mit einem derartigen Drang zum Tempo den Zürcher Polizeivorsteher Leupi für sich zu gewinnen, muss Blumer irgendetwas ganz Besonderes zu bieten haben. Was ist es, das ihn als angehenden Kommandanten der Zürcher Stapo so unentbehrlich macht? Wie hat es dieser Mann überhaupt zum Chef des drittgrössten Polizeikorps der Schweiz geschafft? Tatsächlich sorgte er, wo immer er wirkte, für Wirbel und Schlagzeilen. Doch Blumer hat alle Fallstricke, über die andere gestolpert wären, überstiegen oder unterlaufen.

Die Karriere des Juristen Blumer ist eine kleine Tour de Suisse. Sie begann 1985 bei der Stapo Zürich, wo er das Betäubungsmittelkommissa-

riat leitete. Später ging er nach St. Gallen, wurde Kripo-Chef, dann Staatsanwalt. 1998 wechselte er wieder zur Polizei, in die Stadt Bern. Die Wogen gingen zu dieser Zeit hoch in der Bundesstadt. Ausschreitungen, die von der Reitschule ausgingen, gehörten zur Tagesordnung. Alleine zwischen Januar und März 2003 kam es zu 37 Demonstrationen, die meisten unbewilligt.

Blumer, der 2001 zum Kommandanten aufstieg, schlug neue Töne an. Er sprach von «Dialog» und «Deeskalation». Blumer sagte: «Man muss Sachschaden in Kauf nehmen.» Der Applaus der Autonomen war ihm sicher, jener der linken Mehrheit in Parlament und Stadtregierung sowieso. Daniel Blumer hätte ein harmonisches Leben führen können, wenn er keinen Chef gehabt hätte, der eine andere Sicht der Dinge vertrat. Sicherheitsdirektor Kurt Wasserfallen (FDP) hielt Sachbeschädigungen für inakzeptabel, von der Polizei verlangte er ein hartes Durchgreifen gegen die «Brut von

der Reitschule». Wasserfallen, der bürgerliche Haudegen, sah im Kommandanten, den er selbst geholt hatte, bald einen «Schwächling» und setzte ihn auf die Abschussliste.

Hier zeigte sich zum ersten Mal Blumers Fähigkeit zu überleben. Eine Handvoll Polizei-offiziere sprach im Geheimen bei Gemeinderätin Ursula Begert (SVP, heute BDP) vor. Diese fädelte zusammen mit Kollege Alexander Tschäppät (SP) einen Coup ein, der Bern monatelang in Atem halten sollte: Noch bevor die Stadtregierung es formell beschlossen hatte, wussten Lokaljournalisten bereits, dass Kurt Wasserfallen von seinen «Kollegen» die Polizei entzogen wird. Nicht der Staatsangestellte wurde entmachtet, sondern der gewählte Politiker.

Wasserfallen warf Blumer Illoyalität vor, für ihn war es die grösste Enttäuschung seines Lebens. Die Autonomen aber feierten mit einer Spontan-Demo («Dr Kurt isch furt»), die Presse klopfte Blumer auf die Schultern. Der *Bund* lobte den «blumerianischen Aufbruch». Die Reithalle, von wo aus Randalierer ihr Unwesen treiben konnten, ohne dass sie dort von Polizisten kontrolliert worden wären, blieb. Der rechtsfreie Raum hinter dem Bahnhof war akzeptiert, nun auch von der Polizei. Kurt Wasserfallen starb 2006. Die Gewaltexzesse gegen die SVP-Demonstration im Jahr 2007 musste er nicht mehr miterleben.

Der Kurde kam nicht mehr zu sich

Doch Blumer kann nicht nur deeskalisieren. Im Mai 2003 – die Berner Regierungskrise war in vollem Gang – musste er sich mit drei anderen Stadtpolizisten vor dem Richter wegen fahrlässiger Tötung verantworten. Zwei Jahre zuvor war der Kurde Cemal G. umgekommen, nachdem er verhaftet worden war. G. hatte zuerst Frau und Kinder bedroht, dann die Polizisten der Anti-Terror-Einheit Stern, die unter dem Kommando von Daniel Blumer standen. Ein Nachbar filmte die stundenlange «Dingfestmachung», zeigte, wie die Knüppel der Polizisten mehr als zehnmals auf den psychotischen Cemal G. niedergingen, der schliesslich zusammensackte. Ein Arzt spritzte ein Beruhigungsmittel. Der 42-Jährige starb an einem lagebedingten Erstickungstod. Die Staatsanwältin warf den Polizisten vor, «pflichtwidrig unvorsichtig die Möglichkeit eines tödlichen Verlaufs» der Massnahmen ausser Acht gelassen zu haben. Wieder ging es um die Frage: Welches Mass hat Daniel Blumer? Er wurde freigesprochen.

Seine andere, härtere Seite zeigte Blumer auch 2010, als Kommandant der Polizei von Baselland. Den traditionellen Harassenlauf zwischen Reinach und Münchenstein, ein Massenbesäufnis, das – wie die Nachdemo am 1. Mai – ohne Organisator auskommt, wollte der Kanton verbieten. Kommandant Blumer lieferte die Strategie: 420 Polizisten, darunter die Spezialeinheit Barrakuda, einen Superpuma-

Helikopter der Armee und 17 Sozialarbeiter bot Blumer auf, so dass an buchstäblich jeder Ecke der Route Uniformierte standen.

Die 300 Teilnehmer des Harassenlaufs zu kontrollieren, kostete den Kanton 450 000 Franken plus den Helikopter-Einsatz (37 000 Franken), der vom Bund übernommen wurde. Für einen FDP-Landrat war das schlicht «krank», für SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer eine «Bieridee». Mister Deeskalation galt plötzlich als Hardliner, der mit Kanonen auf Spatzen schießt.

Die Frage nach dem Mass, die treue Begleiterin Blumers, sie stellt sich auch heute wieder, nun, da er als Verkehrssünder entlarvt ist. Was sagt der Kommandant dazu? «Mein Mass ist immer die Verhältnismässigkeit», und: «Mein Ziel ist der soziale Frieden». Wer hätte da Einwände? Blumer, der Unfassbare.

Freundlich, aber bestimmt erklärt Blumer gleich am Anfang des Gesprächs mit der *Weltwoche*, dass er auf alle Fragen, die seinen Ausweisentzug betreffen, keine Antworten geben werde. Er habe bereits alles gesagt. Man kann mit Blumer nicht über Schuld und Sühne sprechen und auch nicht darüber, dass es für jeden, der rechts überholt, einen braucht, der die Überholspur blockiert.

Freundlich, aber bestimmt macht Blumer am Ende dem Fotografen klar, für welche Bilder er zur Verfügung steht. «Ich inszeniere mich nicht.» Es geht ihm nicht darum, einen möglichst authentischen Eindruck zu vermitteln. Blumer will seriös bleiben, unaufgeregt und unauffällig und – vor allem: die Kontrolle behalten.

Die Vorsicht ist verständlich, Daniel Blumer ist damit gut gefahren. Zurückhaltung ist im hochpolitisierten Umfeld, in dem sich der Kommandant der Zürcher Stadtpolizei bewegen muss, eine gute Eigenschaft. Die Stadtregierung verlangt von ihm Deeskalation, ohne dass er jenen Kräften, die konsequente Härte fordern, allzu viel Munition liefert.

Für Blumer ist das kein Widerspruch. Er handle nach der sogenannten Drei-D-Strategie: 1. Dialog. «Zusammen mit den Betroffenen eine rote Linie definieren, die nicht überschritten werden darf. Das war in Bern neu.» 2. Deeskalation. «Nicht immer gleich mit der grossen Keule rein, die Verhältnismässigkeit wahren.» 3. Durchgreifen.

«Die drei D sind absolut gleichberechtigt. Das habe ich in Bern gelernt. Wenn das dritte D fehlt, weil Sie nicht durchgreifen können, haben Sie keine Handlungsfreiheit und sind dazu verdammt, mit den anderen zwei D Erfolg zu haben.» – In Bern gelernt? Heisst das, dass das dritte D nicht immer gleich wichtig war? – «Nein», sagt Blumer, dann: «doch, vielleicht». «Vielleicht habe ich das unterschätzt.» Das sei aber gewesen, bevor er Kommandant geworden sei. Blumer, der Wendige. Das dritte D ist bei seinem neuen Arbeitgeber, der Zür-

cher Stadtpolizei, nur dann erfolgreich abrufbar, wenn die Auseinandersetzung schon Tage im Voraus absehbar waren. Mehrere Male kam es in den letzten Jahren vor, dass die Polizei auf dem linken Fuss erwischt wurde, weil sich ein scheinbar harmloser Protest zu einem gewalttätigen Saubannerzug entwickelte. Zuletzt war dies vorletzte Woche der Fall: Eine von Hausbesetzern organisierte Strassenparty artete in eine Zerstörungssorgie aus. Die Polizei verhaftete keinen einzigen Randalierer.

Vor drei Jahren stand eine Handvoll völlig überrumpelter Polizisten 500 Chaoten gegenüber, die unter dem Motto «Reclaim the Streets» Scheiben einschlugen. Sie hatten per SMS zur Demo mobilisiert. Im November 2010, am Sonntag, als das Volk die Ausschaffungsinitiative der SVP angenommen hatte, kam es wieder zu Ausschreitungen. Polizeivorsteher Daniel Leupi, der mit dem Velo auf dem Heimweg war, stiess auf den Demo-Zug. Den konsternierten Polizisten sagte Leupi, er könne die Demonstranten verstehen.

Daniel Blumer macht, als das Gespräch darauf kommt, nicht den Fehler, auch nur eine Augenbraue zu heben. Er sagt: «Ich habe nur den besten Eindruck von meinem neuen Chef.» Daniel und Daniel scheinen sich gut zu verstehen, zumindest im Moment. ○

Schweizerzeit

Das Wort zur Woche:

Migration

Wie lange soll die Schweiz noch die Rolle des Honigtopfs in Europa spielen?

«Schweizerzeit» – damit das gesagt wird, was nicht ungesagt bleiben darf.

Gratis-Probenummern:

«Schweizerzeit»

Postfach 23, 8416 Flaach

Tel. 052-301 31 00

Fax 052-301 31 03

abonnement@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Schweizer Freipass

Ein Türke erschleicht sich dank Heirat 1995 im Kanton Solothurn das Schweizer Bürgerrecht. Jetzt werden zwei seiner Töchter, die er mit einer andern Frau gezeugt hat, eingebürgert, obwohl sie noch nie in der Schweiz waren. Schuld sind die niedrigen Hürden für die erleichterte Einbürgerung. *Von Florian Schwab*



Die Ressourcen reichen nicht zur Bekämpfung der Scheinehen.

Das Schweizer Bürgerrecht wird grosszügig vergeben. Die Konsequenzen daraus verdeutlicht ein Fall, der die Justiz beschäftigt: Das Bundesverwaltungsgericht in St.Gallen hat am vergangenen Dienstag entschieden, dass zwei von drei Töchtern eines eingebürgerten Türken ebenfalls den Schweizer Pass bekommen.

Der Mann heiratete am 1. Juli 1988 in Hägendorf SO eine Schweizerin und erfüllte damit im Jahr 1995 die Voraussetzungen für die erleichterte Einbürgerung. Nur fünfzehn Monate nach der Einbürgerung wurde die Ehe geschieden, und der frischgebackene Schweizer zog in die Türkei. Im Jahr 2008 liess er im Schweizer Konsulat drei aussereheliche türkische Töchter in das schweizerische Zivilstandsregister eintragen und beantragte beim Bundesamt für Migration (BfM) deren erleichterte Einbürgerung. Bereits im Jahr 2002 hatte er in der Türkei die Vaterschaft anerkannt.

Die erste Tochter wurde am 9. April 1995 geboren, exakt neun Monate nach der Einbürgerung. Der türkischstämmige Gatte hatte also ungefähr zum Zeitpunkt der Einbürgerung ein Kind mit einer türkischen Frau gezeugt – seine Ehefrau und die Behörden waren ahnungslos. Er selbst erklärte im Gesuch um erleichterte Einbürgerung, in einer «tatsächlichen, stabilen und auf Dauer ausgerichteten Gemeinschaft mit seinem schweizerischen Ehegatten zu leben», wie Lukas

Schönholzer von der Abteilung Bürgerrecht im Solothurner Amt für Gemeinden erklärt.

In dieser offensichtlichen Falschbehauptung sah der Kanton ein rechtsmissbräuchliches Verhalten und focht den Entscheid des BfM, den drei Töchtern die Schweizer Staatsbürgerschaft zu geben, vor dem Bundesverwaltungsgericht an. Zumindest im Falle der Erstgeborenen bekam der Kanton recht: Da die Tochter bereits vor der Einbürgerung des Vaters gezeugt wurde, habe sie keinen Anspruch auf die Staatsbürgerschaft. Dagegen hatte das Bundesamt für Migration argumentiert, massgeblich sei der Zeitpunkt der Anerkennung der Vaterschaft (2002).

«Sinn gemäss integriert»

Bei den zwei Töchtern, die nach der Einbürgerung des Vaters geboren wurden, erlitt der Kanton Solothurn allerdings eine Niederlage: Er hat die fünfjährige Frist für ein Nichtigkeitsverfahren verpasst, mit dem er die Staatsbürgerschaft des Vaters wieder hätte aberkennen können.

Die beiden anderen Töchter seien als «sinn gemäss integriert» zu betrachten, da sie eine Beziehung zu ihrem schweizerischen Vater unterhielten. Nach heutigem Recht wäre selbst dieser Nachweis nicht mehr erforderlich. Das Schweizer Bürgerrechtsgesetz hält

fest: «Schweizer Bürgerin oder Bürger ist von Geburt an: das Kind, dessen Eltern miteinander verheiratet sind und dessen Vater oder Mutter Schweizer Bürgerin oder Bürger ist» oder aber «das Kind einer Schweizer Bürgerin, die mit dem Vater nicht verheiratet ist».

Juristisch ist der einstimmige Entscheid des dreiköpfigen Richterkollegiums also wasserdicht. «Als Staatsbürger stört er mich trotzdem», sagt ein ehemaliger Bundesrichter. Das Bundesverwaltungsgericht hätte mit «juristischen Tricks» wohl auch zu einem anderen Schluss kommen können, das wäre aber problematisch, da sich die Gerichte in anderen Fällen an diesem Entscheid zu orientieren haben. Der Kanton Solothurn hat noch nicht entschieden, ob er das Verfahren ans Bundesgericht weiterzieht. Der Solothurner Bürgerrechts-Zuständige Lukas Schönholzer sieht den Fall als «Präzedenzfall, in dem es keine höchstrichterliche Rechtsprechung gibt».

Für Nationalrat Heinz Brand (SVP), der bis 2011 das kantonale Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht in Graubünden geleitet hat, ist der Fall ein krasses Beispiel für das allgegenwärtige Problem der Scheinehe. Hundertfach beschäftigten Ausländer, die mit einer vorgespülten Ehe das Bürgerrecht erschleichen wollen, Schweizer Behörden und Gerichte.

Hätte ein Vorgehen wie jenes des türkischen Vaters heute noch Erfolg? Lukas Schönholzer schliesst dies nicht aus, betont aber, dass das von Bund und Kantonen seit 2005 betriebene elektronische Personenstandsregister «Infostar» dabei helfe, «verdächtige Eheauflösungen im Zusammenhang mit erleichterten Einbürgerungen» früher zu identifizieren.

Amtsdirektoren aus anderen Kantonen beklagen hinter vorgehaltener Hand ein Vollzugsproblem: In manchen Kantonen kämen die Daten nur schleppend zusammen. Auch reichten die personellen Ressourcen vielfach für eine effiziente Bekämpfung der Scheinehen nicht aus.

Um das Problem an der Wurzel zu packen, schlägt SVP-Parlamentarier Brand vor, die erleichterte Einbürgerung samt und sonders abzuschaffen. Diese habe sich zu einem «Mantel für Scheinehen» entwickelt, und die materiellen Voraussetzungen seien viel zu einfach zu erfüllen. Die Politik bewegt sich aber eher in die andere Richtung: Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) will, dass bereits nach zwei Jahren einen neuen Antrag stellen darf, wer im erleichterten Verfahren abblitzte. ○



Essay

Neu und sinnvoll

Ein Gesetz soll die Tätigkeit des Schweizer Nachrichtendienstes an die internationale Bedrohungslage anpassen. Die Neuerungen sind für die Sicherheit des Landes dringend notwendig.

Von Roland Burkhard

Ende letzter Woche wurde der Startschuss gegeben für die Vernehmlassung zum neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG), das die Tätigkeit des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) regelt. Dieser Dienst war 2010 aus der Fusion des früheren Inlandnachrichtendienstes «Dienst für Analyse und Prävention» (DAP) und des Auslandnachrichtendienstes «Strategischer Nachrichtendienst» (SND) hervorgegangen. Die Zusammenführung war politisch dringend gefordert worden, weil man den beiden Vorgängerdiensten Pannen wegen mangelnder Zusammenarbeit vorwarf. Zudem sind sich so ziemlich alle Sicherheitspolitiker einig, dass sich angesichts der heutigen Bedrohungslage innere und äussere Sicherheit nicht mehr trennen lassen.

Rechtliche Grundlage für die Tätigkeit des früheren DAP war das Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS), während der SND gestützt auf das Bundesgesetz über die Zuständigkeiten im Bereich des zivilen Nachrichtendienstes (ZNDG) tätig war. Diese beiden Gesetze bestimmen denn auch heute noch die Tätigkeiten des NDB. Zwei verschiedene Rechtsgrundlagen für ein und denselben Dienst, das ist ein Widerspruch. Die Schaffung einer einheitlichen Gesetzesgrundlage in Form des NDG war denn auch – wie übrigens auch die Fusion der beiden Dienste – weitestgehend unbestritten.

Die ersten Medienkommentare zum kürzlich in die Vernehmlassung geschickten neuen NDG-Entwurf fielen – abgesehen von der standesgemässen Skepsis der Linken – erstaunlicherweise vorsichtig zustimmend aus. Dies, obschon das NDG einige zusätzliche, dringend nötige und in äusserst abgeschwächter Form internationalem Standard entsprechende neue präventive Kompetenzen für die Informationsbeschaffung vorsieht (etwa Massnahmen wie das Überwachen von Fernmeldeverbindungen oder das Eindringen in geschützte Computersysteme). Es mag mitgeholfen haben, dass diese Massnahmen nur in Fällen von Terrorismus, ausländischer Spionage, Proliferation von gefährlichen Waffen, illegalem Handel mit Kriegsmaterial und bei drohenden Angriffen auf Kommunikations-, Energie- und andere kritische Infrastrukturen zur Anwendung gelangen dürfen – nicht aber in Fällen von gewalttätigem Extremismus im Inland. Zudem sind diese Massnahmen dreifach anordnungs-beziehungsweise

genehmigungspflichtig (Bundesverwaltungsgericht, Sicherheitsausschuss des Bundesrats und Chef VBS) und sollen äusserst restriktiv (pro Jahr lediglich in rund zehn Fällen) angeordnet werden. Damit werden diese besonders heiklen Massnahmen des in der Schweiz ohnehin so gut wie in keinem anderen Staat beaufsichtigten Nachrichtendienstes in einer scharfen Art kontrolliert, die weltweit ihresgleichen sucht.

Klar: Die persönliche Freiheit des Individuums und die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung befinden sich stets in einem



«Zugunsten der Freiheit»: Wehrminister Maurer.

Spannungsfeld. Es gilt, die beiden Rechtsgüter abzuwägen und einen demokratisch vertretbaren Mittelweg zu finden. Mit dem NDG ist dies durchaus gelungen. Und so ist es Bundespräsident Ueli Maurer durchaus abzunehmen, dass man sich «zugunsten der Freiheit entschieden» habe. Der Gesetzesvorschlag verdient es somit, losgelöst von jeglicher politischer Emotionalität, unvoreingenommen, mit Vernunft und Fairness diskutiert zu werden.

Diese geforderte Unvoreingenommenheit und Fairness liess im Vorfeld des bundesrätlichen Entscheids zumindest in einem Teil der «veröffentlichten Meinung» etwas zu wünschen

übrig. Es ist bedauerlich, dass bereits vor Lancierung des Vernehmlassungsverfahrens ein Kesselstreben gegen das neue NDG in Gang gesetzt wurde, um die Vorlage zu diskreditieren. Nennen wir das Kind beim Namen: Es geht um die Tamedia-Blätter *Tages-Anzeiger* und *Sonntagszeitung*, die zwei nebensächliche Dinge zu einem Skandal aufzubauchen versuchten: die durchaus begründbare Doppelerfassung von ein paar Dutzend Staatsschutzeinträgen in zwei verschiedenen Datenbanken beim NDB und eine gelegentliche Lehrtätigkeit seines Direktors an der Uni St. Gallen. Tiefer unter der Gürtellinie geht's kaum. Nun fielen, nach Veröffentlichung des Vernehmlassungstextes, die Reaktionen auch dieser Zeitungen gemässiger aus.

In der SVP mehrheitsfähig?

Das ist gut so. Denn mir scheint, gerade in Fragen der öffentlichen Sicherheit und des Staatsschutzes habe mitunter in der Schweiz eine schwerverständliche Diskrepanz bestanden zwischen «veröffentlichter» und «öffentlicher» Meinung, die ihresgleichen sucht. Dass das Volk anders denkt, als man es in gewissen einheimischen Redaktionsstuben gerne tat, zeigte beispielsweise die Volksabstimmung über die «SOS»-Initiative: Nach der sogenannten Fichenaffäre der neunziger Jahre kam es zur Abstimmung über die Initiative «SOS – Schweiz ohne Schnüffelstaat», die den Staatsschutz abschaffen wollte. Sie wurde zum Leidwesen der linken Promotoren mit über 75 Prozent vom Volk abgelehnt.

Der Weg hin zu einem neuen Nachrichtendienstgesetz dürfte dennoch lang und dornenvoll sein. Mit linkem Widerstand ist zu rechnen. Der Ausgang der politischen Diskussion wird entscheidend davon abhängen, wie sich die SVP dazu stellt. Meines Erachtens sollte die moderate Vorlage des in Staatsschutzfragen äusserst vorsichtig operierenden Ueli Maurer eigentlich mehrheitsfähig sein in der grössten Schweizer Partei. Ein Ja zum Gesetz hiesse, der Sicherheit unseres Landes den Vorzug zu geben vor den Interessen eines knappen Dutzends von Leuten, die in begründeten Fällen infolge der zusätzlichen neuen Möglichkeiten der Informationsbeschaffung nach gründlicher Kontrolle potenziell Eingriffe in ihre Privatsphäre zu gewärtigen hätten.

Dr. Roland Burkhard war während 25 Jahren stellvertretender Chef des schweizerischen Inlandnachrichtendienstes.



Grossbaustelle am havarierten AKW: Lokaltermin beim Reaktorblock 3 in Fukushima Daiichi.

Leben kehrt zurück nach Fukushima

Eine Reise durch das Sperrgebiet zu den Unglücks-Reaktoren von Fukushima Daiichi ergibt erstaunliche Befunde: Die Folgen des nuklearen GAUs wurden masslos übertrieben, viele Evakuierte sind heimgekehrt. Der Atomausstieg ist in Japan kaum noch ein Thema. *Von Alex Baur und Christoph Bangert (Bilder)*

Da standen sie also, die famosen Dieselaggregate und Wasserpumpen. Vor zwei Jahren wurden die Maschinen, welche die Notkühlung des Kernkraftwerkes Fukushima Daiichi hätten sichern sollen, durch eine gewaltige Flutwelle zerstört. Das war der Anfang einer fatalen Pannenkette, die in einen nuklearen GAU mündete, wie man ihn bis dahin nur in theoretischen Szenarien durchgespielt hatte. Übriggeblieben ist ein Gewirr von rostigem Schrott, dazwischen Fahrzeuge, die von den Wassermassen zermalmt wurden, so, als wären sie aus Kaugummi. Es sind die letzten unmittelbaren Zeugen des verheerenden Tsunami auf dem Gelände von Fukushima Daiichi. Man hat sie vor Ort belassen, weil sie zurzeit niemanden stören und weil man dringendere Arbeiten zu erledigen hatte.

Wir befinden uns auf einer schmalen Strasse zwischen dem Meer und den havarierten Reaktorblöcken, am Anfang einer sechsstündigen Tour durch das zerstörte AKW. Es ist ein sonniger Morgen, friedlich rauscht der Pazi-

fik. Bei Reaktorblock 1 zeigt der Geigerzähler 172 Mikrosievert an, bei Block 3 schnell die Anzeige auf 1710 Mikrosievert hoch. Es sind mit Abstand die höchsten Werte, die wir an diesem Tag messen. Allzu lange sollte man sich hier nicht aufhalten, eine akute Gefahr besteht allerdings nicht. Doch davon später.

Es ist das erste Mal, dass Berichterstatter so nahe an die havarierten Reaktoren herangelassen werden. Wir bewegen uns in einer Gruppe von siebzehn Medienschaffenden, welche die Tokyo Electric Power Company (Tepco), die Betreiberin der Unfallreaktoren, im Hinblick auf den zweiten Jahrestag der Katastrophe durch die Anlagen führt. Tepco erklärt die restriktive Zulassung mit dem grossen organisatorischen Aufwand, der mit dem Ortstermin verbunden sei.

Rund 3000 Leute sind hier seit zwei Jahren mit den Aufräumarbeiten beschäftigt. Anfänglich ging es vor allem darum, die Aussenanlagen von den verstrahlten Partikeln zu reinigen, die sich wie ein unsichtbarer, aber

giftiger Schleier über das Gelände gelegt hatten. Diese Aufgabe war nach wenigen Wochen erledigt. Die Strahlung liegt heute an den meisten Orten auf einem Niveau, das keine Gefahr mehr für die Gesundheit darstellt.

Beim zentralen Abklingbecken, das rund hundert Meter von den havarierten Meilern entfernt liegt, messen wir unbedenkliche 2,9 Mikrosievert. Das Wasser, durch das wir die ausgebrannten Brennstäbe aus wenigen Meter Entfernung betrachten, blockiert die Strahlung vollständig. Weisse Schutzanzüge aus reissfestem Papier, Atemschutzmasken und Gummihandschuhe sind hier trotzdem Pflicht. Es handelt sich dabei um eine Vorsichtsmassnahme. Strahlende Partikel, die der grossen Putzaktion entgangen sein könnten, sollen damit ferngehalten werden. Würden sie sich im Körper ablagern, könnten sie unsere Zellen über die Jahrzehnte schädigen.

Ein halbes Dutzend Mal müssen wir während des Rundgangs unsere Handschuhe,



Warten auf die Rückkehr ins Sperrgebiet: Ehepaar Noriko (l.) und Shigeru Gorai in einer provisorischen Unterkunft.

Socken und Schuhüberzüge wechseln. Damit soll verhindert werden, dass allfällige strahlende Partikel innerhalb des Geländes verschleppt werden. Das sind alles hypothetische Gefahren, die mit vielen Wenn und Aber verknüpft sind. Die Botschaft ist unmissverständlich: Jedes Risiko, und sei es noch so gering, wird in Betracht gezogen und eliminiert.

Sisyphusarbeit an den Unfallreaktoren

Die grösste Baustelle in Fukushima Daiichi befindet sich auf der Bergseite zwischen den havarierten Meilern und dem zentralen Abklingbecken. Anders als in Tschernobyl, wo man die Reaktor-Ruine einfach unter einen gigantischen Betonblock versenkte, soll die Anlage hier abgewrackt und fachgerecht entsorgt werden. Nach wie vor müssen die Reaktoren gekühlt werden. Die neuen Wasserpumpen befinden sich in erhöhter Lage, ausserhalb der Reichweite eines Tsunami.

Der Rückbau der havarierten Reaktoren ist eine wahre Sisyphusarbeit. In einer ersten Phase sollen die intakt gebliebenen Brennelemente entfernt und ins zentrale Abklingbecken übergeführt werden. Zu diesem Zweck werden zurzeit die beschädigten Träger für die tonnenschweren Hebekrane über den Reaktoren und den Kühlbecken neu aufgebaut. Wo die Strahlenbelastung zu hoch ist, kommen Roboter zum Einsatz. Die geschmolzenen Re-

aktorkerne sollen zuletzt geborgen werden. Das dürfte der schwierigste Teil des Unterfangens sein. In diesem Punkt bleiben noch einige technische Fragen offen.

Die Arbeit mit Schutzanzug und Atemmaske ist oft mühsam, vor allem im Hochsommer, wie uns der Bauleiter Hiroshige Kobayashi erklärt. Wenn es zu heiss wird, verlege man die Arbeiten im Freien auf die Morgen- und Abendschichten. Doch der Mensch gewöhne sich an fast alles. Die Furcht vor der Strahlung sei den meisten hier längst abhandengekommen, und das sei aus seiner Sicht das grösste Problem: Man müsse sich ständig überwinden, die Sicherheitsregeln einzuhalten.

Geleitet werden die Arbeiten vom zentralen Kontrollraum aus, der die Havarie unbeschadet überstanden hat. Rund fünfzig Angestellte arbeiten hier vor ihren Bildschirmen. Die Stimmung ist entspannt. Vom obersten Chef bis zum Hilfsarbeiter tragen sie alle dasselbe blaue Tenue. Die allgemeine Gelassenheit, die auch draussen auf der Baustelle zu beobachten war, steht in einem eigentümlichen Kontrast zu den aufgeregten Berichten über das Desaster von Fukushima. Je weiter die Menschen von der Strahlenquelle entfernt sind, so scheint es, desto grösser ist die Angst.

Am grössten ist die atomare Panik mutmasslich auf der anderen Seite des Planeten, in Deutschland und in der Schweiz. Es sind weltweit die einzigen Länder, die als Reaktion auf

Fukushima einen ernsthaften Ausstieg aus der Kernenergie verkündet haben. In Osteuropa, China, Indien, Frankreich und in den USA befinden sich neue Kernkraftwerke im Bau.

Auch die japanische Regierung hatte einen langfristigen Ausstieg angekündigt, allerdings nur halbherzig. Vorübergehend wurden nach der Kernschmelze von Fukushima alle Kernreaktoren zur Kontrolle und Nachrüstung vom Netz genommen. Gut ein Viertel der Stromproduktion fiel damit weg. Um einen Blackout zu verhindern, wurden alte Kohle- und Ölkraftwerke reaktiviert. Japan hat damit nicht nur den GAU, sondern auch den Atomausstieg in der Praxis durchexerziert – und kam ziemlich schnell wieder davon ab.

Die liberal-konservative Regierung, die im letzten Dezember – übrigens auch in der Präfektur Fukushima – einen eigentlichen Erdbebenstich verbuchen konnte, will vom Ausstieg nichts mehr wissen. Sie denkt auch nicht daran, die Arbeiten an zwei neuen Kernreaktoren zu stoppen, die sich zurzeit im Bau befinden. Dahinter steckt eine relativ simple Rechnung. Japan musste im letzten Jahr gemäss offiziellen Angaben wegen des Ausfalls der Kernenergie fossile Brennstoffe im Wert von rund dreissig Milliarden Dollar zusätzlich importieren. Erstmals seit den frühen 1980er Jahren verzeichnete das Land aus diesem Grund eine negative Leistungsbilanz. >>>



Reinigungsarbeiten in Minamisoma: Die verstrahlte Erde wird abgetragen.

Die Folgekosten des nuklearen Desasters werden auf umgerechnet rund sechzig Milliarden Franken geschätzt, was etwa einem Jahresumsatz von Tepco entspricht. Kompensationszahlungen machen rund die Hälfte der Schadenskosten aus, der Rest teilt sich je zur Hälfte auf in den Rückbau der Unfallreaktoren und die Entseuchung der Sperrzone. Hätte der Staat nicht mit Krediten in Milliardenhöhe ausgeholfen, wäre Tepco wohl in den Konkurs geschlittert. Vergleicht man die Kosten miteinander, stellt man allerdings schnell fest: Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde die japanische Volkswirtschaft schon nach zwei bis drei Jahren teurer zu stehen kommen als der mehrfache nukleare GAU von Fukushima.

Bei der Kernenergie fallen die Kosten für den Brennstoff kaum ins Gewicht. Das ist ein entscheidendes Argument für ein hochindustrialisiertes Land, das kaum über eigene Rohstoffe verfügt. Die wegen der zusätzlichen Brennstoffimporte um über zehn Prozent gestiegenen Strompreise machen der ohnehin angeschlagenen japanischen Wirtschaft zu schaffen, die, ähnlich wie in der Schweiz, rund zwei Drittel der Elektrizität verbraucht. Wind, Sonne oder Biomasse sind in Japan in Anbetracht der klimatischen Bedingungen, der Topografie und der knappen Landressourcen keine gangbaren Alternativen. Die Kernfrage lautet demnach: Sind die Folgen eines nuklea-

ren GAUs derart gravierend, dass man sie auch als minimales Restrisiko nicht in Kauf nehmen darf? Zwei Jahre nach dem «grössten anzunehmenden Unfall» kann man erstmals anhand konkreter Fakten einigermaßen abschätzen, womit schlimmstenfalls zu rechnen ist. Todesopfer oder Schwerverletzte, so viel steht fest, waren bislang keine zu beklagen. Gemäss einer kürzlich veröffentlichten Studie der WHO ist auch kaum mit gesundheitlichen Langzeitfolgen zu rechnen.

Verwirrende Strahlenmessung

Der Rückbau von Fukushima Daiichi wird voraussichtlich vierzig Jahre in Anspruch nehmen. Die grösste technische Herausforderung stellt zurzeit die Reinigung des verstrahlten Kühlwassers dar, das in Tanks zwischengelagert wurde. Die Arbeiter sind wohl einer erhöhten Strahlung ausgesetzt, doch diese bewegt sich im Rahmen der Grenzwerte. Die Luftverschmutzung in den Ballungszentren birgt, statistisch gesehen, grössere Gesundheitsrisiken in sich.

Wie alle 700 Fahrzeuge, die das AKW-Gelände täglich verlassen, wird auch unser Bus bei der Ausgangsschleuse auf radioaktive Partikeln untersucht. Obwohl wir während mehrerer Stunden durchs Gelände gefahren sind, finden sich keine verdächtigen Spuren. Nach Angaben von Tepco werden solche bei lediglich einem Prozent der Fahrzeuge gefunden.

Diese werden in einer gesonderten Schleuse gereinigt. Mehr als einen Schrubber, einen Schlauch und Wasser braucht es dazu nicht.

Bei der Ausgangspforte zeigt unser Geigerzähler 5 Mikrosievert. In Naraha, rund fünfzehn Kilometer von den Unfallreaktoren entfernt, sind es noch 1,3 Mikrosievert, was nur unwesentlich über dem Normalwert liegt. In den Tessiner Alpen ist die natürliche Strahlung an vielen Orten höher. Physikalisch gibt es keinen Unterschied zwischen der natürlichen Strahlung, die uns alle täglich umgibt, und der Strahlung eines AKW. Die Strahlenmessung ist eine komplexe Angelegenheit und führt immer wieder zu Verwirrung. Doch es gibt Werte, an denen man sich orientieren kann. Mein Dosimeter weist nach dem Besuch von Fukushima Daiichi eine Gesamtbelastung



99 Prozent sauber: Ausgangskontrolle im AKW.

von 67 Mikrosievert aus. Zum Vergleich: Auf dem Flug von Zürich nach Tokio hat mein Körper 200 Mikrosievert bewältigt, bei einer Röntgenbestrahlung fällt die dreifache Dosis an.

Die Hauptsorge in Fukushima gilt der Bevölkerung. In einem Radius von zwanzig Kilometern, den man vorübergehend auf dreissig Kilometer ausgeweitet hatte, wurden ursprünglich 113 000 Menschen evakuiert. Gegen 50 000 dürften mittlerweile zurückgekehrt sein, genauere Zahlen sind nicht bekannt. Die Strahlung verteilt sich ungleichmässig. Einige Gebiete innerhalb der Sperrzone wurden bereits im letzten Jahr wieder freigegeben. Im Nordwesten, hauptsächlich im Bezirk Iitate, gibt es dagegen Landstriche ausserhalb der 20-Kilometer-Zone mit erhöhten Strahlenwerten. Tagsüber kann man hier frei zirkulieren, die Bewohner sind allerdings angehalten, nicht in ihren Häusern zu übernachten.

«Professor Mengele»

Für die dauerhafte Wiederbesiedlung der Sperrzonen wird eine Strahlenbelastung von weniger als 10 Millisievert pro Jahr angestrebt. Dieser Wert wurde in rund einem Drittel der evakuierten Gebiete mittlerweile unterschritten. Das liegt zum Teil am Regen, der die strahlenden Partikel über die Flüsse ins Meer schwemmte, wo sie weiter verdünnt wurden. Eine grossflächige Dekontaminierung soll die Strahlung nochmals halbieren. An sich gilt in Japan eine Dosis von bis zu 20 Millisievert pro Jahr als unbedenklich für Kinder. Dies entspricht etwa der Strahlung, die bei einer Ganzkörper-Tomografie anfällt. Dass die Zielwerte tiefer angesetzt wurden, hat politische Gründe: Die Regierung will den Verdacht der Verharmlosung unter allen Umständen vermeiden.

Wie viel Strahlung den Menschen zugemutet werden darf, ist allerdings umstritten. Professor Shunichi Yamashita, der die medizinische Versorgung der Evakuierten koordiniert, sorgte im Sommer 2011 für viel Aufregung, als er Dosen von bis zu 100 Millisievert pro Jahr für unbedenklich erklärte. Hätte man diesen Wert zum Mass genommen, hätten die meisten Evakuierten in ihre Heime zurückkehren können. Irrationale Ängste und Zwangsumsiedlungen, so erklärte Yamashita, seien eine viel grössere Bedrohung für die Gesundheit

als die in Fukushima gemessene Strahlung. Yamashita, ein international anerkannter Strahlenmediziner, wurde in der Folge in den Medien als «Professor 100 Millisievert» verspottet und von Anti-AKW-Aktivistinnen gar als «Professor Mengele» beschimpft. Im letzten Februar wich er dem politischen Druck und gab seinen Rücktritt bekannt. Dabei gilt das, was er sagte, bei der Mehrheit der Strahlenmediziner als Binsenweisheit. Seine Aussage stützt sich auf den Befund der Tschernobyl-Kommission, eines Gremiums von hundert Wissenschaftlern aus aller Welt, das im Rahmen eines Uno-Programms die Folgen der Katastrophe in der Ukraine untersuchte.

2006 gelangte die Tschernobyl-Kommission zum Schluss, dass eine Zunahme von Krebser-

Einige Gebiete innerhalb der Sperrzone wurden bereits im letzten Jahr wieder freigegeben.

krankungen oder Missbildungen bei Neugeborenen in der Ukraine statistisch nicht nachweisbar sei. Lediglich bei Schilddrüsenleiden, die aber selten einen tödlichen Verlauf nahmen, konnte eine signifikante Zunahme festgestellt werden. Vor allem aber wurden eine markante Häufung von Depressionen, Suiziden und Abtreibungen sowie eine Zunahme von Alkoholisimus unter den Evakuierten registriert. Fazit: Die Zwangsumsiedlungen hatten in Tschernobyl mehr Leid angerichtet als die Strahlung.

Die Aussage von Professor Yamashita, der nach dem nuklearen GAU selber nach Fukushima zügelte, war kein politisches Statement für die Kernenergie. Sein Fall steht jedoch sinnbildlich für die Verpolitisierung der Strahlenproblematik. Yamashita stammt aus Nagasaki, seine Mutter war eine sogenannte *hibakusha*, eine Überlebende der Atombombenabwürfe. Aus Aberglauben und Unwissen wurden die *hibakusha* wie Aussätzige gemieden, selbst als Nagasaki und Hiroshima wieder aufgebaut waren. Yamashita, der sein Leben der Medizin verschrieben hat und selber jahrelang in Tschernobyl geforscht hatte, wusste, wovon er sprach. Doch gegen die atomaren Vorurteile und Mythen hatte sein Wissen keine Chance.

Hiroshi Suzuki, ein emeritierter Professor für Architektur aus Fukushima, wirkt beim regionalen Komitee mit, das die Wiederbesiedlung der evakuierten Zone begleitet und koordiniert. Suzuki ist ein erklärter Gegner der Kernenergie, doch auch er glaubt, dass das Strahlenproblem in Fukushima «in erster Linie psychologischer Natur» sei. Rund dreissig Prozent der Evakuierten wollten in ihre Häuser zurückkehren, erklärt er im Gespräch mit der *Weltwoche*, doch ebenso viele verweigerten dies, rund vierzig Prozent seien unentschlossen.

Suzuki setzt sich dafür ein, dass der Wunsch der Betroffenen respektiert wird – und dass die Entschädigungen in jedem Fall ausbezahlt werden, unbesehen, ob eine Rückkehr möglich wäre. Die Evakuierten erhalten von Tepco monatlich umgerechnet tausend Franken. Kompensiert werden auch wirtschaftliche Einbussen von Unternehmen. Eine abschliessende Schadensregelung steht allerdings noch aus. Hier sind gemäss Suzuki noch grössere Konflikte absehbar.

Einwandfreier Reis

Im Distrikt Minamisoma, der zu rund einem Drittel in der 20-Kilometer-Sperrzone liegt, treffen wir Yoshiaki Yokota. Bis März 2011 war er als Chefbeamter für die Kindergärten im Bezirk zuständig. Danach widmete er sich den Aufräumarbeiten in den vom Tsunami zerstörten Gebieten. Heute ist Yokota für die Dekontaminierung der Häuser von Minamisoma zuständig. Um ihn auf seine Aufgabe vorzubereiten, hatte ihn der Bürgermeister sogar auf eine Erkundungsreise nach Tschernobyl entsandt. Was er dort sah, überzeugte ihn freilich nicht. Die Japaner, meint er, wollten es gründlicher machen.

Mittlerweile sind in Minamisoma mehrere Einsatzsequipen mit der Dekontaminierung befasst. Dächer werden mit Hochdruckreinigern abgespritzt, Bäume und Hecken gestutzt, in den Gärten werden die obersten fünf Zentimeter Humus abgetragen. Die Praxis hat gemäss Yokota gezeigt, dass sich die meisten radioaktiven Partikel – im Wesentlichen handelt es sich um Cäsium – in diesen Bereichen an Mineralien gebunden und festgesetzt haben. Das sei auch der Grund, warum das Cäsium nicht oder nur in einer ungefährlichen Konzentration ins Grundwasser gelange.

Die Dekontaminierung ist ein aufwendiger, aber im Grunde simpler Prozess. Viele Hausbesitzer sind auf eigene Faust zu Werke gegangen. Bei den Äckern reicht es gemäss Yokota oft, wenn sie gründlich umgepflügt werden. Versuche haben gezeigt, dass die meisten Pflanzen das Cäsium im Boden nicht aufnehmen. In Minamisoma wurde bereits letztes Jahr wieder Reis angepflanzt, der einwandfreie Messwerte aufwies. Das grösste Problem bestand darin, Standorte für die Zwischenlagerung des kontaminierten Abraums zu finden. Die Regierung hat versprochen, innerhalb der nächsten drei Jahre im



Wegen des Mannes geblieben: Kaori mit Familie.



Lehren aus Tschernobyl: Chefbeamter Yokota.



Vom Tsunami verwüstet und versalzen: Reisfelder der Familie Gorai in der 20-Kilometer-Sperrzone.

unmittelbaren Umfeld von Fukushima Daiichi, das mutmasslich für lange Zeit gesperrt bleiben wird, Endlager einzurichten. Doch die Anwohner trauen den Versprechungen der Politiker nicht und befürchten, auf den Zwischenlagern vor ihrer Haustür sitzenzubleiben.

In Minamisoma treffen wir auch Shigeru und Noriko Gorai. Im Frühling 2011 haben wir die Eheleute in einer Notunterkunft bei Fukushima kennengelernt, wo sie zusammen mit der Tochter Kaori sowie den Enkeln Yuta und Nagisa Unterschlupf gefunden hatten. Kaori ist mit den Kindern wieder in ihr Haus zurückgekehrt, das sich knapp ausserhalb der 20-Kilometer-Sperrzone befindet. Shigeru und seine Frau Noriko leben nach wie vor in einer provisorischen Unterkunft. Ihr Haus befindet sich innerhalb des Sperrgebiets, in Oodaka, soll aber demnächst freigegeben werden.

Die Geschichte der Familie Gorai erinnert uns daran, dass der Tsunami die ungleich grössere Tragödie war als der GAU. Wie fast jede Familie in dieser Gegend haben auch die Gorais in der Flut Angehörige und Freunde verloren. Das Elternhaus von Noriko wurde von den Wassermassen vernichtet und darf mutmasslich nie mehr wiederaufgebaut werden. Die Behörden haben das Gebiet nach dem Tsunami zur Gefahrenzone erklärt. Die Reisfelder der Gorais wurden überschwemmt und sind versalzen. Es werden wohl Jahre vergehen, bis sie wieder eine rentable Ern-

te abwerfen. Für die Grosseltern Gorai war immer klar, dass sie in ihre angestammte Heimat zurückkehren würden. In ihrem Alter brauchen sie sich keine Sorgen mehr über Langzeitfolgen der Strahlung zu machen, das wissen sie.

Für die Tochter Kaori war der Entscheid schwieriger, wegen der Kinder. Sie misstraute den Unbedenklichkeitserklärungen der Regierung. Einige ihrer Freundinnen seien mit den Kindern weggezogen. Den Männern falle dies in der Regel schwerer, wegen der Arbeit. Denn die meisten Japaner bleiben ihrem Arbeitgeber ein Leben lang treu. Kaori erzählt von sechs Ehepaaren aus ihrem Umfeld, die sich aus diesem Grund getrennt hätten. Sie ist geblieben, ihrem Gatten zuliebe. Er arbeitet seit zwanzig Jahren in einem Kohlekraftwerk – für Tepco.

Mangelhafter Schutz gegen den Tsunami

Tepco ist mit ihren 10 000 Angestellten in der ländlichen Präfektur Fukushima die wichtigste Arbeitgeberin. Trotzdem ist kaum jemand gut zu sprechen auf den halbstaatlichen Stromriesen. Und das mit gutem Grund. Dass es ausgerechnet die Meiler von Fukushima Daiichi traf, ist kein Zufall. Die Sicherheitsmängel an den vier Kernreaktoren, die in den 1970er Jahren gebaut wurden und zu den ältesten im Land gehören, waren bekannt, wie die Untersuchungen mittlerweile gezeigt haben. Im Katastrophengebiet befinden sich ins-

gesamt vierzehn Reaktorblöcke. Zehn davon, unter ihnen auch die neueren Blöcke 5 und 6 von Fukushima Daiichi, überstanden das Erdbeben – eines der schwersten seit Menschengedenken – und die Flutwelle ohne grössere Schäden. Beim AKW von Onagawa, das sich bedeutend näher beim Epizentrum des Bebens befindet, war der Tsunami sogar noch höher als in Fukushima. Aus Onagawa wird berichtet, dass 360 Überlebende der Flut auf dem Gelände des Kernkraftwerks vorübergehend Zuflucht gesucht und gefunden hätten.


Die Hauptursache für das Desaster von Fukushima Daiichi war der mangelhafte Schutz gegen den Tsunami, der die Kühlwasserpumpen und sämtliche Notstromaggregate zerstörte. Nachdem die Kühlung ausgefallen war, kam es zur Kernschmelze. Die radioaktive Verseuchung der Umgebung wäre trotzdem zu verhindern gewesen, hätten die Meiler über sogenannte passive Wasserstoff-Rekombinatoren und Filteranlagen zur Entlastung der überhitzten Reaktoren verfügt, wie sie weltweit längst zum Standard gehörten.

Der milliardenschwere Stromkonzern verzichtete darauf, die Reaktoren nachzurüsten, die ursprünglich ab 2011 sukzessive vom Netz genommen werden sollten. Gemäss Schätzungen von Fachleuten hätte der Einbau der fehlenden Aggregate rund zehn Millionen Dollar pro Reaktor gekostet. ○

Gutschein Fr. 20.-

Gültig bei einem Kauf ab Fr. 99.-, nicht kumulierbar mit anderen Gutscheinen und Rabatten, keine Barauszahlung. Einlösbar bis **30.03.13** über den Versand, in den HELVESKO-LadySko-Dansko-Fachgeschäften und übers Internet (Internet-Code: F13-35)!



z.B. FÜR SIE & IHN
HELVESKO 
STEP beige, grün, rot, blau
Gr. 35-43 **249.-**
MOTION beige, blau
Gr. 40-46 **259.-**

HELVESKO  **LADYSKO** und **dansko** -
Bequemschuhe werden exklusiv für **INTEGRA**
Nussdorf AG in der **SCHWEIZ** und in **EUROPA**
produziert, mit viel Handarbeit für beste Qualität.

Bestellen Sie über den Versand oder verlangen Sie **gratis** unseren
112-seitigen Frühlings-Katalog 2013:
INTEGRA Nussdorf AG
Hauptstrasse 173 / 4422 Arisdorf BL
Tel. 061 816 98 88 / Fax 061 816 98 80
www.integra-ag.ch



Wir beraten Sie gerne persönlich und fachkompetent in unseren
13 HELVESKO-LadySko-Dansko Fachgeschäften:
Arisdorf (BL) Hauptstrasse 173
Chur (GR) Vazerolgasse 1
Gossau (SG) St. Gallerstrasse 8
Ittigen (BE) Im Talgut-Zentrum
Luzern (LU) Frankenstrasse 12
Schlatt/Neuparadies (TG) Diessenhoferstrasse 14c
Urdorf (ZH) Bergstrasse 37
Möhligen (AG) Salinenstrasse 12

Weitere Fachgeschäfte in:
Genf, Lausanne, Losone, Sion und Yverdon

Entdecken Sie die bequemsten Schuhe Ihres Lebens!



Rob, das Roboterauge

Rob Spence hat nur ein Auge, das zweite hat er durch eine Kamera ersetzt. Jetzt dreht er mit seinem künstlichen Auge Dokumentarfilme. Der Kanadier sieht sich als lebendes Experiment auf dem Weg in eine fantastische Zukunft. Von Urs Gehrig



«Kleiner Bruder» im Kopf: der Kanadier Spence zeigt die Teile zu seinem Kamera-Auge.

«Entschuldigen Sie, was?» Wie versteinert steht die Kioskfrau im Zürcher Einkaufszentrum «Puls 5» hinter ihrer Auslage. Plötzlich scheint sie vergessen zu haben, dass der Kunde vor ihr gerade einen Kaugummi verlangt hat. «Blitzt da nicht ein Licht in Ihrem Auge?», fragt sie perplex. «Ist das nicht ein Draht unter der Hornhaut oder gar ein Mikrochip?»

Wo Rob Spence, 41, aufkreuzt, erntet er verstörte Blicke. Der Kanadier aus Toronto hat sich einen verrückten Traum erfüllt. Er ist der erste – und einzige – Mensch der Welt, dem eine Kamera implantiert worden ist. Und zwar direkt in sein Auge. Nicht ganz freiwillig allerdings. Spence ist halbbblind, infolge eines tragischen Unfalls. Es geschah bei einem Besuch auf dem Bauernhof seiner Vorfahren in Irland. Rob war neunjährig und hantierte mit Grossvaters Gewehr. «Ich wollte auf einen Misthaufen schießen», erzählt Spence, «aber

ich hielt den Lauf zu nahe am Kopf.» Der Rückschlag des Gewehrs zertrümmerte sein rechtes Auge. Auf Anraten der Ärzte liess Spence 2007 seinen zerstörten Augapfel entfernen. «It sucks!», sagt Spence. «Ein Auge lässt du nicht leicht gehen, es ist ein Fenster zu deiner Seele.»

Eine Weile trug Rob eine Augenklappe und sah damit «ziemlich cool» aus, wie er fand. Doch er hörte nicht auf, zu hadern mit dem Loch in seinem Kopf. Als er eines Tages die winzige Kamera seines Handys studierte, kam ihm die zündende Idee: Wenn er eine Kamera in der nutzlosen Augenhöhle platzieren könnte, würde er seinen Verlust in einen Gewinn ummünzen, könnte vom Opfer zum Helden mutieren. Spence, ein Cartoon-Fanatiker, der eine Sammlung von 3000 Comic-Büchern sein Eigen nennt, ist seit seiner Kindheit fasziniert von der Welt der Superhelden. Einer hat es ihm besonders angetan: der Sechs-Milli-

onen-Dollar-Mann. Die gleichnamige TV-Serie aus den 70er Jahren handelt von einem Testpiloten, der bei einem Flugzeugabsturz lebensgefährlich verletzt wird. In einer sechs Millionen Dollar teuren Operation wird ihm ein bionisches Auge – nebst einem künstlichen Arm und zwei Beinen – eingesetzt, was ihm übermenschliche Fähigkeiten verleiht.

Heute gleicht Rob Spence ein bisschen seinem Idol. Sein Kunstauge ist mit einer winzigen, drahtlosen Kamera ausgestattet, die Videosignale per Funk an einen Empfänger sendet, den er in der Hosentasche trägt. Was sein Kameraauge «sieht», kann er auf eine Leinwand oder live ins Internet übertragen. Damit ist es ihm möglich, die Welt im wahrsten Sinne des Wortes mit dem Auge des Betrachters festzuhalten.

Ermöglicht hat dies die kalifornische Firma Omnivision, welche sich auf Mikrokameras spezialisiert hat, die unter anderem für Darmspiegelungen genutzt werden. Die grösste Herausforderung sei der Platz, erklärt Phil Bowen, ein Augenprothesen-Spezialist, der mit Spence zusammenarbeitet. Der durchschnittliche Hohlraum in einem Kunstauge messe rund acht Quadratmillimeter. In einer Zeit, in der Digitalkameras in unglaublich dünne Telefone integriert werden, scheine dies viel Raum zu sein. Doch eine Digitalkamera bestehe nicht bloss aus der sichtbaren Linse und dem Sensor dahinter. Den gesamten Bildbearbeitungsschaltkreis samt Energieversorgung habe man in der winzigen Prothesenhöhle verstauen müssen.

In den USA sorgte die Pionierarbeit für Furore. *Time Magazine* wählte das Roboterauge gar zu den fünfzig wichtigsten Erfindungen des Jahres 2009. Seither ist «Eyeborg», wie sich Spence nennt, die Attraktion an den Jahrmärkten der Computerfans. So geschehen letztes Wochenende in Zürich, als er an «Robots on Tour» teilnahm, dem Weltkongress für Roboter, Humanoide und Cyborgs.

«Wie fühlt sich das Auge an?», fragt ein kleiner Junge aus Höngg. «Wie ein zu kleiner Schuh», sagt Spence. «Es drückt und pikst manchmal.» «Und wie reagieren Frauen auf das Roboterauge?», will ein Robotertechniker aus Italien wissen. «Wie alle Leute sind sie in der Regel zuerst fasziniert, doch nach einer Weile finden sie es eklig.» Spence erzählt von einem Date mit einem Mädchen. Als sie herausgefunden habe, dass er eine Kamera im Auge trage, sei sie ausgeflippt: «Hast du mich jetzt dauernd gefilmt?»

Mit seiner Kamera im Augapfel kann Spence praktisch jederzeit Aufzeichnungen machen,

ohne dass sich sein Gegenüber darüber im Klaren ist. Damit wird sein Auge zum Spion; das Filmen in verbotenen Zonen ist ein Kinderspiel. Gehindert werde er bei seinen Aufzeichnungen eigentlich nie. Keiner habe je gesagt: «Bitte nehmen Sie mal Ihr Auge raus!»

Spence, von Beruf Dokumentarfilmer, nutzt sein Kameraauge professionell. Zuerst habe er sein Leben aufgezeichnet, aber das sei extrem langweilig. Seither mache er Dokumentationen über andere. «Als Filmer sucht man den unmittelbaren Kontakt zu den Menschen, über die man berichtet», sagt er. «Und natürlich gibt es keinen besseren Kontakt als eben den Augenkontakt.»

Doch viele reagieren wie sein Flirt-Date. Selbst enge Freunde sagen, sie fühlten sich sehr unwohl beim Gedanken, auf diese Weise beobachtet zu werden, und haben Spence schon damit gedroht, den Kontakt abubrechen. Spence zeigt sich von solchen Bedenken überrascht. Die Menschen würden tagtäglich an allen möglichen Orten von Dutzenden versteckten Überwachungskameras gefilmt, doch dies scheine sie weniger zu stören als die Kamera in seinem Auge. Die Angst vor seinem Auge hat er zum Thema einer Dokumentation über die weitverbreiteten Überwachungsanlagen gemacht. Seine Kamera funktioniere dabei wie der «kleine Bruder», mit dem er den «grossen Bruder» überwache, der uns auf Schritt und Tritt beobachte. Es gehe ihm um die Frage, «ob wir schlafwandlerisch in eine

Überwachungsgesellschaft wie in Orwells Roman «1984» schlittern». Dies sind interessante Projekte, doch hat Spence damit bisher weder das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit geweckt, noch vermochte seine Augenkamera das Genre des Dokumentarfilms zu revolutionieren, wie er einst gehofft hatte. Nach der Robotershow in Zürich klaubt sich Spence das Kameraauge aus dem Kopf und stülpt seine alte Augenklappe über. Denn genau genommen ist Spence nicht der Cyborg – ein Mischwesen aus Mensch und Maschine –, als den er sich gerne präsentiert, sondern eher ein tragischer Held.

Werbung für Videospiele

Die Forschung im Bereich bionischer Sehhilfen macht zwar Fortschritte. Es gibt Retina-Implantate, die dem Träger bereits die Erkennung von Umrissen und Hell-Dunkel-Kontrasten ermöglichen. Langfristig will man einen Wiederherstellungsgrad der Sehkraft von fünfzig Prozent oder mehr erreichen. Voraussetzung ist aber, dass eine gewisse Anzahl intakter Sehzellen vorhanden ist. Wenn keine mehr da sind, ist auch die Bionik machtlos.

Für Rob Spence besteht keine Hoffnung, je wieder normal zu sehen. Sein rechtes Auge ist tot. Und sein Kameraauge ist nicht mit dem Hirn verbunden. Für den Kanadier ist dies kein Grund zur Trübsal. Er sieht sich als lebendes Experiment auf dem Weg in eine Zukunft,

in der behinderte Menschen dank moderner Technik ihre natürlichen Fähigkeiten zurückbekommen – und vielleicht sogar übermenschliche Kräfte erlangen werden.

Wie diese Welt aussehen könnte, demonstriert das Videospiele «Deus Ex: Human Revolution», für das sich Spence als Werbevehikel anheuern liess. Im Jahr 2027 angesiedelt, zeichnet es eine fantastische Gesellschaft, in der die «Aufrüstung» des menschlichen Körpers durch verschiedene Implantate möglich ist. Spence möchte nicht warten, bis die Wirklichkeit so weit ist. Auf seiner Website Eyeborg Project hat er eine Annonce für eine beinamputierte Frau deponiert. Er möchte ihr zu einer Prothese in Form eines Gewehrs verhelfen, wie sie «Cherry Darling» im Science-Fiction-Film «Death Proof» trägt. Allerdings würde er sie nicht mit einer echten Flinte ausrüsten, sondern mit einem Paintball-Gewehr.

Bisher habe sich noch keine Interessentin gemeldet, erklärt Spence. Doch er ist überzeugt: «Dereinst werden Menschen die Wahl haben, anstelle ihrer Augen, Ohren, Arme oder Beine Hightech-Prothesen in ihre Körper einzubauen.» Ethische Bedenken hindere die Gesellschaft bis jetzt daran, sich mit dieser Vision anzufreunden. «Niemand würde sich heute den eigenen Arm abschneiden lassen, um ihn durch eine Prothese zu ersetzen», sagt Spence lachend. «Doch wenn die Technologie so weit ist, wird sich manch einer neu besinnen.» ○

Notfall Syrien

Ihre Spende rettet Leben. Helfen Sie jetzt.

SMS «Syrien 30» AN 2828
für eine Spende von 30 CHF
(Betrag nach Wahl)

PC 12-100-2
Betreff «Syrien»

WWW.MSF.CH



Schluss mit bescheiden!

Facebooks Finanzchefin Sheryl Sandberg verlangt von Frauen mehr Ehrgeiz und Selbstkritik – egal, ob sie Karriere machen, Kinder aufziehen oder beides tun. Mit ihrem Buch bringt sie neuen Schwung in die Feminismus-Diskussion. Von Beatrice Schlag



Gegen die Barriere im Kopf: Finanzchefin Sandberg.

Sheryl Sandberg denkt nicht klein. Sie verdient als Nummer zwei in Mark Zuckerbergs Facebook-Imperium 31 Millionen im Jahr, die sie nicht wirklich braucht, weil sie schon zuvor bei Google mit ihrer Arbeit unendlich reich wurde. Am vergangenen Montag kam in den USA ihr erstes Buch «Lean In» in die Buchläden. Schon Wochen zuvor hatten Zugewandte und Gegnerinnen die Messer gewetzt. Denn Feministin Sandberg hat weder ihre Memoiren geschrieben noch einen Karriere-Ratgeber für Frauen verfasst. Sie will nichts weniger als eine neue Frauenbewegung auslösen. Und dafür tritt sie den Frauen ziemlich auf die Füße.

Bascha Mika, ehemalige Chefredaktorin der linken deutschen *Tageszeitung*, hatte vor zwei

«Frauen in Führungspositionen sind entscheidend für die Lösung vieler Probleme.»

Jahren mit ihrem Buch «Die Feigheit der Frauen» Ähnliches versucht. Aber Bascha Mika ist nicht Sheryl Sandberg und nicht die Nummer zehn unter *Forbes'* «Most Powerful Women». Ihr Appell an die Frauen, etwas mehr zu wagen, um das Leben zu führen, das sie führen wollen, fand in den Medien mehr Resonanz als unter Leserinnen. Sheryl Sandberg verlangt dasselbe von Frauen: «Habt mehr Mut, mehr Ehrgeiz.» Viele Frauen – die Männer halten sich aus der Debatte weitgehend heraus, sie haben nur zu gewinnen, wenn Frauen sich fetzen – sind empört. Ist es ihre Schuld, wenn sie im Beruf nicht weiterkommen? Sheryl Sandberg sagt nicht ja. Sie sagt, was jeder Eheberater seinen Patienten schon immer verständlich zu machen versuchte: «Sie können nur sich selber zu ändern versuchen.»

Männer zur Rede stellen

Die Frage, ob das Huhn oder das Ei zuerst war, interessiert Sandberg nicht. «Ich weiss, dass viele denken, meine Forderungen an Frauen seien ein Freipass an die Arbeitgeber. Schlimmer, sie werfen mir vor, die Opfer zu Schuldigen zu machen. Aber das ist nicht so. Ich glaube lediglich, dass Frauen in Führungspositionen entscheidend sind für die Lösung vieler Probleme», schreibt sie in «Lean In». «Viele Kritiker werden sagen, es sei für mich ein Leichtes, mich reinzuhängen, weil mir mein Geld erlaubt, jede Hilfe zu kaufen, die

ich brauche. Was ich will, ist, Ratschläge zu geben, die ich gebraucht hätte, lange bevor ich von Google und Facebook wusste. Wir können diese Auseinandersetzung nicht vermeiden. Der Moment ist überfällig, Frauen zu ermutigen, das Machbare zu träumen; und Männer zu ermutigen, die Arbeit ihrer Frauen daheim und an ihrem Arbeitsplatz zu unterstützen.» Aber das, sagt Sheryl Sandberg, reiche nicht aus, wenn Frauen nicht endlich bereit seien, gegen die Barriere in ihrem Kopf anzugehen, die immer signalisiere, sie seien nicht gut genug.

«Lean In» hat mehrere Bedeutungen. Was Sheryl Sandberg meint, heisst auf Deutsch salopp «sich reinhängen» oder «sich reinknien». Auf Englisch ist der Ausdruck nicht salopp. Was Sandberg von Frauen verlangt, ist, dass sie sich und ihre Ambitionen ernst nehmen. Nichts schleifen zu lassen und Forderungen an ihre Männer zu stellen, die keine Frau gern stellt. Das ehrliche Gespräch mit dem Partner sei das Schwerste von allem. Ist er bereit, die Hälfte der Hausarbeit und der Kinderbetreuung zu übernehmen, wenn sie Kinder wollen? Wird er seinen Job an den Nagel hängen und mit ihr umziehen, wenn sie eine Arbeit angeboten bekommt, die sie unbedingt machen möchte, genauso wie sie es im umgekehrten Fall tun würde?

Jede Frau versucht, solchen Diskussionen aus dem Weg zu gehen. Sie machen Angst. Es gibt nicht viele Männer, die dafür ein selbstverständlich offenes Ohr haben. Die Diskussionen setzen Courage und ein Selbstbewusstsein voraus, das Frauen selten haben. Und möglicherweise erfordern sie den Mut, Konsequenzen zu ziehen, die Frauen nicht ziehen wollen. Aber genau das fordert Sheryl Sandberg. Das ist spannend, weil es die meisten Frauen überfordert. Und weil sie Sandbergs Anspruch gleichzeitig verstehen.

In der Opfer-Ecke eingenistet

Nicht zufällig sind ihre Kritikerinnen gnadenlos. Viele Feministinnen haben sich seit Jahren

wohlig in der Opfer-Ecke eingenistet und warten, bis die Institutionen es richten: mehr bezahlbare Krippen, mehr Teilzeitarbeit, Frauenquoten. Berechtigte Ansprüche, aber sie werden so bald nicht erfüllt werden. Sheryl Sandberg ist ungeduldig. Der Frauenanteil in Kadern und Verwaltungsräten bewegt sich weltweit seit Jahren nicht vom Fleck. In westlichen Ländern sind Matur- und College-Absolventinnen längst in der Mehrheit. Wo sind ihre Karrieren?

Frauen, sagt Sheryl Sandberg mit einer Überzeugung, von der man nur hoffen kann, sie sei berechtigt, würden die Welt besser machen, wenn sie endlich gleich viel Machtpositionen besetzten wie Männer. Aber um dahin zu kommen, müssten sie an sich arbeiten: an ihrer Unsicherheit, den Ansprüchen zu genügen, an ihrer sehr begründeten Angst, nicht geliebt zu werden, wenn sie erfolgreich sind, an ihren Zweifeln, ob Kinder und Karriere wirklich vereinbar sind.

Lektionen im Internet

Ihre Kritikerinnen haben es nicht schwer. Ratschläge einer Multimillionärin, die sich

College-Absolventinnen sind in westlichen Ländern längst in der Mehrheit. Wo sind ihre Karrieren?

Nannys, Putzfrauen und Chauffeure leisten kann, sind leicht lächerlich zu machen. Was hat das alles mit den Karrierechancen der Kassiererin im Supermarkt zu tun? Es ist ein billiges Argument. Sheryl Sandberg richtet ihr Buch an Frauen, die Chancen haben, weiterzukommen, wenn sie es wollten. Sie verspricht ihnen, dass es spannend, aber anstrengend wird. Sie bietet Lektionen im Internet an und hofft, dass «Lean-In-Gruppen» sich treffen, natürlich auf Facebook.

Sie behauptet nicht, dass dies für alle Frauen das Richtige sei. Aber sie verlangt von allen Frauen, die ihr Buch lesen, über sich nachzu-

denken. Es ist ein kluges Buch, weil man die Forderung nicht wegschieben kann.

Bösartige Kritik

Maureen Dowd, eine der bekanntesten Kolumnistinnen der *New York Times*, schrieb über Sandbergs Buch, die Millionärin verstehe den Unterschied nicht zwischen einer sozialen Bewegung und der PR-Kampagne für eine soziale Bewegung: «Menschen schliessen sich einer Bewegung von unten nach oben an, nicht umgekehrt. Sandberg hat sich das Vokabular und die Romantik einer Bewegung nicht angeeignet, um eine Sache zu vertreten, sondern sich selber.» Das ist böseartig. Gerüchte, dass Sandberg, einst Stabschefin von Finanzminister Larry Summers unter Bill Clinton, zurück in die Politik wolle, hört man häufig. Es gibt keinerlei aktuelle Anzeichen dafür, dass sie Facebook verlassen will.

Dowd war nicht die Einzige, die Sheryl Sandberg vernichtend kritisierte. «Es ist beschämend für Frauen, wenn man ihnen sagt, sie müssten mehr wie Männer werden», sagte Avivah Wittenberg-Cox, Gender-Expertin, in einem Interview mit dem *Time Magazine*. Bei ihrem Auftritt am WEF in Davos hatte Sheryl Sandberg zwar nie etwas gesagt, was in die Richtung ging, aber Wittenberg-Cox wurde dennoch weidlich zitiert. Ebenso die *Atlantic*-Autorin und Princeton-Professorin Anne-Marie Slaughter, die Sandberg vorwarf, von berufstätigen Frauen unerreichbare Dinge zu verlangen, um persönlichen und beruflichen Erfolg zu erlangen.

Männer brauchen «Lean In» nicht zu lesen, wenn sie keine ehrgeizigen Frauen haben, wobei Ehrgeiz nicht zwingend Karriere bedeutet. Aber wenn ihre Frauen das Buch lesen, wird es dem Hausfrieden zuträglich sein, wenn sie das auch tun.

Sheryl Sandberg: *Lean In – Women, Work, and the Will to Lead.* Alfred A. Knopf. 240 S.



ARVISA
Via Pedemonte 1
CH-6818 Melano
T 091 649 68 88
F 091 648 33 75
info@arvi.ch
www.arvi.ch

ROBERT PARKER BORDEAUX 2010:
"EIN WEITERER GROSSARTIGER JAHRGANG"

HIGHLIGHTS DER WOCHE



ROBERT PARKER 100

PAPE CLÉMENT ROUGE
Graves, Pessac-Léognan 2010
CHF 210.60



ROBERT PARKER 100

HAUT BRION
Graves, Pessac-Léognan 2010
CHF 864.00



ROBERT PARKER 90

PHÉLAN SÉGUR
St. Estephe 2010
CHF 42.10

Sociando Mallet - Haut Médoc 2010	ROBERT PARKER 91+
CHF 30.25	
Le Clarence de Haut Brion - Graves, Pessac-Léognan 2010	ROBERT PARKER 93
CHF 97.20	
Duhart Milon - Pauillac 2010	ROBERT PARKER 96
CHF 106.90	
Pavillon Rouge de Margaux - Margaux 2010	ROBERT PARKER 94
CHF 129.60	
Lynch Bages - Pauillac 2010	ROBERT PARKER 96
CHF 162.00	
Mouton Rothschild - Pauillac 2010	ROBERT PARKER 98+
CHF 858.60	

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Franko Melano. Transport nicht im Preis enthalten.

Drama für die Götter

Fotokünstler Hannes Schmid hat unter Kannibalen gelebt, Rockstars abgelichtet und ein Formel-1-Auto im Swimmingpool versenkt. Spektakulär ist jetzt seine Installation im Zürcher Flughafen. Ein exklusiver Einblick. *Von Rico Bandle und Rainer Eder (Bild)*

Es ist Mitternacht im Flughafen Zürich, ein paar gestrandete Passagiere dösen in den Sesseln in der riesigen Halle hinter der Passkontrolle, entfernt ist das Dröhnen einer Putzmaschine hörbar. Für Hannes Schmid und seine Mitarbeiter beginnt jetzt die Arbeit. Seit Tagen sind sie jede Nacht im Flughafen, bauen ihre gigantische Installation auf – um fünf Uhr, wenn sich der Raum wieder mit Passagieren füllt, müssen sie raus. Ein 500 Quadratmeter grosses Fotoplakat haben sie an der Glaswand zum Rollfeld hin aufgehängt, es ist das Herzstück eines mehrteiligen Kunstwerks in dem Gebäude. Mehr als fünf Millionen Menschen werden es in den nächsten Wochen zu Gesicht bekommen, einige tausend werden die parallel laufende Retrospektive im Kunstmuseum Bern besuchen.

Hannes Schmid, der Fotograf, der Rockstars wie Freddie Mercury oder Mick Jagger ablichtete, der mit dem Marlboro-Cowboy eines der stärksten Motive der Werbegeschichte geprägt hat, der für einzelne Fotoshootings ein Budget von 20 Millionen Dollar zur Verfügung hatte, ist auf bestem Weg, selbst zu einem Popstar zu werden. Er tritt auf Podien neben internationalen Grössen wie Felix Nussbaumer oder Niki Lauda auf. Er sei der Mann, der «einen Schritt weiter» gehe, «wo andere an Grenzen gelangen», heisst es in dem in Hollywood-Manier produzierten Trailer zu seiner aktuellen Ausstellung. Das mag etwas gar dick aufgetragen wirken – wenn man sein Leben nicht kennt.

Aufgewachsen ist Hans-Rudolf Schmid in einer einfachen Familie im Toggenburg, der Vater war Bäcker, die Mutter Marktfahrerin. Einen Teil seiner Kindheit verbrachte er auf den Jahrmärkten der Region, was dem Jungen gefiel, viel besser jedenfalls als die Schule, die er mehr schlecht als recht hinter sich brachte. Für ihn galt schon damals: Das Leben muss erlebt und nicht aus Büchern gelernt werden. Anfang zwanzig wanderte er nach Südafrika aus, der Staat suchte in Europa nach Handwerkern, bezahlte gar den Flug. Fast beiläufig gelangen ihm in Kapstadt die ersten spektakulären Fotos. In einem Schwarzenquartier, das selbst der Polizei zu gefährlich war, fotografierte er die Bewohner vor ihren Hütten, besuchte sie immer wieder, freundete sich mit ihnen an. Hier kam ihm sein Wesenszug zugute, der ihm im Verlauf seiner ganzen Karriere die Türen zu interessanten Menschen rund um den Globus geöffnet hat: seine gewinnende Art, seine

Fähigkeit, mit fremden Menschen umgehend Vertrautheit zu schaffen.

Schmid's Projekte bauten fast immer auf ein langfristiges, oft mehrjähriges Vertrauensverhältnis. Ob er in Westpapua auf einen Kannibalenstamm traf und dort mehrere Monate mit ihm lebte, mit dem CEO eines grossen Tabakkonzerns ein millionenteures Projekt besprach, in Afrika und Asien das Leben der Ärmsten fotografierte, wenn er mit Rockstars von Abba bis Frank Zappa wochenlang mitreiste, als wäre er Teil der Band – immer fügte er sich in das jeweilige Umfeld ein, wurde selbst Teil von ihm.

Fünfehn Motoren verbrannt

Egal, was er macht, Schmid ist immer auf der Suche nach der Terra incognita, dem unentdeckten Gebiet, und wenn es dieses nicht gibt, so inszeniert er es. 1999 machte er im Everest-Basislager auf über 5000 Meter bei minus 20 Grad ein Modeshooting. Es gelang ihm nur ein einziges Bild, da das Model nach einem Sprung erschöpft liegen blieb. Im selben Jahr liess er ein anderes Model auf einem von 250 Elefanten in einem indischen Nationalpark posieren. 2006 erstellte er auf einem Salzsee in Utah den Formel-1-Geschwindigkeits-Weltrekord über eine Meile – um die PR-Aktion für BAR-Honda durchzuziehen, wurden 15 Motoren verbrannt, jeder über eine Million Dollar wert. Zuvor hatte er einen Boliden von Jacques Villeneuve für ein Shooting im Swimmingpool versenkt.

Schmid macht keinen Unterschied zwischen einem kommerziellen Projekt oder einer monatelangen Reise in entlegene Gebiete, die er aus eigenem Antrieb unternimmt. «Es geht mir um die Vision», sagt er. Darum sieht er sich auch nicht als Abenteurer. «Bei mir ist alles genau durchgeplant, ob bei einem Formel-1-Film oder bei einer Expedition. Das Projekt hier im Flughafen unterscheidet sich in dieser Hinsicht gar nicht gross vom Formel-1-Weltrekord auf dem Salzsee: Ich habe eine Idee und gebe dann alles daran, sie perfekt umzusetzen.»

Wie viel Geld die aufwendigen Flughafen-Installationen kosten, will Schmid nicht verraten. Nur, dass er die Hälfte aus eigener Tasche bezahlt, die andere Hälfte übernehmen Sponsoren und das Kunstmuseum Bern. Er habe das Geld, das er in der Werbung verdient habe, immer schon hauptsächlich in eigene Projekte gesteckt. Bezeichnend für Schmid ist auch, dass er für das 500-Quadratmeter-Kunstwerk



«Es reicht, wenn man irritiert ist»: Schmid vor

nicht eines seiner sofort erkennbaren Motive wie den Marlboro-Cowboy wählte, sondern ein eher schwieriges Bild, das ohne Kontextwissen nicht verständlich ist. Auf dem Plakat sind 200 rote Plastikstühle abgebildet, die Projektion darauf zeigt verschwommen zwei sich bewegende chinesische Schauspieler in traditioneller Aufmachung. Verstehen das die Flugpassagiere? «Man muss das nicht verstehen, es reicht, wenn man irritiert ist», sagt er. «Die Projektion strahlt eine grosse Ruhe aus in dem hektischen Umfeld.»

Nimmt man sich die Zeit und betrachtet die kleinen, mit Kalligrafien versehenen Bilder, die im Flur der Abflughalle aufgestellt sind, so eröffnet sich einem erst der Hintergrund dieser rätselhaften Installation. Bei den projizierten Schauspielern handelt es sich um die Darsteller einer rituellen chinesischen Strassenoper, die Schmid 1998 in Singapur entdeckt hat. Das spirituelle Theater spielte vor mehreren hundert leeren Stühlen. Für irdische Zuschauer war das Spektakel verboten, nur Geister und Götter sollten zusehen. Schmid schaffte es einmal mehr, mit seiner Beharrlichkeit und Menschenkenntnis das Vertrauen zu gewinnen, freun-



seinem 500 Quadratmeter grossen Fotoplakat im Flughafen Zürich.

dete sich mit Ensemblemitgliedern an. Nach vier Jahren durfte er erstmals fotografieren, nach sieben Jahren filmen. Es sind vielleicht die einzigen Aufnahmen einer 700-jährigen Kunstform, die mittlerweile ausgestorben ist. «Maos Kulturrevolution hat die meisten Gruppen ausgelöscht. Die von mir begleitete Compagnie war wohl die letzte aktive, 2007 hat sie sich aufgelöst», sagt Schmid.

Geschwindigkeits-Weltrekord in Zeitlupe

Den verborgenen Zauber dieses Theaters bringt Schmid nun grossformatig in den Flughafen. Dorthin, wo rundherum Werbeflächen Luxusprodukte anpreisen – der grösstmögliche Kontrast zur altchinesischen Glaubenswelt. Für Schmid ist das kein Problem. Im Gegenteil. Der Flughafen sei ein Symbol für den globalen Austausch. Die chinesische Kultur habe viel früher ihre Spuren in Europa hinterlassen, am offensichtlichsten im Appenzellerland, wo zum Beispiel das chinesische Hackbrett via osteuropäische Zigeuner hingefunden habe.

Eine zweite Installation hat Schmid in der Halle gleich über dem Flughafenbahnhof angebracht. Die neun Projektionen widmen sich

der Formel 1, allerdings in einer entschleunigten Form. Das in Weltrekordgeschwindigkeit fahrende Auto wird in Superzeitlupe auf die durchschimmernden Flächen projiziert.

In der Retrospektive im Kunstmuseum Bern sind die meisten Fotografien im Grossformat aufgezogen. Spätestens da zeigt sich: Schmid's Beharrlichkeit und Grosszügigkeit im Denken vereint sich mit einem ausserordentlichen Blick für den richtigen Ausschnitt, den perfekten Lichteinwurf. «Seine Begabung bezüglich des Bilds ist vergleichbar mit dem absoluten Musikgehör eines Pianisten», sagt Museumsdirektor Matthias Frehner. Schmid glaubt, dass diese Fähigkeit mit der Digitalfotografie verlorengelange: «Als ich monatelang in Afrika und Asien unterwegs war, schickte ich die Filme nach Hause, gesehen habe ich die Bilder ein halbes Jahr oder länger nicht. Ich musste meinem Blick vertrauen; heute ist das nicht mehr nötig, man drückt einfach hundertmal ab und schaut auf dem Monitor, ob ein Bild gelungen ist.» Noch heute fotografiere er ausschliesslich analog. «Digitalfotografie ist für mich gar keine Fotografie, man sollte dafür einen anderen Namen finden, zum Beispiel Digigrafie.»

Ein Nostalgiker ist Schmid aber keineswegs. Die Ausstellung in Bern hat er digital nachbauen lassen, die App dazu kann man kostenlos herunterladen. «Das Museum ist etwas Statisches, eine alte Form der Kunstvermittlung. Ich möchte aber möglichst viele Leute erreichen, auch junge.» Er kann sich den Luxus leisten, die App zu verschenken und – noch erstaunlicher – die Urheberrechte all seiner Bilder dazu. «Im Internet ist das Urheberrecht ohnehin nicht haltbar, soll doch jeder meine Werke benutzen, wofür er will.» Er sagt das keineswegs resigniert oder verärgert. Schliesslich hat erst der US-Starkünstler Richard Prince, der in den 1980er Jahren seine Marlboro-Bilder ungefragt kopierte und für Millionen von Dollar verkaufte, ihn darauf gebracht, dass seine Fotos in einem künstlerischen Umfeld ihre Wirkung entfalten. «Ohne ihn wäre ich nicht da, wo ich jetzt bin», sagt er. Besitzstandswahrung interessiert ihn ohnehin nicht. Sein Kapital sind seine Ideen, von denen noch immer Dutzende in seinem Kopf herumschwirren.

Hannes Schmid: «Real Stories», Kunstmuseum Bern, bis 21. Juli; Flughafen Zürich, bis 24. April. Zur Ausstellung gehören auch 1200 Plakate im öffentlichen Raum.

Des Namens grosse Last

Andreas Reinhart, Erbe der einst stolzen Winterthurer Welthandelsfirma Volkart, hat die Familientradition beerdigt und mit Investments eine unglückliche Hand gehabt. Trotzdem blickt er heute gelassen auf seine Zeit als Firmenchef und Unternehmer zurück. *Von René Lüchinger*

Durch die Hände von Andreas Reinhart sind schon viele Firmenbeteiligungen gegangen. Geschäfte im Baumwoll- und Kaffeehandel etwa: weltumspannend. Der Suhrkamp-Verlag: eine Ikone des Geschriebenen. Die BZ Bank des Martin Ebner: geburtshelfend. Das heute börsenkotierte VZ Vermögenszentrum. Die zeitgeistige Zürcher Gastro-Kette «Back & Brau». Der ehrwürdige Samen Mauser. Alles weg, seinen feingliedrigen Händen entglitten.

«So verspielte ich meine Millionen», titelte kürzlich der *Blick*. «Als Kunstfreund verschenkt er viele Millionen. Den Rest versenkt er als Geschäftsmann.» Eigentlich hat sich Andreas Reinhart aus seinem vergangenen Leben als Unternehmer längst verabschiedet, der 68-Jährige Jahre lebt heute zufrieden mit sich und der Welt mehrheitlich in Italien. Aber die Reduktion seines unternehmerischen Wirkens auf ein paar Schlagzeilen empfindet er als unfair.

Dem Spross der Winterthurer Reinhart-Dynastie, einst stolze Besitzerin des Handelshauses Volkart, haftet der Ruch an, er habe in fünfter Generation das Erbe seiner Väter und Vorväter verspielt. Auch das wurmt ihn noch heute. «Ich», sagt er, «habe ausser einem fünfzehnprozentigen Anteil an Volkart nichts geerbt. Sondern meinen Cousinen und Cousins Volkart zu grossen Teilen abgekauft und alle dafür notwendigen Bankkredite zurückbezahlt.» Jetzt ist ein 500-Seiten-Wälzer – «Die Fäden des globalen Marktes» – über die «Handelsfirma Gebrüder Volkart» erschienen, der seine Zeit in der Firma auf anderthalb Seiten abhandelt.

Für Andreas Reinhart liegt dies nahe an Geschichtsklitterung, zumal der schreibende Historiker Christof Dejung nicht einmal mit ihm gesprochen hat. Dieser schreibt über Volkart: «Ein Schweizer Unternehmen konnte bei seiner Tätigkeit im Ausland in der Regel auf keine Unterstützung durch die eigene Regierung hoffen. Der Erfolg im internationalen Handelsgeschäft beruhte deshalb nicht auf staatlicher Protektion, sondern hatte in erster Linie unternehmerische Gründe.» Dass der als Letzter bei Volkart unternehmerisch tätige Reinhart bei dieser historischen Aufarbeitung praktisch unsichtbar, seine Motivation für die Aufgabe der Handelstätigkeit unerwähnt bleibt, trübt den Blick aufs Ganze.

«Winterthur and Bombay»

Die Geschichte beginnt 1844. Ein Kaufmann namens Salomon Volkart, der Ururgrossvater



«Echte Leidenschaft»: Andreas Reinhart.

von Andreas Reinhart, verlässt seinen Heimatort Niederglatt im Zürcher Unterland und tritt eine Reise an, die ihn über Neapel, Konstantinopel und Kairo schliesslich bis nach Indien führt. Er tut dies nicht zum Plaisir, sondern im Auftrag von heimischen Seidenhändlern, Färbereien oder Baumwollspinnereien, die neue Absatzmärkte für ihre Erzeugnisse suchen. «Volkarts Indienreise», schreibt Historiker Dejung, «ist ein frappanter Beweis für die Weltmarktorientierung der damaligen Schweizer Textilindustrie.»

Drei Jahre später zieht es auch Volkarts jüngeren Bruder Johann Georg in die Ferne. Die-

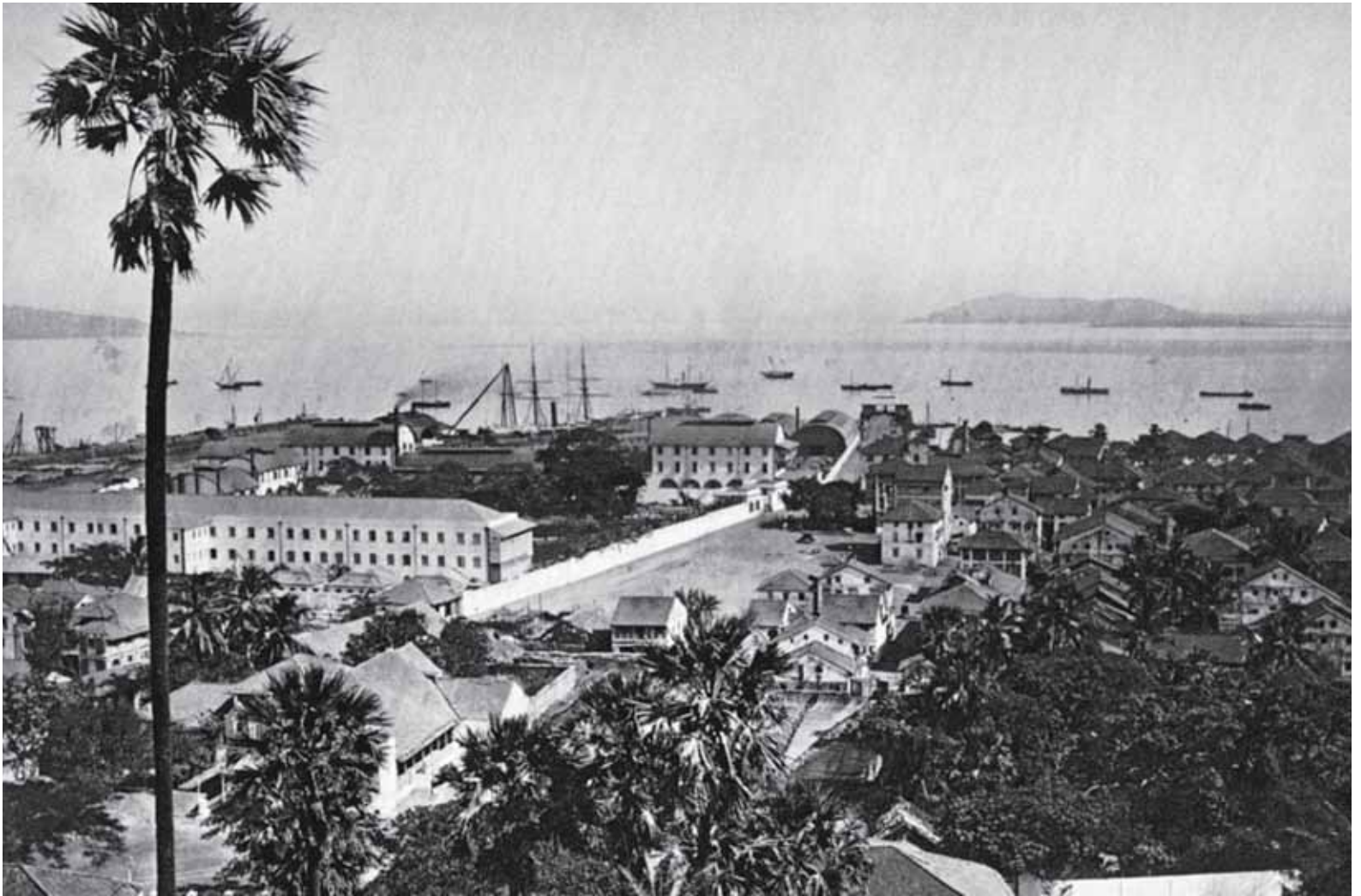
ser lässt sich in Bombay (heute Mumbai) nieder und betätigt sich als Baumwolleneinkäufer bei einem deutschen Handelshaus. Als dieses dichtmacht, steht Volkart der Jüngere weit weg von der Heimat ohne Job da – und so beschliesst er, zusammen mit seinem grossen Bruder ein eigenes Handelshaus zu eröffnen: die «Volkart Brothers, Winterthur and Bombay». Sie tauschen indischen Tee, Kaffee, Gewürze oder Kautschuk gegen europäische Seife, Streichhölzer oder Papier und ziehen so eine rege Handelstätigkeit zwischen dem alten Europa und dem asiatischen Subkontinent auf.

Erstmals schickt Johann Georg Volkart – er führt die Geschäfte in Bombay – im Jahre 1851 sieben Ballen Baumwolle in die Heimat, während sein Bruder in Winterthur noch ganz anderen Aktivitäten frönt. Dieser ist dabei, als dort die Bank in Winterthur gegründet wird, die später zur Schweizerischen Bankgesellschaft (SBG) werden wird – der heutigen UBS. Er sitzt im Verwaltungsrat der Vereinigten Schweizerbahnen, einer Vorläuferin der SBB, ist Mitgründer der Schweizerischen Unfallversicherungsgesellschaft, einer Vorläuferin der Suva, und politisiert als liberaler Zürcher Gross- und Kantonsrat.

Der Zauber des Welthandels

Derweil entwickelt sich Bombay zum bedeutendsten Hafen Südasiens und zum wichtigsten Umschlagplatz für Baumwolle – ein Geschäft, welches auch die Volkarts forcieren. Bereits in den 1890er Jahren sind die Winterthurer der drittgrösste Baumwollhändler Indiens. Die Eröffnung des Suezkanals 1869 halbiert zudem die Reisezeit nach Europa auf zwei Monate, und das erste Telefonkabel zwischen England – Volkart besitzt bereits ein Office in London – und Indien beschleunigt die Kommunikation im gleichen Masse.

Trotz des geschäftlichen Erfolgs hängt in Winterthur der Familiensegen schief. Der Grund: Mit der zweiten Generation tritt auch der promovierte Jurist Theodor Reinhart als Teilhaber in die Firma ein – er ist mit der einzigen Tochter des Gründers Salomon Volkart verheiratet und geschäftlich derart tüchtig, dass er «zum führenden Kopf der Firma» aufsteigt. Das goutieren die verbliebenen Volkarts keineswegs, es kommt zu solchen Spannungen, «dass eine Auflösung der Teilhaberschaft bevorstand, wodurch die Firma liquidiert worden wäre und an ihrer Stelle zwei Konkur-



Weltmarktorientierung: Im indischen Bombay fing die Geschichte des Handelshauses Volkart an.



«Geruch nach Bodenwischse»: Volkart-Stammhaus in Winterthur.



Führender Kopf: Theodor Reinhart und Lilly Volkart mit ihren Kindern.

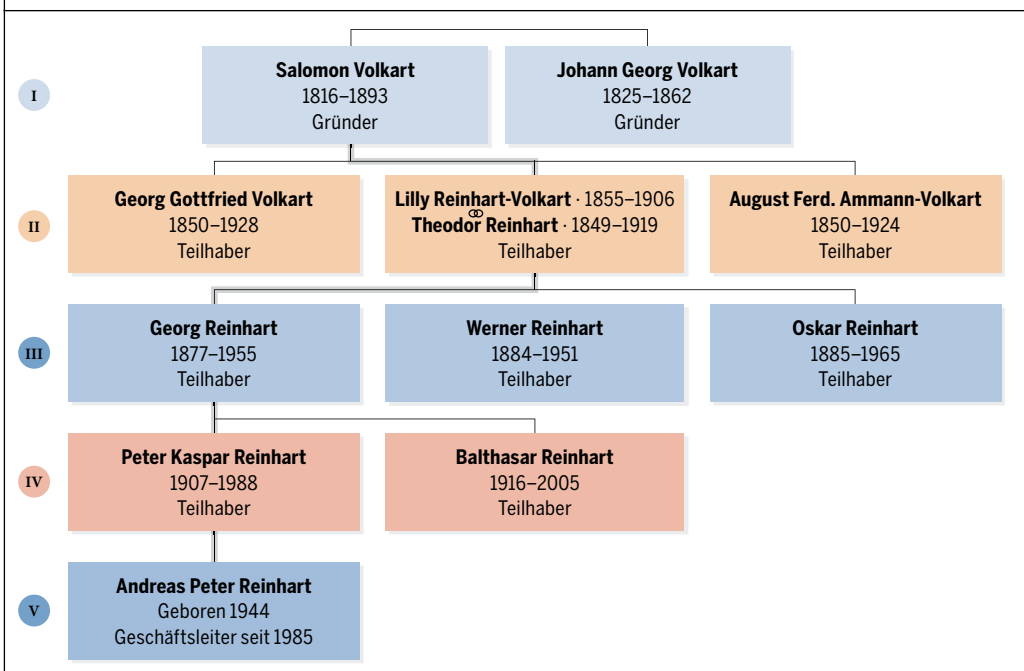


Baumwolle für die Heimat: Volkart-Schiff, 1854.

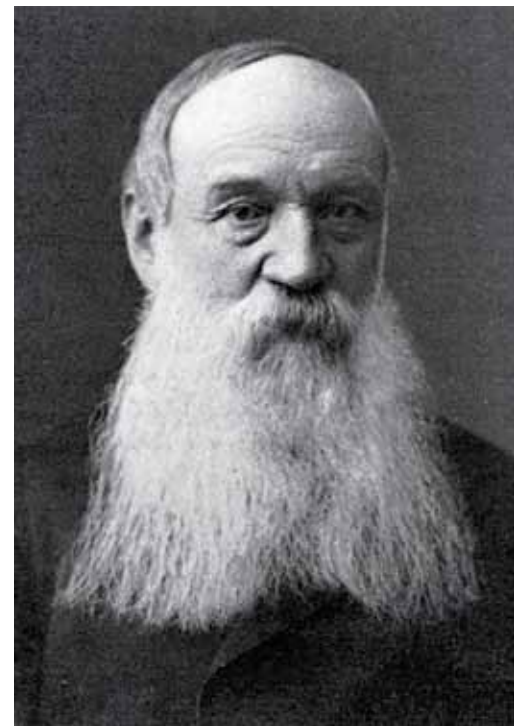


Geschäftlicher Erfolg: Kontor der Volkart Brothers in Karatschi, 1903.

Die Volkarts und Reinharts: Aktive Teilhaber aus fünf Generationen



Im Zauber des Welthandels: Stammbaum der Volkart-Teilhaber.



Von Niederglatt nach Indien: Salomon Volkart.

renzfirmen getreten wären», schreibt ein Beteiligter in seinem Tagebuch. Nur knapp wird der Exitus verhindert. Kurz vor dem Ersten Weltkrieg jedoch können die Reinharts, diesmal ohne weiteren innerfamiliären Zwist, das Zepter in der Firma ganz übernehmen. Die männlichen Volkarts waren schlicht ausgestorben.

Es ist eine stattliche Firma: Im Jahre 1926, beim 75-Jahr-Jubiläum, beschäftigt Volkart weltweit 7600 Personen, betreibt ein knappes Dutzend Niederlassungen von London über Bremen, Bombay bis nach Singapur, und in Winterthur residiert das Unternehmen inzwischen im imposanten Rundbau am Georgenplatz. Es repräsentiert zu Stein gewordene Geschäftstüchtigkeit, und Andreas Reinhart hat noch heute den «Geruch nach Bodenwische in der Nase», wie er sagt, «der im «Bonus-Mausoleum» vorherrschte».

Der Name zollt dem im Stammhaus grosszügig verbauten Marmor Tribut, in welchem damals die Kassen – oder eben die Boni – geklingelt haben. Kein Wunder: Volkart gehörte im Baumwoll- wie auch im Kaffeehandel zu den bedeutendsten Unternehmen der Welt.

In der vierten Generation ist Peter Reinhart, Andreas' Vater, «unumstrittener Chef», wie es in den Annalen heisst, und sitzt in prominenten Verwaltungsräten wie bei Nestlé, Swissair oder der Schweizerischen Bankgesellschaft. Es ist wie so oft bei charismatischen Führungspersönlichkeiten in Familiengesellschaften: Nach Gestalten im Licht droht der lange Schatten, aus dem kein Nachfahre mehr hervorzutreten droht. Im Falle von Volkart kommt hinzu: Die Söhne aus der nachfolgenden fünften Generation zieht es nicht wirklich in die Firma. Keinen, ausser einem: Andreas Reinhart.

Dem Zauber des Welthandels verfällt dieser Mitte der 1960er Jahre, als er als Neunzehnjähriger während einer Indienreise in Bombay als Sohn des Besitzers empfangen wird. Er weiss auch um das ungeschriebene Gesetz in der Familie: Einer aus der nachrückenden Generation muss übernehmen. So war das immer, und so ist das bei Andreas Reinhart eben gerade nicht. «Ich bin freiwillig in die Firma gegangen», sagt er.

Und darauf bereitet er sich vor. An der HSG studiert er, bei der UBS in Lausanne und der US-Investmentbank J.P. Morgan in New York erlernt er den Devisenhandel und besucht nebenbei Kurse in Harvard. Der Devisenhandel ist eine dem Kaffeehandel durchaus artverwandte Tätigkeit, und in diesen steigt er bei Volkart in Japan ein, entwickelt «echte Leidenschaft» für dieses Naturprodukt, wie er sagt. In Amerika ist aus dem Reinhart-Sprössling jedoch auch ein aggressiver Trader geworden, der diesen Habitus auch in die ehrwürdige Volkart-Zentrale hineinbringen will, als der Vater, inzwischen in den Siebzigern, dem Sohn 1980 signalisiert, nun sei es Zeit, heimzukommen und die Nachfolge anzutreten.

Das Unglück in Brasilien

Dort angekommen, entdeckt Andreas Reinhart Spuren des Zerfalls. Der einst omnipotente Vater ist in die Jahre gekommen, weit weg vom Tagesgeschäft, und auch als Verwaltungsratspräsident will er zurücktreten. In dieses Machtvakuum stossen zunehmend selbstherrliche Volkart-Manager, die draussen in den Märkten ihrem Eigenleben frönen, und erstmals in der Volkart-Geschichte sitzt auch im Präsidium ein Familienfremder. Die Firma sei «eigentlich führungslos» gewesen, sagt

Andreas Reinhart heute, das Kapital verteilt auf zwei Reinhart-Familienstämme, und er selber hatte zu dieser Zeit lediglich rund ein Sechstel der Volkart-Aktien von seinem Vater geerbt.

In dieser unübersichtlichen Situation will Andreas Reinhart Ordnung schaffen, und er tut es frisch, mit einer gehörigen Portion jugendlicher Ungeduld. «In zwei Jahren», verkündet er dem verdutzten Verwaltungsrat, «will ich Chef sein in diesem Laden.» Der 37-jährige Youngster pokert hoch, zu hoch, und wird, als auch die schützende Hand des Vaters nicht mehr da ist, als letzter Reinhart selber aus der Firma hinausspediert. Um die gleiche Zeit zettelt ein ähnlich junger Typ bei der ehrwürdigen Zürcher Privatbank Vontobel einen ähnlichen Machtkampf gegen das Establishment in der Bank an und erlebt das gleiche Waterloo wie Reinhart: Auch Martin Ebner wird aus der Firma hinausgeworfen.

Reinhart wie Ebner sind Verwandte im Geiste: Beide sind jung, beide Trader-Typen, beide ausgestattet mit einem Anti-Establishment-Reflex. Reinhart kennt Ebner, denn Volkart ist Kunde bei Vontobel, und als dieser seine BZ Bank gründet, steigt Andreas Reinhart mit vierzig Prozent ein. «Greedy times» (gierige Zeiten), sagt dieser heute, seien dies gewesen. Martin Ebner ist es auch, der ihm sagt: «Du, Andreas Reinhart, musst die Firma übernehmen, sonst geht sie zugrunde.»

In der Analyse mag das richtig sein, praktisch stellt dies ein kniffliges Unterfangen dar: Fünfzig Prozent der Aktien liegen noch immer in den Händen von Balthasar Reinhart, dem Bruder des Vaters, während dieser seinen hälftigen Anteil bereits an seine drei Kinder übergeben hat. Wie also soll Andreas Reinhart es

bewerkstelligen, all diese Aktien in seinen Besitz zu überführen? Und vor allem: Wie soll er einen solchen Deal ohne eigenes Geld finanzieren?

Verpfändete Aktienmehrheit

Er wählt den unpräzisen Weg, verkündet den Aktionären aus der Familie: Er wolle die Firma übernehmen, und der Gesamtwert der Volkart betrage 150 Millionen Franken. Die Cousins jedoch wittern selber eine Chance, verbünden sich mit einigen Verwaltungsräten gegen Andreas Reinhart und dessen loyales Management, wollen Volkart nun selber übernehmen. Ein gordischer Knoten, den Andreas Reinhart mit zwei präzisen Schlägen durchtrennt. Beim Bankverein Winterthur erhält er gegen die Verpfändung sämtlicher Volkart-Aktien einen Kredit über hundert Millionen Franken zum Zins von fünf Prozent. Und seinen Onkel Balthasar, der über die Kaufabsichten seiner Kinder keine Details kennt, überzeugt er an einem Freitagabend im Jahr 1985, ihm sein Fünfzig-Prozent-Paket für 75 Millionen Franken zu verkaufen, statt dieses den Kindern zu vererben, die bislang an der Firma schliesslich null Interesse gezeigt hatten.

Als er nach jenem Wochenende wieder vor seine Cousins tritt, hat sich die Situation grundlegend verändert. Andreas Reinhart besitzt nun eine stattliche Aktienmehrheit an

Für Andreas Reinhart muss dies ein traumatisches Erlebnis gewesen sein. Ihm wird klar, dass er «etwas Verrücktes getan» hatte, wie er heute sagt. Zweifel beschleichen ihn, ob er die Millionenkredite je würde zurückzahlen können. Die Sorge ist berechtigt. Der Handel mit Kaffee und insbesondere auch mit Baumwolle war ursprünglich einmal dank jahrelang aufgebauter persönlicher Beziehungen in den Anbauländern und den daraus resultierenden Exklusivinformationen über Anbaumengen, Qualität und Preise für Familienunternehmen wie Volkart lukrativ gewesen. Das ist lange her.

In der Gegenwart ist der Rohstoffhandel hochspekulativ und damit risikoreich – ein paar Fehler im Trading können eine Firma wie Volkart praktisch über Nacht ruinieren.

Der Trader Andreas Reinhart kapituliert auch vor der Tatsache, dass exklusive Informationen in einer immer transparenter werdenden Welt keinen Wettbewerbsvorteil mehr darstellen und stattdessen immer stärker «Korruption, Erpressung und Schmiergelder» die Szene beherrschen, wie er einmal in einem Interview sagt. Deshalb steigt er aus dem Kaffeehandel aus, verkauft diesen im Jahre 1989 an den Winterthurer Autohändler Hugo Erb, der im Kaffeehandel seinen Spieltrieb als Spekulant ausleben will. Später verkauft Andreas Reinhart auch die letzten Reste des Baumwollgeschäfts.

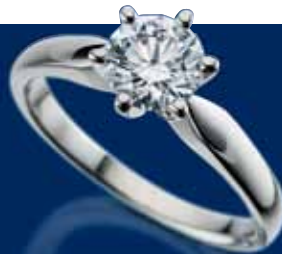
grossen unternehmerischen Vergangenheit und steht vor der Frage, welchen Beitrag er selber zur glanzvollen Historie der Unternehmerdynastie noch leisten kann, jetzt, wo die meisten unternehmerischen Assets verkauft sind.

Er begibt sich, wie viele mit vergleichbarer Herkunft, auf den Pfad persönlicher Sinnsuche, auf dem das genuin Unternehmerische immer weniger Raum einnimmt. Viele Investments beginnt er, nur wenige bringt er erfolgreich zu Ende. Zwischenzeitlich sieht er in Russland das Indien des 21. Jahrhunderts, investiert dort mit mässiger Fortune, aber immerhin kommt es im Winterthurer Schloss Wülflingen zu einem Zusammentreffen mit dem Bürgermeister von St. Petersburg, der zwei seiner engen Mitarbeiter mitbringt. Wladimir Putin heisst der eine, Dmitri Medwedew der andere. Im Jahre 1997, als sein grosser Bruder George Reinhart überraschend stirbt, trennt er sich von allen seinen verbliebenen unternehmerischen Aktivitäten. Es scheint, als wäre dies ein Mahnmal für den eigenen Lebenswandel, ein Imperativ, dem Monopoly um Firmen und Moneten zu entsagen.

Manches Mal, von weiter Ferne, dringen Ausläufer seines Vorlebens noch bis zu ihm durch. Zum Beispiel, wenn heute von einer Verlegerwitwe und einem Investor mit harten Bandagen um den Suhrkamp-Verlag gestrit-

Added value für
Ihr Going Public

made by Gübelin.




GÜBELIN
JUWELEN • UHREN

Volkart; nur sein Bruder George ist mit seinen geerbten fünfzehn Prozent noch mit von der Partie, und auch Ebner steigt mit zehn Prozent ein, nimmt auch Einsitz im Verwaltungsrat. Andererseits: Andreas Reinhart hat jetzt hundert Millionen Franken Bankschulden, die er mit fünf Prozent verzinsen muss, und er weiss, dass die Dividenden dafür niemals ausreichen. Und er sitzt auf einem zwar voluminösen, aber äusserst volatilen Geschäft im Kaffee- und Baumwollhandel, welches von Fernost bis Südamerika reicht. Und vor allem: Er ist jetzt allein für diesen Tanker namens Volkart verantwortlich und ein Stück weit auch seinen Managern draussen in den Märkten ausgeliefert.

Schon wenige Wochen nach der Übernahme verunglückt in Brasilien ein Währungsgeschäft im Kaffeehandel – es resultiert ein Verlust von 20 Millionen Franken, die grösste einzelne Minusposition in der Geschichte von Volkart.

Zur Schuldentilgung reicht beides freilich nicht aus, die Preise im Rohstoffhandel liegen im Keller. Mit stattlichem Gewinn verkauft er jedoch seine Beteiligung an Ebners BZ Bank sowie ein firmeneigenes Grundstück an bester Lage in Japan. Er kann dadurch seine Bankkredite zurückzahlen, zerschlägt, wenn man so will, ein im jugendlichen Übermut eingegangenes finanzielles Joch, welches ihm das Genick zu brechen drohte.

Putin auf Schloss Wülflingen

Er ist jetzt, Anfang der 1990er Jahre, noch nicht einmal fünfzig Jahre alt. Er hat etwas Geld in der Kasse – mehrheitlich nicht Ererbtes, sondern hauptsächlich selbst Erarbeitetes –, er hat sich befreit von der Familienfirma und spürt noch Tatendrang. Andreas Reinhart steckt aber auch im Dilemma zahlreicher Sprösslinge aus traditionsreichen Unternehmerfamilien. Er lebt im Bewusstsein einer

ten wird. Sein Vater Peter Reinhart hat bei der Gründung im Jahre 1950 als Fünfzig-Prozent-Aktionär Pate gestanden, und er selber hatte die Anteile über fünf Jahrzehnte später an den nun Streitenden Hans Barlach veräussert.

Auch das berührt Andreas Reinhart nicht mehr. Er hat für sich die Bilanz seines Lebens gemacht: Es hat eine Zeit gegeben, als er ein grosses Rad drehen wollte. Ein zu grosses vielleicht. Und dann gab es eine Zeit, in der das Aussen, das Äusserliche auch, nicht mehr wichtig war – ein gescheiterter Unternehmer ist er deshalb nicht, findet er. Sagt's, schultert seinen Rucksack und fährt zurück nach Italien. Im Zug.

Christof Dejung: Die Fäden des globalen Marktes. Eine Sozial- und Kulturgeschichte am Beispiel der Handelsfirma Gebrüder Volkart 185-1999. Böhlau. 516 S., Fr. 78.30.

Walter H. Rambousek et al.: Volkart. Die Geschichte einer Welthandelsfirma. Insel, 1990

Trommler und Trompeter

Alle Frauen wollen ins Fernsehen, und die Männer wollen Live-Kommentatoren werden. Leider fehlt den meisten dazu das nötige Talent. Denn was bei Lionel Messi das Ballgefühl, ist für Sportreporter und Moderatorinnen der perfekte Umgang mit der Sprache. *Von Bernard Thurnheer*



Unentwirrbare Fallstricke: Presstribüne im Basler St. Jakob mit Bernard Thurnheer (oben, 3. v.r.).

Früher wollten alle in den Himmel, heute wollen alle ins Fernsehen. Junge Frauen, namentlich die zwanzig Bestklassierten der jährlich wiederkehrenden Miss-Schweiz-Wahlen, sehen sich als Moderatorinnen einer Sendung (welcher, ist eigentlich egal). Junge Männer, darunter fast alle Fussballfans, haben ein ganz anderes Ziel: Live-Kommentatoren möchten sie werden. Wieso glauben sie, dass sie dafür geeignet sind? «Ich kann schnell und viel reden, ich sehe praktisch alle Fussballsendungen, die es so gibt, ich kann emotional werden, ich kenne alle Resultate der verschiedenen Wettbewerbe auswendig, und überhaupt komme ich im Fussball einfach *schampar* draus.» Sind dies wirklich die relevanten Kriterien?

Das Werkzeug des Spielers ist der Ball, dasjenige des Reporters die Sprache. Dem Ballgefühl des Fussballers entspricht das Sprachgefühl des Kommentators. Auch er sieht sich

laufend mit nicht vorhersehbaren Situationen konfrontiert, was denn auch den Reiz seines Tuns ausmacht. Dem Spieler, der den Ball nicht stoppen kann, entspricht der Akkusativfehler. Je mehr Varianten und Tricks einer auf dem Rasen draufhat, desto besser ist er. Dies entspricht hinter dem Mikrophon einem möglichst grossen Wortschatz, der weit über die gängigen Fachausdrücke hinausreichen sollte.

Bild schlägt Ton

Der gute Live-Kommentator übernimmt nicht etwa stehende Wendungen, die er bei seinen Kollegen abgekupfert hat («ein tückischer Aufsetzer», «hier wird eine erste Duftmarke gesetzt»), sondern er hat für jede Spielsituation verschiedene Ausdrucksmöglichkeiten zur Verfügung. Er wählt dann die im Einzelfall Passendste aus und entscheidet sich, wenn immer möglich, gegen das Stereotyp. Natürlich

kennt der gute Berichterstatter die Regeln, er kennt die Spieler, und er hat sich über alle Zusammenhänge informiert.

Ich habe noch nie jemanden gehört, der sich darüber beklagt hat, dass ihm der Reporter wichtige Informationen vorenthalten hat. Dass die Kommentatoren jedoch fast alle viel zu viel reden, ist einer der häufigsten Kritikpunkte. Die ideale Sprechdichte lässt sich aber nicht in Silben pro Minute messen, hier spielen ganz andere Dinge eine Rolle.

Das Wichtigste an einer Fussballübertragung ist das Bild. Der Kommentar ist dann gut, wenn er das Sichtbare ergänzt. Alles, was gesagt wird, muss im Zusammenhang stehen mit dem, was gerade auf dem Bildschirm zu sehen ist. Das revolutionäre neue Juniorenförderungssystem des Vereins interessiert niemanden, wenn sich im Strafraum aufregende Szenen abspielen. Das Gefühl, dass zu viel geredet wird, entsteht also immer dann, wenn über etwas ganz anderes gesprochen wird, als im Bild zu sehen ist. Das Bild schlägt den Ton. Immer! Das geht so weit, dass ein falscher grafischer Einblender (zum Beispiel 0:1 statt 1:0) tendenziell eher geglaubt wird als die richtige Resultatdurchsage des Sprechers. Der Radioreporter sollte alles sagen, was er sieht. Der Fernsehreporter kann vieles sagen, nur eben gerade nicht das, was man sieht, denn das sehen die Leute zu Hause ja selber.

Was kann da der Live-Kommentator überhaupt noch sagen? Er benennt die Spieler, und er erklärt bei unübersichtlichen oder nicht ohne weiteres verständlichen Szenen, wieso hier gerade was gespielt wurde. Auch dies kann allerdings bereits zu viel sein. Der gute Live-Kommentator findet die richtige Balance zwischen Bevormundung und Im-Stich-Lassen des Zuschauers. Bevormundung: Er erklärt etwas, was die grosse Mehrheit sowieso schon weiss (bei einem Penalty beträgt die Distanz vom Punkt zum Tor elf Meter). Im-Stich-Lassen: Der Schiedsrichter annulliert ein Tor, wieso, ist völlig unklar, und ausgerechnet jetzt beschliesst der Reporter, für einige Augenblicke zu schweigen.

TV-Zuschauerinnen und -Zuschauer haben ein ganz unterschiedliches Vorwissen. Für wen soll also zum Beispiel ein Formel-1-Reporter kommentieren, für seinen Garagisten oder für seine Grossmutter? Alle tun es für den Garagisten, und dies ist eigentlich falsch, denn auf einen Auto-Experten schalten Hunderte von Omas ein. Allerdings häufen diese mit

ihrem jahrelangen Fernsehkonsum ebenfalls ein beachtliches Fachwissen an!

Beim Fussball als Publikumssportart Nummer eins darf man zweifellos mehr Wissen voraussetzen als zum Beispiel beim Curling. Was ein Penalty ist, weiss jeder, aber was ist ein Dreierhaus?

Während der neunzig Minuten eines Fussballspiels gibt es viele klare, aber auch einige undurchsichtige Szenen. Und neben den Topskorern, die jeder kennt, tummeln sich auch die Unscheinbaren im defensiven Mittelfeld. Messi, Ronaldo, Shaqiri brauchen eigentlich gar nie benannt zu werden, der Reporter hat im Gegenteil die schwierige Aufgabe, jene Spieler zu identifizieren, die auch er am wenigsten gut (er)kennt. Das ist der Dienst am Kunden, der von ihm verlangt wird!

Vom Buchhalter zum Künstler

In der Anfangszeit der Übertragungen war der Reporter noch für alles zuständig. Er stellte die Mannschaften vor, die Spieler, nannte die Verletzten, die Taktik, das Wetter, den Zustand des Terrains, die Ausgangslage und machte auch alle Interviews selber. Er bereitete alles, was schon in den Zeitungen stand, neu auf und präsentierte es nochmals auf seine Weise. Mit der Zeit nahm ihm ein Moderator im Stadion oder zu Hause einen Teil dieser Aufgaben ab, und heutzutage wird in Vorberichten und durch Studiogäste, Experten und Interviews schon alles abgehandelt, was es bis zum Anpfiff zu sagen gibt. Der Live-Kommentator kann und muss sich nur noch aufs reine Spiel konzentrieren. Umso wichtiger ist deshalb seine Tonalität geworden.

Der Kommentar verhält sich zum Spiel wie die Musik zu einem Film. Er passt, er untermauert, er verstärkt die Emotionen. Aber Achtung: Emotional bedeutet nicht einfach laut. Nur ein Schreien, das natürlich ist, sozusagen von Herzen kommt, ist eine Variante, mit welcher man auf ein besonders spektakuläres Tor, ein besonders brutales Foul oder den besonders ersehnten Schlusspfiff reagiert. Nicht jedes Meisterschaftsspiel ist ein WM-Final, und das Lob «Er macht aus jedem drittklassigen Kick eine grossartige Partie» ist zwar gut gemeint, aber falsch. Der gute Reporter holt hundert Prozent aus der Qualität des Spiels heraus, mehr ist nicht möglich. Alt Trainer Max Merkel sagte es einst drastisch: «Man kann aus Scheisse keine Schokolade machen.» Der Kommentator begleitet ein Werk, das andere schaffen, er steht nie selbst im Mittelpunkt. Gekünstelte Begeisterung, Selbstdarstellung und vorfabrizierte Sprüche werden vom Publikum in der Regel nicht goutiert. Der gute Reporter nimmt den Rhythmus des Spiels auf. Er behandelt seine Stimme wie ein Musikinstrument und setzt sie variantenreich ein: Er spricht mal laut, mal leise, mal schnell, mal langsam, es darf sich durchaus auch einmal ein



Ibrahimovics Fallrückzieher: EM 2012.



Zidanes Kopfstoss: WM-Finale 2006.



Schweiz besiegt Spanien: WM 2010.

Wortschwall über den Sender ergiessen, dann muss es aber auch wieder Ruhephasen geben. Auch mit bewusst gesetzten Pausen lässt sich eine gute Wirkung erzielen.

Im Moment gibt es für meinen Geschmack etwas gar viele Trommler, Posaunisten und Trompeter. Ein paar virtuose Violinisten oder Pianisten würden der Szene guttun.

Der Job des Live-Kommentators wird je nach Land ganz unterschiedlich interpretiert. Lange waren die Deutschen diejenigen, die mit grossem Abstand am wenigsten sagten, wohl noch als Folge des Zweiten Weltkrieges, man wollte ja nicht nationalistisch auffallen und marktschreierisch oder gar aggressiv wirken. Ausserdem siegte das Nationalteam andauernd, da war ein weiterer Erfolg auch gar nicht mehr weiter aufregend.

In den USA kommentieren immer gleich mehrere, und die Zuschauer werden andauernd mit allen möglichen Statistiken eingedeckt. In Frankreich und Italien kann man den Fernseh- vom Radiokommentar praktisch nicht unterscheiden, es wird pausenlos durchgeredet. Was ist mit der eisernen Grundregel, man solle nicht sagen, was ohnehin jeder sieht? «Wir haben das schon immer so gemacht», lautet die lakonische Antwort. Manche Sprecher tönen wie Kinder, die versuchen einen Erwachsenen nachzuahmen. Kein Wunder, denn genau so haben sie heimlich ihre ersten Tonträger besprochen.

Der Feind hört mit

Es gibt drei Dinge, die man nicht rückgängig machen kann: abgeschossene Pfeile, verpasste Gelegenheiten und gesagte Wörter. Zwei davon spielen auch hier eine Rolle. Dies macht die Aufgabe des Live-Kommentators so schwierig, aber auch so interessant. Ausserdem sind diese schwierigen Voraussetzungen auch allgemein bekannt – über Fehler wird deshalb meist grosszügig hinweggesehen. Es ist wie bei den Spielern auch: Nicht alles kann gelingen. So wie selbst Lionel Messi einmal einen Fehlpass spielt oder den Ball, alleine vor dem Tor, nur an den Pfosten setzt, so verwechselt der Reporter auch einmal zwei Spieler oder den Akkusativ mit dem Nominativ. Ist Messi deshalb ein schlechter Fussballer, der nach einer solchen Partie sofort zurücktreten sollte? Natürlich nicht. Bei den Live-Kommentatoren dagegen ist die Toleranz im Zeitalter der Frustrierten-Selbsthilfegruppen in den Internetforen drastisch gesunken. Oft springen dann auch noch seriöse Journalisten auf diesen Zug auf. Weshalb? Die meisten von ihnen wollten einst selber Live-Kommentatoren werden! Und – seien wir ehrlich – das Reporter-Runtermachen gehört zum lustvollen Fussballschauen am Fernsehen doch einfach dazu.

Bernard Thurnheer, 63, ist seit 37 Jahren einer der beliebtesten und erfolgreichsten Sportreporter, TV-Moderatoren und Showmaster der Schweiz.

Die «rote Gefahr» war real

Die Unterwanderung der Schweiz durch kommunistische Geheimdienste war wesentlich stärker als bisher angenommen. Die ostdeutsche Stasi konnte auf prominente Schweizer Informanten zählen. Besonders viele Freunde hatten die Ostspione beim Schweizer Radio und Fernsehen. *Von Erwin Bischof*



Deckname «Kröte»: «Tote Briefkästen» der Stasi (wie hier in Berlin) gab es auch in der Schweiz.

Im «Historischen Lexikon der Schweiz» kann man unter «Antikommunismus» heute noch nachlesen, die kommunistische Gefahr sei ein Mythos der bürgerlichen Politiker gewesen, somit eine Lüge. Verfasserin: Brigitte Studer, Geschichtspräsidentin an der Universität Bern.

Nach eingehenden Recherchen in zahlreichen Archiven, etwa im Stasi-Archiv in Berlin und im Aktenarchiv der Bundespolizei in Bern, kann man nachweisen, dass die Gefahr der Unterwanderung durch kommunistische Geheimdienste wesentlich stärker war als seinerzeit angenommen und eine Bedrohung für die Schweiz darstellte.

Zwar wusste man damals einiges durch heftige Diskussionen im Parlament und in den Medien, aber all jene, die mehr Detailkenntnisse hatten – wie der Bundesrat und die Bundespolizei sowie einzelne Gerichte, die Spione verurteilten –, gaben aus verständlichen Gründen keine genauen Informationen an die Öffentlichkeit weiter. Ausserdem waren damals die heute zugänglichen Akten der Nachrichtendienste streng geheim.

Da die Oststaaten technologisch einen beträchtlichen Rückstand auf die westlichen Länder aufwiesen, waren auch Firmen im Bereich der hochentwickelten Technologie im Visier der Spionage. In der Schweiz zum Beispiel

die Firma Sulzer in Winterthur. Hier gelang es der Stasi, das ostdeutsche Ehepaar Gisela und Hans-Günter Wolf alias Kälin einzuschleusen. Die beiden trugen die Decknamen «Vera» und «Vram», sie kehrten im August 1967 angeblich als Auslandschweizer in das Land ihrer Vorfahren zurück. Er war Ingenieur und erhielt eine Stelle bei Sulzer im Bereich Ablauforganisation, sie war Journalistin und arbeitete in der gleichen Firma in der PR-Abteilung. Während sechs Jahren berichteten sie regelmässig an ihren Führungsoffizier in Ostberlin über Betriebsgeheimnisse und über Persönlichkeiten der Firma und ihres privaten Umfeldes. Das Bundesgericht verurteilte beide zu je sieben Jahren Zuchthaus. Nach ihrer Freilassung kehrten sie in die DDR zurück und wurden als Helden gefeiert. Dies war der spektakulärste Fall von wirtschaftlicher Spionage im Kalten Krieg.

Die politische Spionage kam mit Abstand am häufigsten vor. Zielobjekte der Stasi waren Universitäten, Verwaltungen, Medien und kirchliche Organisationen wie «Glaube in der 2. Welt».

Da die Studentenschaften der Hochschulen zur Zeit des Kalten Krieges aktive marxistische Organisationen beherbergten, war das Feld für subversive Elemente gut vorbereitet. Hier spielten insbesondere die Progressiven

Organisationen der Schweiz (Poch), heute mehrheitlich in die Partei der Grünen integriert, eine wichtige Rolle. Die Poch bekannten sich in ihren Statuten zum Kommunismus. Ostdeutsche Spitzel waren auf Poch-Mitglieder wie Daniel Vischer, heute Nationalrat der Grünen, sowie den Zürcher Lokalpolitiker Niklaus Scherr angesetzt.

Lob für die positive Zusammenarbeit

Der wichtigste dieser Spitzel hiess Jochen Staritz alias «Robert», ein ostdeutscher Radiojournalist. Er kannte Dutzende von bedeutenden Schriftstellern, Schauspielern, Komponisten, Soziologen und Professoren aus der DDR, der BRD und der Schweiz. Das prädestinierte ihn für eine Mitarbeit bei der Stasi, da der Unrechtsstaat DDR nichts so fürchtete wie kritische Intellektuelle. Staritz verpflichtete sich schriftlich, in der Schweiz Kulturschaffende auszukundschaften und über sie zu berichten. Dies tat er ausführlich, seine Stasi-Akte ist umfangreich und legt Zeugnis ab von seiner Doppelrolle; er war für seine Fans zugleich Freund und Feind. Tagsüber hielt er Vorträge und führte Theaterstücke auf, in der Nacht setzte er sich hin und verfasste Spitzelberichte über seine zahlreichen Bewunderer aus universitären und kulturellen Kreisen. Eingeladen war Staritz von linksextremen Organisationen wie dem marxistischen Studentenverband sowie den kommunistisch orientierten Poch-UNI-Gruppen.

Besondere Beziehungen pflegte der Stasi-Spion zu Journalisten des Schweizer Radios: Er nennt in seinen Berichten Peter Bühler, Programmleiter von Radio DRS 3, sowie die Redaktoren Charly Benoit und Pietro Oberli, die alle Sympathien für die DDR zeigten. Diese Radio-Kontakte waren wohl kein Zufall, das Radio geriet damals in der Öffentlichkeit immer wieder in die Kritik wegen eines prononcierten Linksdralls. Nicht nur der sogenannte Hofer-Club meldete Bedenken an wegen einseitiger Sendungen, sondern auch grosse Zeitungen wie die NZZ und der *Blick* kritisierten die Nichtbeachtung der gesetzlichen Vorgaben für die Medien der SRG. Stelio Molo, Generaldirektor der SRG, unterzeichnete 1977 sogar einen fragwürdigen Zusammenarbeitsvertrag mit der ostdeutschen Rundfunkorganisation.

Der DDR-Botschafter in Bern, Günther Ullrich, lobte ausdrücklich in einem geheimen, an Ostberlin adressierten Bericht die positive

Zusammenarbeit mit dem staatlichen Schweizer Radio und Fernsehen. Bei den bürgerlichen Printmedien kritisierte er die «Verleumdung und Hetze gegen den Sozialismus in der DDR». Die massive Propaganda, die Subversion und Desinformation östlicher Geheimdienste führten zu einer gewissen Verblendung zahlreicher Schweizer Intellektueller wie Dürrenmatt, Frisch, Karl Barth, Jean Rudolf von Salis usw. Sie lobten den Kommunismus und beschimpften die Kritiker als bornierte kalte Krieger. Führende Politiker der SPS wie Peter Vollmer und André Daguët, beide Nationalräte, sowie einige fehlgeleitete Bundesbeamte hatten intensive Kontakte mit kommunistischen Botschaften in Bern. Vollmer informierte die DDR-Botschafter ausführlich über Interna der SP-Parteileitung, so zum Beispiel über Querele mit SP-Aussenminister Pierre Aubert.

Als Staritz nach Ostdeutschland zurückkehrte, erhielt er vom höchsten Stasi-Chef, General Erich Mielke, die Medaille der Waffenbrüderschaft als Zeichen der Anerkennung für besondere Dienste.

Waffenbrüderschaft? Diese eigenartige Diktion ist nicht zufällig; die DDR wie auch die übrigen Warschauer-Pakt-Staaten sahen sich in einem ideologischen Krieg gegen die kapitalistischen Länder des Westens, zu denen sie auch die neutrale Schweiz zählten.

Schweizer Armee als Glashaus

Der militärische Nachrichtendienst gilt als die hohe Schule der Spionage. Denn hier geht es darum, die Stärken und Schwächen der Gegner möglichst präzise einzuschätzen. Diese Aufgabe übernahmen meistens die Militärattachés an den Ost-Botschaften, die ja, auch in der Schweiz, als sogenannte Residenturen (Spionagezentren) ausgebaut waren. Im Falle des Landesverrats von Brigadier Jean-Louis Jeanmaire liefen die Spionage-Kontakte ebenfalls über die Militärattachés. Der Resident in der Botschaft war zugleich der eigentliche Chef der Vertretung, und nicht der Botschafter, der die Leitungsfunktion nur formell innehatte.

In der DDR-Vertretung in Bern, an der Brunnadernstrasse 53 im vornehmen Diplomatenviertel, residierte etwa Oberst Heinz Schäfer von 1979 bis 1984, mit dem Decknamen «Harald». Mindestens so wichtig wie der Chef war sein Chauffeur namens Walter Bos alias «Kröte» oder «Max».

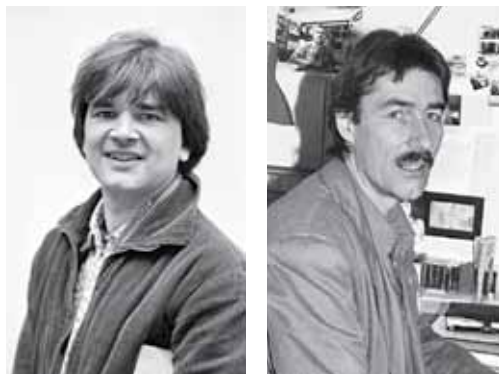
Dieser begleitete Oberst Schäfer zu den geheimen Treffen mit Schweizer Informanten, legte an zahlreichen Orten sogenannte tote Briefkästen an, wo die Kontaktpersonen ihre Dokumente hinterlegen konnten. Diese rekrutierte Bos in Unteroffiziersvereinen, Tenisklubs, Schützen- sowie in Turnvereinen. Er hatte unter anderem den Auftrag, alle Militärflugplätze der Schweiz auszuforschen – was er an Wochenenden als biederer Wanderer mit Kamera und Notizblock akribisch ausführte.

Die schriftlichen Aufträge für die militärische Spionage waren von unglaublicher Detailliertheit, getreu dem Credo von Erich Mielke: «Wir müssen alles wissen!»

Der Schluss ist naheliegend: Diese extensive militärische Ausforschung der kleinen neutralen Schweiz konnte nur einem geplanten Angriffskrieg gegen Westeuropa dienen. Dass es



Informant: SP-Nationalrat Vollmer.



Ziele: Vischer, 1979,DRS-3-Mann Bühler.



Landesverrat: Brigadier Jeanmaire, 1977.

solche Angriffspläne der Warschauer-Pakt-Staaten gab, ist heute belegt, obwohl die Sowjetunion und ihre Gesinnungsgenossen in der Schweiz damals immer wieder in täuschender Absicht ihre «Friedensbestrebungen» betonten.

Die Zentralstelle für Gesamtverteidigung, der Bundesrat sowie private Vereinigungen machten während des Kalten Krieges die Problematik und Gefahr der Ostspionage zum Thema. Das «Zivilverteidigungsbuch» des Bundesrates, 1969 vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement herausgegeben, verursachte damals einen grossen politischen Wirbel. Die betupfte Linke kritisierte vor allem

das zweite Kapitel, in dem vom psychologischen Krieg die Rede war. Der Text sprach von den möglichen Gefahren der Subversion, Spionage, des Terrors, Defätismus und Pazifismus. Der Genfer Kommunist Jean Vincent empörte sich darüber lauthals in der Parlamentsdebatte: «In diesem zweiten Teil des Buches über die «Subversion» ist alles falsch, alles übertrieben, alles schockierend!»

Bürgerliche Nationalräte wie der Historiker Prof. Walther Hofer hielten den Kommunisten entgegen, dass sie keine Belehrungen von Parteigängern der totalitären Ideologie anzunehmen hätten, in deren Namen 1968 die Freiheit des tschechoslowakischen Volkes auf brutalste Weise unterdrückt worden sei.

Aufgrund des heutigen Forschungsstandes weiss man, dass die im «Zivilverteidigungsbuch» beschriebenen Szenarien auch in der Schweiz tatsächlich existierten und eine grosse Gefahr für Freiheit und Unabhängigkeit des Landes bedeuteten.

95 Millionen Opfer

Die Bundespolizei in Bern und ihre Mitarbeiter in den Kantonen, insgesamt etwa 350 Beamte, standen mehrmals in der harten Kritik der Öffentlichkeit, so bei der sogenannten Fichenaffäre. Zwar hat die Polizei wie alle anderen Organisationen auch Fehler gemacht, aber, übers Ganze gesehen, doch gute Arbeit geleistet. Dies wurde ihr nicht zuletzt vom legendären Chef der DDR-Auslandspionage, General Markus Wolf, bescheinigt. Die höchste Auszeichnung erhielt die Polizei jedoch vom Schweizervolk selber: 75,4 Prozent lehnten am 7. Juni 1998 die von linken Kreisen unter Führung des Linksaussen Jürg Frischknecht, Journalist in Zürich, geforderte Abschaffung der Bundespolizei ab und schickten die Volksinitiative «S. o. S. – Schweiz ohne Schnüffelstaat» massiv bachab.

In den letzten Jahren haben mehrere internationale Organisationen die Verbrechen des Kommunismus verurteilt, so insbesondere der Europarat im Jahre 2006 mit der Resolution 1481. Strassburg spricht in einem Memorandum von weltweit etwa 95 Millionen Opfern totalitärer kommunistischer Regime.

Die Schweiz ist bekanntlich ebenfalls Mitglied des Europarats, aber eine grundlegende Diskussion über kommunistische Verbrechen, die zahlreichen Zuträger und Sympathisanten sowie die roten Terroristen hat hier noch nicht stattgefunden. Dafür wäre es nun an der Zeit. Die Aufarbeitung, die bei den Verbrechen der Nationalsozialisten zu Recht geleistet wurde, sollte endlich auch für die viel grössere Zahl der Opfer des Kommunismus unternommen werden.

Erwin Bischof ist Historiker und Autor. Sein aktuelles Buch «Verräter und Versager – Wie Stasi-Spione im Kalten Krieg die Schweiz unterwanderten» erschien bei Interforum. 256 S., Fr. 44.90

«Abzockerei» gibt es auch im Kleinen»

Subventionen für Wohnungsmieten, Krankenkassen oder Kinderkrippen seien schlecht für die Arbeitsmoral des Mittelstands, warnt Monika Bütler. Die Volkswirtschaftsprofessorin an der Universität St. Gallen fordert stattdessen ein vereinfachtes Steuersystem. *Von René Lüchinger und Salvatore Vinci (Bild)*

Frau Bütler, Sie haben einmal gesagt, die «Occupy Wall Street»-Protestbewegung sei eine gute Sache, weil nur aus Protest Veränderung entstehe. Die Schweizer Protestbewegung hat einen Namen: Minder. Auch eine gute Sache?

Wie die «Occupy»-Bewegung entstand ja auch die Minder-Initiative aus einem Ohnmachtsgefühl heraus. Beides zeigt, dass sich gegen Ohnmacht etwas tun lässt. Und das ist gut so. Im Fall von Minder ist das Resultat freilich nicht optimal, denn der Gesetzgeber greift nun mit einer Mikroregulierung in private Entscheidungsprozesse ein.

Was meinen Sie mit «nicht optimal»?

An einem isolierten Punkt werden nun mit einem Tunnelblick zahlreiche spezifische Regulierungen aufgebaut. Damit haben wir noch nie gute Erfahrungen gemacht. Besser wäre es, die grossen Zusammenhänge zu sehen und auf dieser Ebene Lösungen zu suchen. Das Problem vieler hoher Löhne liegt darin, dass diese in Branchen bezahlt werden, in denen der Wettbewerb nicht richtig spielt. Bei den Banken, bei denen die *too big to fail*-Problematik dazu führt, dass eine implizite Staatsgarantie den Wettbewerb einschränkt. Die Pharmaindustrie ist durch das Verbot von Parallelimporten protegiert. All das entspricht nicht der freien Marktwirtschaft.

Die Bankbranche ist die globalisierteste Branche überhaupt.

Grossbanken verfügen über einen Gratisversicherungsschutz durch den Staat. Sie decken ihre Kapitalrisikokosten nur teilweise. Deshalb musste der Staat einspringen, um die UBS zu retten, profitiert haben davon aber auch alle anderen Banken. Das sind externe Effekte, die den Wettbewerb verzerren. Auf Kosten der Steuerzahler eröffnen sich dadurch grosse Gewinnmöglichkeiten für Aktionäre und Manager. Notwendig wäre eine genügend starke Eigenkapitalquote, welche diese Risiken ohne Staatsgarantie abdeckt.

Sie sagen also, der eingeschränkte Wettbewerb in der Banken- oder Pharmabranche führe zu überrissenen Löhnen.

Das ist ein bedeutender Faktor, ja. Die hohen Löhne sind ja nur dann ein Problem, wenn diese zumindest indirekt auf Kosten der Allgemeinheit gehen.

Wie haben Sie bei der Minder-Initiative selber abgestimmt?

Ich habe ein Nein in die Urne gelegt und gewusst, dass ich damit zur Minderheit gehöre. Dies, obwohl ich den Protest gegen die hohen Löhne gut verstehe. Aber eben: Es war die falsche Einfallspforte. Wir müssen dafür sorgen, dass der Wettbewerb spielt.

Ist ökonomisch gesehen die nackte Gier der Treiber für überrissene Löhne?

Ich denke, der Grund sind psychologische Prozesse. Manager orientieren sich bei den Salären an ihren Peergroups, also an den Managerkollegen in anderen Firmen. Wir wissen aus empirischen Studien und Laboruntersuchungen, dass solche Effekte den Status quo immer weiter nach oben treiben. Geld ist das Mass für den eigenen Standard innerhalb der Peergroup, in der sich der Topmanager bewegt. Da will er nicht ab- oder rausfallen.

Es heisst immer, wir müssten hohe Löhne zahlen, um die besten Manager zu halten oder zu bekommen. Glauben Sie das?

Das glaube ich nur bedingt. Aber richtig ist: Der Markt für Spitzenkräfte ist dünn. Ich sehe das in meinem Bereich an den Bewerbungen auf Professorenstellen. Wir erhalten

«Löhne sind der Gegenwert für erbrachte Leistungen. Da braucht es keine zusätzlichen Prämien.»

stets zahlreiche Dossiers, aber diejenigen, die unseren Qualitätsstandards entsprechen, können Sie an einer Hand abzählen. Bei den Professoren geht die Reputation jedoch nicht über das Geld, sondern über das Ansehen der Universität, über die Publikationen, über die Ausstattung des Lehrstuhls. Trotzdem schaut auch in der akademischen Welt jeder, was der andere hat. Und die Entwicklung geht auch bei uns immer weiter nach oben.

Der abtretende Novartis-Chef Daniel Vasella wollte sich ein millionenschweres Konkurrenzverbot vertraglich zusichern lassen; Franz Humer, der im März 2014 abtretende Präsident von Roche, soll für seine Leistungen über achtzehn Jahre eine Prämie erhalten. Ist das für Sie das gleiche ökonomische Phänomen, oder beurteilen Sie das unterschiedlich?

Für mich ist beides absurd. Löhne sind der Gegenwert für erbrachte Leistungen. Da braucht es keine zusätzlichen Prämien oder Millionenzahlungen für Konkurrenzverbote. Ein Abschiedsgeschenk oder ein Abschiedsfest

ist eine Frage der Wertschätzung. Dass dies nochmals mit Millionenzahlungen verbunden sein soll, geht mir nicht in den Kopf.

Als Ökonomin kritisieren Sie ja nicht in erster Linie die grossen «Abzocker», sondern die «Abzockerei» im Kleinen, wie Sie es nennen. Sie meinen damit all die kleinen Leute, die sich beim Sozialstaat bedienen.

Die Schweiz funktioniert bei der Abdeckung von Risiken im Grossen und Ganzen gut. Die Arbeitslosenkasse zahlt zu Beginn der Arbeitslosigkeit relativ grosszügig, zwingt die Bezüger aber auch dazu, sich wieder Arbeit zu suchen. Bei der IV werden trotz aller Probleme, die es auch gibt, die richtigen Risiken abgedeckt. Bei der Rentensicherung haben wir zwar zu hohe Leistungen bei der beruflichen Vorsorge, aber im Grundsatz funktionieren diese drei Pfeiler, wenn man sie dann noch etwas reformiert, recht gut. Das Hauptproblem sehe ich bei den grosszügigen Subventionen, die überall gewährt werden.

Die Schweizer, ein Volk von Subventionsjägern?

Der Sozialstaat wuchert immer weiter in den Mittelstand hinein. Wohnungsmieten, Krankenkassen, Kinderkrippen: Alles wird subventioniert. Das ergibt für den arbeitenden und dadurch besser verdienenden Mittelstand, der nicht in den Genuss von Subventionen kommt, Steuersätze und Kosten, die höher liegen können als bei den wirklich Reichen.

Warum?

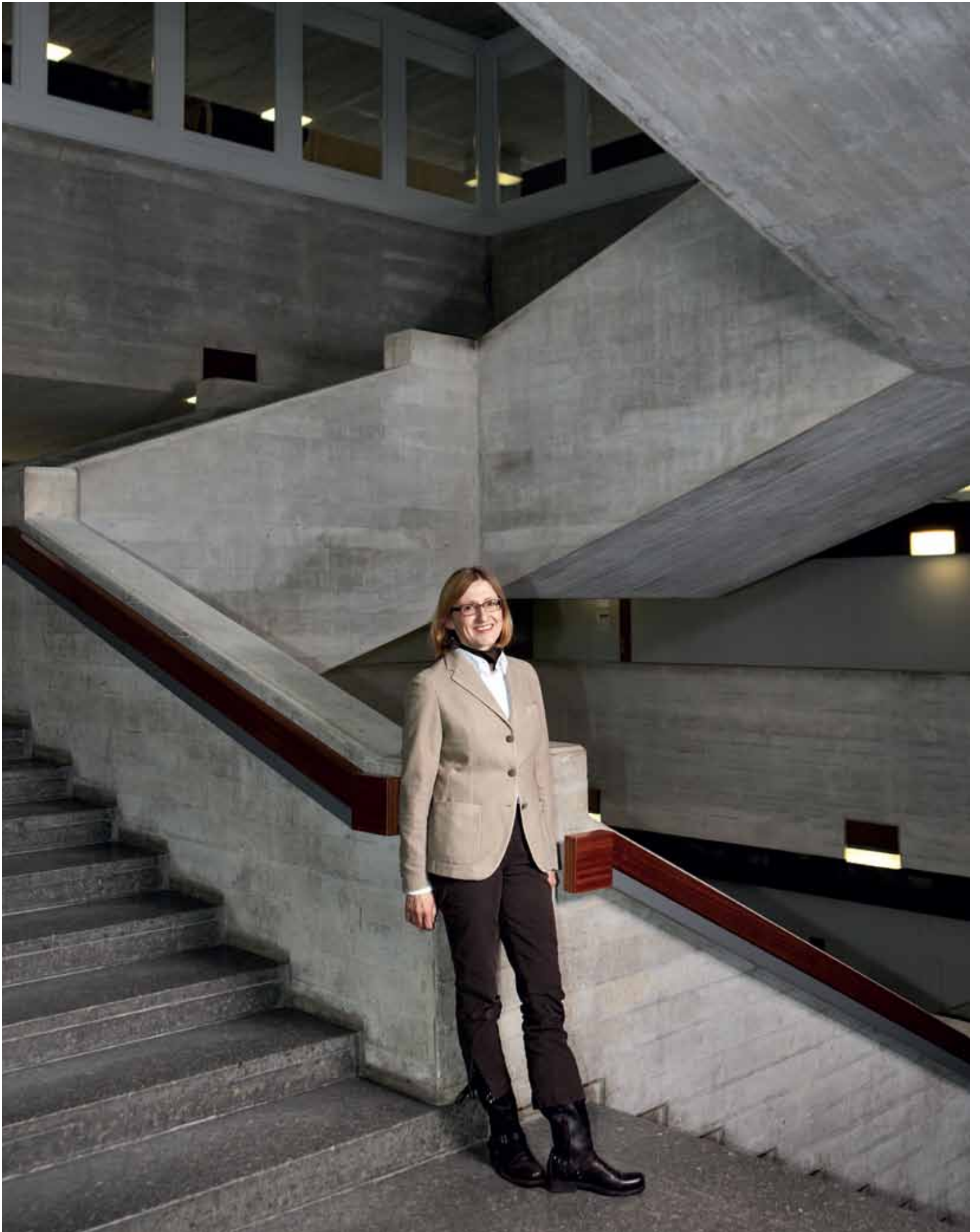
Der Mittelstand, der keine Subventionen erhält, muss all dies aus eigener Tasche berappen. Wenn Sie diese Kosten auf die Steuerrechnung aufrechnen, kommen Sie auf stolze Summen. Umgekehrt setzt das System der Subvention falsche Anreize.

Inwiefern?

Es lohnt sich für Teile des Mittelstands nicht mehr, diese Kosten aus eigener Arbeitskraft zu bezahlen. Es ist viel einfacher, etwas weniger zu verdienen, um dann in den Genuss von Subventionen zu gelangen. Dieses Sichbedienen am Subventionstopf ohne wirkliche wirtschaftliche Not ist die «Abzockerei» im Kleinen, die ich meine.

Was wäre die Lösung?

Nicht Subventionen im Giesskannensystem zu gewähren, sondern das Steuersystem zu reformieren. Der Fehler war und ist, dass die Politik immer wieder Ungerechtigkeiten oder besonders belastete Personengruppen



«Der Sozialstaat wuchert immer weiter in den Mittelstand hinein»: Ökonomin Bütler.

eruiert und dort punktuell Entlastung, sprich Subventionen, bewilligt. Und so schwillt dieses Subventionswesen immer weiter an. Statt dass man die Probleme grundsätzlich, nämlich über das Steuersystem, angegangen ist, hat die Politik Mieten, Krankenkassenprämien oder Krippenplätze subventioniert. Alles gut gemeint, aber in der Summe untergräbt das nicht nur die Arbeitsmoral, sondern führt auch zu Ungerechtigkeiten. Subventionierte Wohnungen und Krippenplätze gehen oft an die Schlawen, nicht an die Bedürftigen. Gefährdet sind auch gewisse junge Menschen.

Wie kommen Sie darauf?

Dort gibt es eine kleine Gruppe, die sich nicht mehr in den Arbeitsprozess einklinkt. Ein Grund dafür ist, dass die Sozialhilfe für einen Alleinstehenden deutlich zu hoch ausfällt. Wenn eine junge Person 2300 Franken Sozialhilfe bezieht, ist das für diese enorm viel Geld und motiviert sie kaum, sich auszubilden und eine Arbeit zu suchen.

Das heisst?

Junge Menschen, die in der Schweiz in das Sozialhilfenetz fallen, müssten viel härter angefasst, gleichzeitig aber in der beruflichen Integration unterstützt werden. Sonst züchten wir wie in anderen Ländern eine Schicht heran, die sich später nie mehr in den Arbeitsprozess integriert. Deshalb müssen die Sätze für junge Sozialhilfeempfänger meines Erachtens drastisch reduziert werden.

Stehen Sie mit dieser Haltung allein, oder besteht ein weitgehender wirtschaftspolitischer Konsens?

Als ich vor zehn Jahren begann, über solche Fragen zu arbeiten, war das Thema nicht wirklich im öffentlichen Bewusstsein. Heute erhalte ich mehr Zuspruch. Auch aus der Politik. Aber klar ist, dass bei den Direktbetroffenen die Besitzstandswahrung immer zuvorderst steht. Das ist bei den Boni so und auch bei allen Subventionen.

Stimmt mein Eindruck, dass wir eine zunehmende Sozialdemokratisierung der Gesellschaft erleben, in welcher sich der Etatismus ausbreitet?

Da haben Sie recht. Diese zwei Strömungen verstärken sich gegenseitig. Einerseits die Tendenz, immer mehr Verantwortung an den Staat zu delegieren, andererseits isolierte Probleme über Subventionen zu lindern, was dann wiederum einer Delegation an den Staat gleichkommt. Das macht es ja auch so schwierig, diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Hat dies auch mit der politischen Umwälzung zu tun, der Schwächung des Freisinns und dem Erstarken von linken Parteien? Traditionell wird in der Schweiz ja Eigenverantwortung gross- und staatlicher Einfluss kleingeschrieben.

Das wäre zu einfach. Die Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren ja auch gestündigt. Denken Sie an die zu grossen Teilen staatliche Rettung der Swissair, an jene der UBS. Viele Unternehmen, selbst Fussballvereine, sind dank grosszügigen staatlichen Kurzarbeitsregelungen durch die Krise gekommen. Immer wurde da der Staat aktiv und setzte Steuergelder ein.

Die Rettung der Swissair war aus ökonomischer Sicht also ein Fehler?

Meiner Meinung nach hätte man das Unternehmen so nicht retten dürfen. Aus diesem Grund habe ich damals einen entsprechenden Appell von namhaften Schweizer Ökonomen unterstützt. Bei der UBS lag der Fall anders: Die Banken waren bereits zehn Jahre vor der Krise stark unterkapitalisiert. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) sowie diverse Ökonomen hatten schon seit Jahren gewarnt, dass die Kapitalpuffer zu dünn seien. Nach dem Crash gab es keine Alternative mehr zur Rettung. Beide Firmen haben sich aber selbst ins Elend geritten. Für den

«Junge Menschen, die in das Sozialhilfenetz fallen, müssten viel härter angefasst werden.»

Staat sind beide Rettungsaktionen gut ausgegangen. Es hätte aber genauso gut geschehen können, dass man die 4 Milliarden Franken für die Swiss und die 28 Milliarden für die UBS hätte abschreiben müssen.

Unter dem Strich ist das ein erschreckender Befund für dieses Land, wenn die Wirtschaft und die politische Linke dazu beitragen, dass der Mittelstand fröhlich Subventionen nimmt, statt zu arbeiten.

Es gibt durchaus starke Kräfte, die dem entgegenwirken. Denken Sie an die Tausenden von KMU, die ohne staatliche Protektion arbeiten. Für viele Grossunternehmen gilt dies auch. Diese sind gut aufgestellt und generieren Arbeitsplätze auch in der Krise.

Sie hoffen, dass sich diese ähnlich wie der Kleinunternehmer Minder stärker Gehör verschaffen?

Na ja, das war vielleicht nicht die ideale Mission. Aber es war für die Politik zumindest ein Weckruf.

Was wäre vor diesem Hintergrund denn das ideale Steuersystem?

Es muss möglichst alles über das Steuersystem abgewickelt und im Gegenzug müssen die Subventionen drastisch reduziert werden. Das bedeutet: tiefere Steuern, keine direkte Zahlungen mehr, aber auch weniger Abzüge für alles Mögliche. Es ist einfach absurd, wenn Steuerpflichtige 1000 Franken Steuern bezahlen und dann 2000 Franken über Subventionen wieder hereinholen. Ein kleines Aber gibt es für mich in der Kinder-

betreuung. Da würde ich Betreuungsgutscheine vorziehen. Wenn man das über die Steuern löst, kommen auch die in den Genuss tieferer Steuern, die eben nicht zu mehr Steuereinnahmen beitragen. Um Schwelleneffekte zur Sozialhilfe zu vermeiden, sollte zudem das Existenzminimum nicht mehr besteuert werden.

Was heisst das?

Was die Sozialhilfe einem Haushalt zahlen würde und noch 2000, 3000 Franken darüber, sollte gänzlich steuerbefreit sein. Dass in diesem Fall gar keine Einkommensteuern bezahlt werden, ist in jedem Fall sinnvoller, als mit der einen Hand niedrige Einkommen zu besteuern und diesen Haushalten mit der anderen grosszügig Subventionen zu gewähren. Es ist ja auch nicht so, dass einkommensschwache Familien nichts bezahlen. Sie zahlen AHV und Mehrwertsteuern. Ich würde eher die direkten Steuern etwas reduzieren und dafür die Mehrwertsteuer erhöhen. Unter dem Strich geht es darum, das Steuersystem zu entrümpeln, zu vereinfachen und die negativen Arbeits- und Sparanreize zu eliminieren.

Wird solches unter Schweizer Ökonomen diskutiert?

Ja, aber die Ökonomen, die sich in der Schweiz mit Steuerpolitik befassen, können Sie an einer Hand abzählen. Man ist auch immer hin- und hergerissen zwischen der Hauptarbeit an der Uni und dem politischen Diskurs, der dann auf Kosten der Forschung geht. Beurteilt wird unsere Arbeit jedoch fast ausschliesslich nach unseren Forschungsergebnissen.

Ein besseres Steuersystem würde dem Land aber mehr bringen als die beeindruckend lange Publikationsliste einer Ökonomin.

Die Länge der Publikationsliste sagt ja auch nicht zwingend etwas aus über die Qualität der Publikationen. Aber im Ernst: Der Einfluss von Ökonomen, die sich auch öffentlich äussern, rührt ja auch daher, dass sie in der Forschung international vernetzt sind. Und für mich persönlich ist eben auch wichtig, dass ich trotz vieler sonstiger Verpflichtungen immer noch Zeit finde zu forschen.

Sie haben einmal gesagt, Sie seien in die Ökonomie gegangen, um etwas zu verändern. Gilt das nicht mehr?

Doch, natürlich. Ich habe durchaus einiges erreicht, wenn ich unbescheiden sein darf.

Dann seien Sie unbescheiden, und verraten Sie uns Ihre grössten Erfolge.

Zum Beispiel, dass etliche Gemeinden begonnen haben, ihre Subventionspraxis bei den Kinderkrippen zu verändern. Die Stadt Luzern etwa hat für Kinderkrippen statt Subventionen Betreuungsgutscheine eingeführt. Meine Beiträge zu den Bausparinitiativen wurden von sehr vielen Medien aufgenommen und diskutiert. Doch sind es

in der Regel kleine Einflusskanäle, durch die Wirkung erzeugt wird. Gespräche mit Politikern etwa, wo man dann feststellt, dass eine Idee, die man einmal eingespiessen hat, irgendwo wieder auftaucht. Die Frage der Eigenkapitaldeckung bei Banken beispielsweise wurde von Ökonomen – nicht von mir – stark thematisiert. Bei diesem Thema haben die Wissenschaftler stark dazu beigetragen, dass die Erhöhung praktisch umgesetzt wird. Heute ist in der Politik unbestritten, dass dies der beste Schutz für den Steuerzahler darstellt.

Der Einfluss über kleine Kanäle genügt Ihnen? Sie könnten in die Politik gehen.

Die Politik ist nicht mein Ding. Persönlich glaube ich, dass ich einen grösseren Einfluss habe, wenn ich ausserhalb des Politbetriebs aus unabhängiger wissenschaftlicher Perspektive handle. Dennoch: Neue Ideen einzubringen, ist immer schwierig. Oft sind Wissenschaftler auch nur das, was man im angelsächsischen Raum *bullshit detectors* nennt. Sie können informieren und aufklären und so wenigstens manchmal den grössten Mist – oder eben Bullshit – verhindern.

In der Öffentlichkeit herrscht aber die Meinung vor, dass die klugen Köpfe der Wirtschaftswissenschaften versagt hätten. Schliesslich haben sie die Finanz- und Schuldenkrise nicht kommen sehen.

Das ist schlicht und einfach nicht wahr. Es gab viele aus unserer Zunft, die gewarnt haben. Martin Hellwig etwa, einer der bedeutendsten Bankentheoretiker Deutschlands. Führende Köpfe haben aber auch darauf hingewiesen, dass Länder wie Irland oder Spanien auf Pump leben und dass dies zum Problem werden würde. Man hat in der Wissenschaft vieles gesehen und artikuliert. Aber solange die Abgründe, die sich da auftraten, nicht öffentlich

sichtbar wurden, waren die Warner die Störenfriede. Als die Krise 2008 ausbrach, war es zu spät. Deshalb ist die generelle Ex-post-Kritik an den Ökonomen ungerecht.

Zusammen mit Ihrem Mann Urs Birchler, Professor am Institut für Banking und Finance an der Universität Zürich, und anderen wie dem Lausanner Ökonomen Marius Brühlhart betreiben Sie den Ökonomen-Blog Batz.ch. Ein Versuch, der Einsamkeit des Elfenbeinturms zu entkommen?

So einsam sind wir auch wieder nicht. Wir wollten einfach selber bestimmen, wann wir welche Informationen an die Öffentlichkeit tragen. Der Blog ist vor allem ein Angebot an die Öffentlichkeit und für uns eine gewisse Dokumentation für unsere Medienarbeit. Inzwischen haben wir über 500 Beiträge zu den verschiedensten Themen publiziert.

Sie sitzen als Vertreterin der Wissenschaft auch im Bankrat der Schweizerischen Nationalbank, Ihr Mann war jahrelang Direktor der Notenbank. Ist das ein Problem für Sie?

Nein. Ich wurde in den Bankrat berufen, zwei Jahre nachdem er aus der SNB ausgetreten war. Beinahe alle Kontakte zu Personen in der Bank hatte ich über meine eigenen beruflichen Netzwerke.

Sie waren im Amt, als die Affäre um Philipp Hildebrand ausbrach. Wie haben Sie diese Zeit empfunden?

Ich möchte und darf dazu keine Details nennen. Aber es ist klar, dass dies für eine Person im Aufsichtsgremium sehr belastend war. Das geht nicht spurlos an einem vorbei.

Dass Hildebrand als Präsident abtreten musste, ist das stimmig für Sie?

Ich stehe hinter sämtlichen Entscheiden des Bankrats. Trotzdem ist es im Rückblick natürlich schwierig, zu eruieren, was man zu welchem Zeitpunkt hätte anders machen

können. Ich bin überzeugt, dass die Notenbank heute personell gut aufgestellt ist. Und die Entwicklung des Franken-Mindestkurses bestätigt die Politik der SNB. Positiv ist auch, dass die Institution den medialen Sturm um den Hildebrand-Rücktritt nun durchschritten hat.

Diese Zeitung hat ja die Causa Hildebrand journalistisch intensiv behandelt und wohl auch zum Resultat beigetragen ...

Letzteres glaube ich weniger. Da überschätzt sich die *Weltwoche*.

Als Sie das gelesen haben, fanden Sie das persönlich ungerecht?

Philipp Hildebrand hatte unbestrittene Qualitäten für dieses Amt. Die Einführung der Franken-Untergrenze beispielsweise war ein absoluter Erfolg. Auf dem internationalen Parkett hat er die SNB zweifelsohne gut vertreten. Aber sehen Sie: Wo auch immer ich bei Zentralbanken oder in der Wissenschaft hinkomme, überall kennt man den heutigen SNB-Präsidenten Thomas Jordan. Er ist international bestens vernetzt. Zur Franken-Untergrenze: Der Franken war während der Krise nicht nur Landeswährung, sondern auch ein Wertpapier für Leute, die Sicherheit suchten. Die Schweizer Währung musste dadurch plötzlich zwei sich im Grunde konkurrierende Funktionen übernehmen. Diese Situation hat unsere Notenbank unter den Präsidenten Hildebrand und Jordan gut gemeistert. Das ist wichtiger als jede Personalfrage.

Monika Bütler ist Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen, Direktorin des Schweizerischen Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung und Bankrätin der Schweizerischen Nationalbank. Zusammen mit ihrem Mann Urs Birchler, Professor für Banking in Zürich, und Marius Brühlhart, Volkswirtschaftsprofessor in Lausanne, betreibt die 51-jährige den Wirtschaftspolitik-Blog Batz.ch. Sie ist Mutter von zwei Söhnen und lebt in Zürich.

Wir machen erfolgreich Schweizer Dorfladenpolitik.

Volg ist im Dorf daheim – jetzt auch in der Westschweiz. Seit Jahrzehnten betreiben wir erfolgreich Schweizer Dorfladenpolitik und pflegen typisch schweizerische Werte. Mit ein Grund, warum immer mehr Kunden Volg wählen.

Volg. Im Dorf daheim.



Volg
frisch und fründlich



1942

Eine Grundform im Werk Hans Ernis

Zu einer Ausstellung seiner neuesten Werke in Zürich.
Von Hans Näf

Die Ateliers Boesiger und Indermauer in Zürich vermitteln eine neue Begegnung mit der Kunst Hans Ernis. Gemälde und graphische Arbeiten jüngster Produktion setzen sich zu einer kleinen, aber repräsentativen Schau zusammen, die auch diesmal wieder zu lebhafter Auseinandersetzung zwingt.

Das Werk Hans Ernis ist in der Öffentlichkeit genugsam bekannt, sein Stil genugsam besprochen, dass sich eine Einführung zu schreiben erübrigt. Statt dessen sei hier einmal versucht, ob sich das Wesen dieser Kunst nicht auf eine schlichtende Formel bringen liesse. Nicht, dass die Kritik hoffen dürfte, ein künstlerisches Werk mit eben einer solchen Formel jemals zu bewältigen, wenn nämlich nur dieses Werk selber die Zeichen des Schöpferischen trägt. Aber die offenbare Bedenklichkeit des Unternehmens wird durch eine gleichzeitige Verlockung dazu, die bei Erni wie bei kaum einem Zweiten mächtig ist, so überwogen, dass es nicht durchaus sinnlos sein kann, sich ihr einmal zu überlassen.

Von welchem Punkt aus man sich immer zu Erni in ein Verhältnis setzt, stets resümieren sich die Verhältnisse in einer sich gleichbleibenden Grundform. Beginnen wir mit dem Offenbarsten, mit Ernis Realismus. Woher stammt das seltsame Befremden, das einen vor dieser mit peinlichster Akribie reproduzierten Wirklichkeit überkommt? Man könnte antworten, weil aus all diesen Gegenständen das Leben gewichen ist, weil in ihnen etwas Totes eine aktive Rolle spielt. Diese Gegenstände haben zwar eine unheimlich genau wiedergegebene Oberfläche, eine Hülle, aber sie haben keine durchblutete Epidermis. Es ist in diesem Zusammenhang bedeutsam, dass Erni den schon an sich toten und unorganischen Gegenstand vorzieht (Messlatte, Papierdrache, Webstuhl, Schneckengehäuse); aber auch das an sich Lebende, ein Antlitz, eine Hand haben stets eine lebenlose, folienhafte Wirklichkeit.

In diese gleiche Ordnung gehört auch die Tatsache, dass Ernis Bilder keine Atmosphäre haben. Kein Weben von Licht und Farbe, das ja auch wieder dem Leben, dem Organischen zugeordnet wäre, durchflutet hier das Bild und reiht das Einzelne in die allseitige Bezo-genheit eines Organismus ein.

Wiederum deutet sich diese Ordnung darin an, dass in Ernis Bildern Dinge zusammentreffen, die sich in der Organisation des Lebendi-

gen niemals begegnen können (Webstuhl und kentaurenhaftes Wesen, Frau und Kabeldrähte etc.). Alle diese sich selbst überlassenen Gegenstände haben ein totes, beziehungsloses, absolutes Dasein.

Es bleibt noch, Ernis Hang zum Geometrisch-Abstrakten zu werten. Dieses ist ja gerade das, was wirklicherweise nicht ist, was sich nur hinter dem Konkreten und lebendig Wirkenden bemerkbar macht, indem man von diesem absieht. Die Abstraktion ist so gerade jenes Tote, von dem zu sprechen wir uns bei



«Absolutes Dasein»: Ernis «In der Giesserei», 1942.

diesen Bildern bemüsst fühlen, in seiner offenbaren Form.

Sollte man nun da, wo in so vielen Schichten der Betrachtbarkeit immer die gleiche Grundform heraustritt, nicht den umfassenden Schluss ziehen dürfen, dass bei Erni das Leere, das Tote, das Nichts, die Abwesenheit des Lebendigen im weitesten Verstand und in allen Akzentuierungen, die man diesem Begriff in metaphysischer, psychologischer, soziologischer Hinsicht geben mag, aktive Kraft besitzt? Wer uns falsch versteht, begreift unsern Hinweis auf jenes Unlebendige als Tadel, mithin das, was als höchstes Lob gemeint ist, weil

eben das Tote in diesen Bildern Gestalt bekommen hat. Indem nun Erni paradoxerweise das, was nicht ist, sichtbar macht, vermag er uns an tiefste und durchgreifendste Verhältnisse der geistigen Situation zu erinnern, in denen sich unsere Zeit befindet.

Wenn man sich umsieht, welcher zweite Maler in der Schweiz in so grossen Zusammenhängen steht, erkennt man, wie allein und einzigartig dieser Künstler in einer Umwelt ist, wo die Kunstkritik ihre Artikel gemeinhin mit Ausdrücken wie «farbig reizvoll» oder «ansprechend intim» etc. bestreitet und wirklich auch bestreiten darf.

Strengste Massstäbe

Der aussergewöhnliche schöpferische Fundus, den Erni zu verwirklichen die Aufgabe hat, berechtigt nun aber auch, an seine Werke die strengsten Massstäbe anzulegen, denen dann freilich manches nicht standhält. Hierher gehört etwa die Untugend, mit überkommenen Formen nicht nur wie etwa Picasso genialisch zu spielen, sondern sich von ihnen engagieren zu lassen, so dass sich oft die Grenze verwischt, wo die blosser Nachahmung beginnt. Dann hat Erni die Gewohnheit, das einmal Erreichte als Requisite zu verwenden. So wirkt etwa der immer wiederkehrende ausgebrannte Boden, der einmal eine ursprüngliche Schöpfung war, in der n...ten variationslosen Wiederholung gehalten. Dieser Boden ist nicht das einzige Motiv, wo man das Gefühl hat, der Künstler könnte mit solchen widerstandslos bewältigten Dingen ins Unendliche fortfahren. Diese Wiederholung verbietet sich gerade bei der besonderen Anlage von Ernis Genie. Corot etwa konnte es sich leisten, ein Leben lang seinen silbrigen Baumschlag zu malen, weil er von der Wirklichkeit ausging, die unerschöpflich und immer von neuem zu bewältigen ist. Erni aber kommt von der Abstraktion her, die des Reichtums der Wirklichkeit entbehrt, und ist deshalb der Gefahr ausgesetzt, das einmal Geschaffene wie ein Kunstgewerbler als «Material» zu verwenden und so einem Leerlauf des blossen Könnens anheimzufallen. Es ist nun freilich gut, dass diese Einwände nur Einzelheiten betreffen, die grossen Verhältnisse aber nicht antasten, die sich in Ernis Kunst anzeigen.

Der Artikel erschien in der *Weltwoche* vom 20. November 1942.



Gourmet-Erlebnis im **Hotel Hof Weissbad**

Das Hotel «Hof Weissbad» liegt am Fusse des Alpsteins und knüpft als Aufenthaltsort im Dienste der Gesundheit und des Wohlbefindens an die Tradition des Appenzellerlandes an. Neben einer vielfältigen Infrastruktur und einem umfangreichen Angebot erwarten Sie herzliche Menschen, die meisten davon Appenzeller – verschmitzt und weltoffen.

Das innovative Hotel «Hof Weissbad» ist der ideale Ort zum Erholen, Erleben, Geniessen – oder einfach zum Sein. In allen 82 Zimmern und 5 Junior-Suiten erwartet Sie ein erstklassiger Komfort: Balnea-Dusch-WC, Föhn, Bademantel, Badeschuhe, Radio/TV in HD-Qualität mit Internetfunktion. Balkon und traumhafte Aussicht auf den Alpstein sind auf Wunsch inbegriffen.

Kulinarisch werden die Gäste von Käthi Fässler verwöhnt. Die waschechte Innerrhödlerin wurde 2009 vom Gault Millau zur Köchin des Jahres gekührt (16 Punkte). Beim Abendessen entscheiden sich die Hotelgäste aus 17 verschiedenen Gerichten für ein 4-Gang-Menü. Der Spa bietet ein vielfältiges Schönheits- und Wohlfühlangebot: Innen- und Aussenbad mit eigenem Quellwasser (durch Erdsonden auf 33°C erwärmt), Damen- und gemischte Sauna-Landschaft, Fitness- und Gymnastikraum, Ruheraum, Massagen und Kosmetik. Aktive Gäste entdecken mit den hoteleigenen Elektro-Flyers oder Mountainbikes die eindruckliche Landschaft. Oasen der Ruhe sind der Kräutergarten, die Aussenbibliotheken im

grossen Hotelpark und die Naturbadestelle am mystischen Ort «Ende der Welt».

Das Alpsteingebiet lädt zum Wandern, Klettern und Nordic Walking ein. Dank den Talwanderwegen beginnt das Vergnügen gleich beim «Hof Weissbad»!

Die Langlaufloipen in Gais und Gonten sowie das Skigebiet Ebenalp-Horn laden zum Wintersport ein. Schneeschuhlaufen, Winterwandern und Schlitteln bieten bei guten Schnee-Verhältnissen unvergessliche Momente.

Das Schlendern durch Appenzell mit der malerischen Hauptgasse gehört zu jedem Aufenthalt im Appenzellerland!

Dank der Ferienkarte sind je zwei Fahrten mit der Luftseilbahn auf den Hohen Kasten, auf den Kronberg und die Ebenalp inklusive, die Appenzeller Bahnen und Postautos laden in 12 Ostwind-Zonen zur freien Fahrt ein; Einmaliger Eintritt zu folgenden Museen: Museum Liner, Museum Appenzell, Kunsthalle Ziegelhütte, Brauchtummuseum Urnäsch und Volkskunde-Museum Stein. Viele weitere Angebote sind inbegriffen.

Weltwoche-Spezialangebot

Gourmet-Erlebnis im Hotel «Hof Weissbad»

Angebot

Drei Übernachtungen, Frühstücksbuffet; an zwei Abenden wählen Sie Ihr 4-Gang-Menü aus 17 verschiedenen Gerichten; an einem Abend nach Wahl überraschen wir Sie mit einem exklusiven 6-Gang-Menü unserer Küchenchefin Käthi Fässler (inklusive Aperitif, Weinen, Mineralwasser, Kaffee und Spirituosen); zudem geniessen Sie im Gesundheitszentrum eine Massage mit Obsidianen. Appenzeller Ferienkarte inklusive.

Arrangement

Preis pro Person:
Fr. 829.– statt Fr. 1044.– im Doppelzimmer
Fr. 877.– statt Fr. 1104.– im Einzelzimmer

Weitere Infos

www.weltwoche.ch/platinclub

Gültigkeit

ab sofort bis 30. April 2013
(Anreise jeweils sonntags bis mittwochs)

Veranstalter

Hotel «Hof Weissbad», Im Park 1
CH-9057 Weissbad
www.hofweissbad.ch





Nichts ist so falsch wie falsche Ehrfurcht: Dinah Alisa Hoffmann posiert für Josef Fischnaller nach dem Vorbild von da Vincis «Mona Lisa».

Stil & Kultur

Lisa lächelt leicht

Von *Dantele Musciconico*

Man nehme: eine kaltblütige Idee, ein Achterl österreichische Blausäure-Ironie, ein Quantum Handwerk, eine Lage emotionales Kunsteis – und die Essenz der grossen Meister der Porträtkunst. Das ist Josef Fischnaller, das sind seine Fälschungen, und sie könnten richtiger nicht sein. Fischnaller inszeniert die Motive seiner malenden Vorbilder von damals, Caravaggio, Ingres, Holbein, für

ein Publikum von heute. Dies zum frivolen Exempel ist ein Remastering von Leonardo da Vinci, ist die Wiederauferstehung der Mona Lisa nach dem Besuch des Piercing-Studios.

Der Fotograf Josef Fischnaller ist gebürtiger Österreicher, wie auch nicht, und er lebt in Berlin, wo auch sonst. Aufgewachsen im Land der Könige und der Kaiser, in einer Nation, die gelernt hat, dass alles Grosse einmal klein wird – und alles Laute unter Verdacht gehört –, will er sich einen Jux machen. Er inszeniert pure Oberfläche, verkauft Lug und Trug und damit die Wahrheit und nichts als die Wahrheit: Nichts ist so falsch wie falsche Ehrfurcht. Oder der blinde Gehorsam gegenüber einer (Maler-)Autorität.

Fischnaller hat seine Mona Lisa in seinem Freundeskreis gecastet und vor eine Landschaft gesetzt, die wir alle kennen. Die sphinxhafte Retro-Lisel sitzt im ledernen Designersessel vor dem tiefgrünen, oft besungenen Berliner Grunewald. Und aus diesem ragt als kunsthistorischer Furunkel der Teufelsberg, Westberlins berühmtester Trümmerhaufen mit der legendären, leerstehenden Abhöranlage der US-amerikanischen Armee.

Fischnaller lüftet damit zwei Geheimnisse, nach denen wir seit da Vinci lechzen. Er gibt eine Antwort auf das Lächeln der Mona Lisa. Und er enthüllt den Bildhintergrund des weltberühmtesten Gemäldes. Nein, nicht das Montefeltro hat da Vinci gemeint.

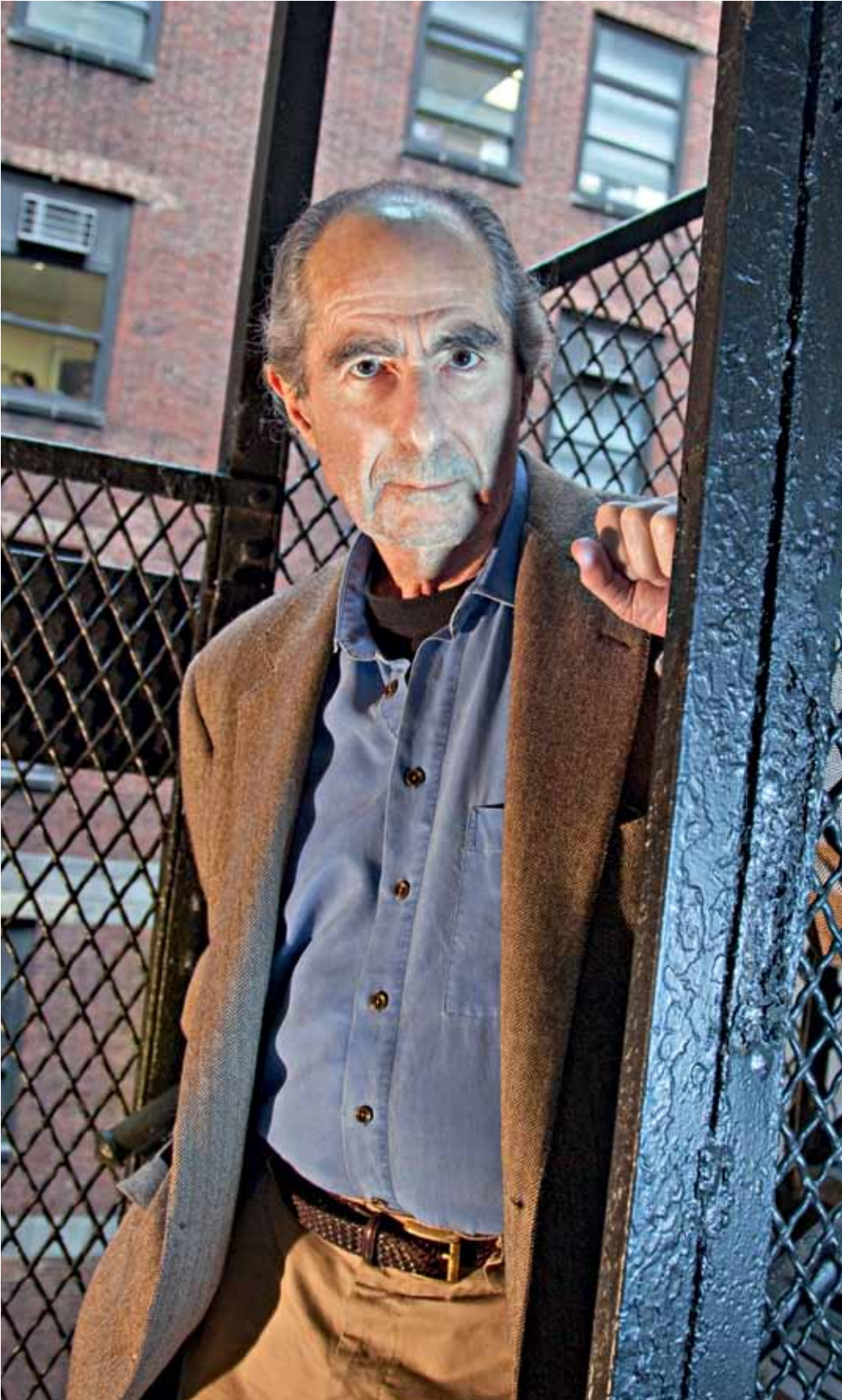
Und auch das Lächeln der Schönen ist endlich zu verstehen. Mona Lisa, Fischnallers Lisel, ist eine schöne Betrügerin. Und sie hat dabei mächtig Spass.

Ist dieses Lächeln von minderer Qualität als die hypnotische Bosheit des Vorbilds? Auf jeden Fall ist es das. Aber das ist hier nicht der Punkt. Fischnaller schickt seine Lisa vor dem Shooting zur French Manicure und platziert sie vor einen der wichtigsten Orte des Kalten Kriegs. Symbole sind so trivial wie der Zeitgeist, sagt er uns. Und auf den Vorwurf, ein Bilderräuber zu sein, antwortet er mit sardonischem Gelächter.

Josef Fischnaller: Queens, Kings & Other Friends, Galerie Friedmann-Fahn, Berlin, bis 3. April

Zu gut für den Nobelpreis

Am Dienstag wird Philip Roth achtzig Jahre alt. Der Amerikaner hat kaum je ein Buch geschrieben, das nicht zu einem Meisterwerk geworden wäre. *Von Markus Gasser*



Attacken auf die Political Correctness: Literatur-Ikone Roth.

«Jede Minute könnte deine letzte sein», denkt sich der Teenager Alexander Portnoy, «also mach rasch das Beste daraus»: In Philip Roths erstem Romanvergehen, «Portnoys Beschwerden» von 1969, wähnt Alex Portnoy – wie sein Schöpfer aus Newark, New Jersey, gebürtig –, er leide tödlich an Krebs, weil ein schwarzer Fleck unter seinem Penis nicht weichen will. Und so onaniert er sich vor Panik tagein, tagaus an den Rand eines Herzinfarkts.

In himmelhochschreiender Verzweiflung ergiesst er sich gar in ein grosses Stück herrlich glitschiger Kalbsleber aus dem mütterlichen Kühlschranks, um sie dann im Kreis seiner nichtsahnend fröhlichen Familie ruhig zu verzehren. «Nun haben Sie», gesteht Portnoy zwei Jahrzehnte später seinem Psychiater ein, «das Schlimmste erfahren, was ich je verbrochen habe.» Was allerdings noch lange nicht das Schlimmste war.

Denn unser Onanie-Athlet nahm die amerikanische Verfassung mit ihrem «unveräusserlichen Recht auf das Streben nach Glückseligkeit» erotisch beim Wort und schlopfte sich wider das Gebot der Eltern mit nichtjüdischen Frauen verbissen-schwelgerisch über die Grenzen der USA hinaus bis ins vatikanische Rom, um seines Übermutterkomplexes ein für alle Mal ledig zu sein. Erst im Bett mit einem weiblichen Leutnant der israelischen Armee fällt sein Erektionsvermögen flach.

Trauriger, zorniger, einsilbiger

Seiner eigenen Ernsthaftigkeit überdrüssig, schrieb Philip Roth damals für die «Anti-Roth-Leser», von denen er sich denken konnte, wie sehr sie ihn für das hassen würden, was auch immer er von sich gab. «Ihr wollt euch beleidigt fühlen? Das könnt ihr haben.» Vom Aufbruchsfieber der Vietnamkriegsproteste und der Rolling Stones gepackt, war seinem schonungslosen Freiheitswillen jeder Vorwurf nur recht – und bald dennoch zu viel.

Als hätte er bei einem Wettbewerb, wer der oberste Schriftsteller-Irre Amerikas sei, teilgenommen und haushoch gewonnen, war Roth wie über Nacht zu einem Markenzeichen der Abwegigkeit avanciert: Er galt von nun an als «der Jude, der diese Sie-wissen-schon-Bücher schreibt». Auf den Strassen New Yorks riefen ihm Passanten «He, Portnoy! Wie treibt es sich so?» zu. Familienväter beichteten ihm im Restaurant vom Nachbartisch aus flüsternd ihre Libidomanien, erzürnte Rabbiner beklagten seine – nach ihrem Bekunden – antisemitische Selbstbefleckung; und manche wähten ihn, seiner angeblichen Masturbationsexzesse wegen, bereits auf ewig in einer Nervenheilanstalt.

Obwohl sich Roth versichert hatte, jeder Gewitterwut der Schmähsucht widerstehen zu können, stürmte sie mit solcher Allmacht auf ihn ein, dass er zugeben musste, so unverwundbar auch wieder nicht zu sein. «Es gibt Niveacreme, Kellogg's Cornflakes, und es gibt

Philip Roth», sagte dieses Tabubruchtalent bitter, «Nivea ist eine sanfte Creme, Kellogg's Cornflakes sind knackig, knusprig, nussig, und Philip Roth ist der Jude, der mit einem Stück Leber onaniert.» Immerhin habe sich, kalauerte er bisweilen, seit «Portnoys Beschwerden» die Spermaproduktion in Amerika um zweihundert Prozent erhöht.

Heute ist Philip Roth ein Monument – der einzige amerikanische Schriftsteller, dessen Werke bereits zu Lebzeiten in der Library of America erscheinen. Gelassen kann er über eine nach ihm benannte Kreuzung in der Nähe seines Elternhauses in Newark flanieren, The Philip Roth Plaza: Jeder Preis, den die Vereinigten Staaten zu vergeben haben, ist ihm von vornherein sicher, vom National Book Award über den Pulitzerpreis bis zur National Humanities Medal, die ihm Präsident Barack Obama mit unverhohlenem Lachen 2011 im Weissen Haus übergab. Um die 1970er aber war Roth vor seinem Medien-Ich in den Nordwesten Connecticut geflüchtet – nur um von einem wappengleichen Kartonschild mit der Aufschrift begrüsst zu werden: «Bring uns endlich Alexander Portnoy zurück!»

Vielleicht ist der grösste Skandal, dass auch ein Atheist mit Würde zu sterben vermag.

Auf seiner Farm in den Wäldern von Massachusetts sprengte er in jedem neuen Roman den vorangegangenen in die Luft, erfand sich mit byzantinischer Majestät und raubtierwilder Komik ein Alter Ego nach dem anderen an, Schriftsteller wie David Kepesh, Peter Tarnopol und den berühmten Nathan Zuckerman, der nach dem Skandal ob seines portnoyverwandten Bestsellers «Carnofsky» an seinem pornokratischen Ruf zu zerbersten droht und – wie Philip Roth selber schliesslich nach einer Bypassoperation und einer von Krebs befallenen Prostata seine Blasenfunktion nicht mehr unter Kontrolle bringt: Es ist, denkt sich Roth alias Zuckerman, die Demütigung, die uns alle eint.

Und niemand erfährt sie existenzzerrüttenender als Seymour Levov in Roths «Amerikanischem Idyll» von 1997, der, ein ehemaliger Baseballstar, als reicher Handschuhfabrikant und Jude unter arroganten Nichtjuden respektiert werden will – Newarks John F. Kennedy, blond und blauäugig, ein Pionier der Assimilation. Wer sich auf Tragödien vorbereiten will, die ohnehin fast jeden ereilen, der lese einfach dieses Buch, eine Lektion in Einfühlung, Mitleid und kreatürlicher Solidarität – jenes «Idyll», das sich für Levov in eine Hölle auf Erden verkehrt, gerade weil er es sich so verkrampt zu erschaffen versucht.

Nach Vollendung von zwei weiteren Zuckerman-Romanen starben Philip Roth Jahr um Jahr Freunde und Verwandte weg. Darum

würde er, versicherte er, ein Paradespezialist in Grabreden inzwischen, nicht mehr den Beruf des Schriftstellers ergreifen wollen, wäre ihm ein zweites Leben beschieden, sondern den eines Arztes, um nicht immer nur menschliches Leid auf dem Papier zu proben und dabei keine Linderung bringen zu können. Roth war trauriger, zorniger, einsilbiger geworden und härter gegen sich selbst, als er 2006 die Geschichte des namenlosen «Jedermann» erzählte, der als Sohn eines Juweliers geboren wurde, nur damit er im Alter von Krankenhaus zu Krankenhaus vor sich hin vegetiert. Alt zu werden, sei kein Kampf, erkennt er darin, sondern ein Massaker – und wer widerspräche ihm?

An seiner Seite treten wir an das Grab der Eltern in Newark, kurz vor seiner siebten Operation. Und während die Narkose einzusetzen beginnt, sieht er vor seinem inneren Auge unter einem mauritiusblauen Himmel das auf dem Meer gleisende Licht der sengenden Sonne aus seiner Jugend, dann den Planeten Erde gleich einem Diamanten unter der Lupe seines Vaters und ist von Zuversicht und einem Gefühl der Unverletzlichkeit erfüllt – «[. . .] und dennoch wachte er nicht mehr auf. Herzstillstand. Er war nicht mehr, befreit vom Sein, ging er ins Nichts, ohne es auch nur zu merken. Wie er es befürchtet hatte von Anbeginn.» Was er auf diesem so unendlich kostbaren, «quadrillionenkarätigen Planeten» noch alles hätte für sich erobern können – begeisterte sich dieser «Jedermann» zuvor noch inmitten der jüdischen Friedhofsrüden Newarks. Vielleicht liegt der grösste Skandal, den Philip Roth in seinem Werk jemals bewirkte, darin, dass auch ein Atheist ohne Glauben an ein Jenseits mit Würde zu sterben vermag.

Ob «Mein Leben als Mann», «Gegenleben», «Der menschliche Makel» oder «Sabbaths Theater», Letztere anarchisch-groteske Attacken auf den westlichen Talibanismus der Political Correctness: Roth hat kaum ein Buch geschrieben, das kein Meisterwerk geworden wäre. Und wenige Jahre nachdem er seine Karriere mit dem «Jedermann», seinem zugleich daseinsfrohesten und düstersten Roman, im Grunde abgeschlossen hatte und der Nobelpreis noch immer bieder auf sich warten liess, hörte er vergangenes Jahr aus Erschöpfung einfach zu arbeiten auf.

Er braucht ihn auch nicht mehr. Die Schwedische Akademie hätte, beteuern Millionen Fans, einen Philip Roth ohnehin nicht verdient. Wie man in dieser Welt überhaupt leben könne, ist stets die Krönungsfrage seines Werks geblieben: «Versuche, keine Angst zu haben», findet sich als Antwort gleich einem Wasserzeichen auf jeder Seite seiner Bücher eingeprägt, «nichts ist es am Ende wert.» So wurde aus Philip Roth ein Vermächtnis, das keiner verraten wird, der weiss, was dieses verfluchte, dieses beglückende Menschsein bedeutet. ○

Jazz

Charles Mingus' «Sound of Love»

Von Peter Rüedi

Diese CD liegt schon ein Weilchen vor. «In den Regalen der Fachgeschäfte», hätte ich früher gesagt, nur: Wo sind die geblieben? Bald ist der Jazz wieder im Untergrund angelangt, wo er einmal war. Über ein Kleines, und diese Musik wird wie im Samisdat unter der Hand von einem dem andern empfohlen. Etwas von urchristlicher Katakombenstimmung macht sich breit, jenseits der gutbeheizten Lehrsäle der Musikhochschulen, wo für deren immer zahlreichere, immer besser ausgebildete Absolventen die freie Wildbahn beginnt, der darwinsche Überlebenskampf. Diese Musik ist also nicht die schreiendste Aktualität, aber die haben die vier Musiker auch kaum im Sinn, die ihr Quartett vor ein paar Jahren noch Strayhornmonk nannten, sich dem subtilen Werk von Billy Strayhorn und dem kantigeren von Thelonious Monk widmend, und die jetzt unter der Affiche «Straymonk Plays Mingus» den Nachlass eines weiteren Giganten beschwören. Nicht dass es nach dem Tod von Charles Mingus (1979) an Hommagen gefehlt hätte: nicht an Projekten von ehemaligen Mitstreitern und Veteranen und nicht an solchen von Musikern jüngerer Generationen – bis hin zu einer fulminanten Big Band, die sich dem explosiven kompositorischen Werk des glühendsten und zärtlichsten Zornickels des Jazzbasses verschrieb. Nun also auch die Schweizer Nat Su, Gabriel Dalvit (beide am Altsaxofon, und die Polyfonien der beiden Hörner haben ihren besonderen Reiz), Andreas Zitz am Kontrabass und der Drummer Michi Stulz. Sie bündeln sieben bekannte schöne Mingus-Nummern, von «Better Git It in Your Soul» über «Reincarnation of a Lovebird», «Fables of Faubus», «Boogie Stop Shuffle» bis «Duke Ellington's Sound of Love», «Peggy's Blue Skylight» und «Tijuana Gift Shop». Wie sie das machen, verdient allerdings unsere vollste Aufmerksamkeit. Cool nämlich, einerseits, mit respektvoller Distanz, ohne wilde dekonstruktivistische Eskapaden. Und andererseits mit Leidenschaft. Zumal Michi Stulz entfacht im Rücken der durchsichtig operierenden Bläser viel Feuer. Schöne, kluge, belebende, wohlthuend nicht auf Originalität versessene Musik.



Straymonk Plays Mingus.
Unit UTR 4317

Top 10

Knorrs Liste

1	Django Unchained Regie: Quentin Tarantino	★★★★★
2	Lincoln Regie: Steven Spielberg	★★★★★
3	Life of Pi Regie: Ang Lee	★★★★★
4	Detachment Regie: Tony Kaye	★★★★☆
5	Les Misérables Regie: Tom Hooper	★★★★☆
6	Nachtzug nach Lissabon Regie: Bille August	★★★★☆
7	Oz: The Great and Powerful Regie: Sam Raimi	★★★★☆
8	The Impossible Regie: Juan Antonio Bayona	★★★★☆
9	3096 Tage Regie: Sherry Hormann	★★★☆☆
10	Safe Haven Regie: Lasse Hallström	★★★☆☆

Kinozuschauer

1 (-)	Night Train to Lisbon Regie: Bille August	17 269
2 (-)	Oz the Great and Powerful Regie: Sam Raimi	16 300
3 (1)	Hansel and Gretel: Witch Hunters Regie: Tommy Wirkola	14 153
4 (-)	Safe Haven Regie: Lasse Hallström	13 687
5 (3)	Kokowääh 2 Regie: Til Schweiger	9062
6 (2)	A Good Day to Die Hard Regie: John Moore	7903
7 (5)	3096 Tage Regie: Sherry Hormann	6423
8 (4)	The Impossible Regie: Juan Antonio Bayona	5527
9 (6)	Les Misérables Regie: Tom Hooper	4960
10 (7)	Django Unchained Regie: Quentin Tarantino	4944

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (1)	Skyfall (Fox)
2 (-)	Argo (Warner)
3 (2)	Madagascar 3 (Rainbow)
4 (-)	More than Honey (TBA)
5 (3)	Looper (Ascot Elite)
6 (-)	Killing Them Softly (Ascot Elite)
7 (-)	Hotel Transsilvanien (Sony)
8 (4)	Step Up 4 (Rainbow)
9 (-)	Tinkerbell 4 (Disney)
10 (5)	The Expendables 2 (Impuls)

Quelle: Media Control



Durchtriebener Drahtzieher: Hauptdarsteller Melvil Poupaud in «Laurence Anyways».

Kino

Die Frau in ihm

Der Kanadier Xavier Dolan gilt als Ausnahmetalent. «Laurence Anyways», das Drama eines Transsexuellen, fällt tatsächlich aus jedem Rahmen. Von Wolfram Knorr

Eigentlich ist der Kerl eine Zumutung: ein nervtötender Vibrator, bürgerliche Konventionen aufwühlend und sich dann drin räkelnd. Xavier Dolan heisst er, ist Kanadier und gilt seit seinem Debüt «J'ai tué ma mère» (2009) als Wunderknabe; da war er gerade mal neunzehn. Furios schilderte er darin einen Clinch zwischen einem schwulen Filius und seiner nervtötenden Mutter. In Cannes wurde er daraufhin als Genie bejubelt. Tatsächlich hat er was drauf: vor allem wenn ein Film, alles andere als Mainstream, zwei Stunden und vierzig Minuten dauert und nicht langweilt – wie sein jüngstes Opus, «Laurence Anyways».

Denn Dolan mutet dem Zuschauer eine Menge zu, von Musik- über Farb- bis zu Kamera-Exzessen; von surrealen Einfällen ganz zu schweigen. Zusätzlich arbeitet er mit 4:3-Format, jenem fast quadratischen Bild aus Hollywoods Anno-dunnemals-Zeiten. Aber hier macht es Sinn – als drohten die wilden Eskapaden, plopp, die Leinwand in Fetzen zu reissen. Mit solchen Vintage-Spielereien entpuppt sich Dolan als durchtriebener Drahtzieher visueller und emotionaler Effekte.

In «Laurence Anyways» geht es wieder um einen Aussenseiter, der keiner sein will; wieder um den gesellschaftlichen Konflikt zwischen Diskriminierung und Anpassung. Laurence (Melvil Poupaud) und Frédérique (Suzanne

Clément), genannt Fred, sind ein exzentrisches Paar – bis der Lyriker und Literaturlehrer Laurence sich outet, eine Frau sein zu wollen. Seit seiner Kindheit fühle er sich in seinem Körper nicht wohl. Fred kann's nicht glauben, fällt aus allen Wolken und findet es verzweifelt komisch, wenn Laurence in Frauenklamotten steigt. Doch lustig ist bald nichts mehr. Erst wird die Beziehung gesprengt, dann seine berufliche Karriere, das Aussenseiterleben wird zur Tortur.

Dolan zeigt gnadenlos die Mechanismen der Herabsetzung, der rabiaten Aussonderung bis zur Schmerzgrenze. Wenn es Laurence zum ersten Mal wagt, in Frauenkleidern durch die Schulflure zu schreiten, begleitet von hämischen bis fassungslosen Blicken, dann geht der Spiessrutenlauf an die Nieren. So wie Laurence zwischen den Geschlechtern changiert, vermeidet Dolan konsequent jede Zuordnung zu einem möglichen Genre, erspart dem Zuschauer nichts und lässt Freds Freunde, Verwandte und Kollegen, die mit der Situation auf die Dauer nicht zu Rande kommen, wie Haudegen aufeinander losgehen. Wie in «J'ai tué ma mère» gibt es auch hier gewaltige Schrei-Duelle, dramatische Gefühlskurven mit delirierender Kamera und klingendem Patchwork, von Duran Duran über Erik Satie bis Beethoven. Das geht zwar geil auf die Ner-

ven, aber weil Dolan auch ein massloser Egozentriker ist, dürfte «Laurence Anyways» nicht jedermanns Sache sein.

★★★★☆

Weitere Premieren

This Is 40 — Pete (Paul Rudd) und Debbie (Leslie Mann), Eltern von zwei Mädchen, sind in einer Krise, haben Angst vorm Älterwerden; beide werden vierzig. Verbissen klammern sie sich an ihre vermeintliche Jugendlichkeit. Er hat ein Schallplatten-Label (das Schulden macht), sie eine Boutique (die Schulden macht), und die Töchter nerven. Judd Apatow («Knocked Up»), der «König der Kumpelkomödie» (*Stern*), meint mit seinem Penis-und-Furz-Humor Tabus zu brechen, kokettiert aber nur damit. Letztlich hat er sich von der marzipanigen Jasmin-Idylle à la Doris-Day-Komödien kein Jota entfernt. Die überlange Klamotte, in der Apatows Familie mitspielt (Frau und Töchter), hat nur im letzten Drittel ein paar witzige Einfälle und turbulente Szenen. ★★★★★

Jack and the Giants — Was ist bloss mit Hollywood los? Was treibt die Traumfabrik derart in die quietschbunte Märchenwelt? Infantilisierung als Geschäftsmodell? Lust an Baukasten-Spielen? Nach Frank Baums wackerem «Oz the Great and Powerful», der 200 Millio-



Kindliche Spiellust: «Jack and the Giants».

nen Dollar verschlang, folgt «Jack and the Giants», nach Benjamin Tabarts «Hans und die Bohnenranke»; der kostete sogar 300 Millionen (spielte vergangene Woche in den USA beim Start aber nur 28 Millionen Dollar ein). Als Nächstes kommen eine «Dornröschen»-Variante mit Angelina Jolie und eine «Cinderella»-Adaption von Kenneth Branagh, und Tim Burton will «Pinocchio» machen. Was treibt durchaus renommierte Regisseure zurück zur kindlichen Spiellust? Die Freude am Basteln von bengalischem Blendwerk? Die Trick-Zaubereien in Bryan Singers «Jack and the Giants» beeindruckten, 3-D auch, und kurzweilig ist der Rübezahl-Zirkus (den es schon als Musical gab) auch. ★★★★★



Lokaler Rentnerchor: «Song for Marion».

Song for Marion — Noch ein Senioren-Melodram, diesmal mit den britischen Altstars Vanessa Redgrave und Terence Stamp. Als Rentnerpaar Marion und Arthur grummeln sie sich durch ihren letzten Lebensabschnitt. Sie ist an Krebs erkrankt und singt in einem lokalen Rentnerchor; er findet das albern, unwürdig und auch nicht ganz ungefährlich in ihrem Zustand. Als sie stirbt, sind sie alle untröstlich: Arthur, der Chor und die attraktive Chorleiterin (Gemma Arterton). Wären Vanessa Redgrave und Terence Stamp nicht die Besetzung, wäre die *feel-good story* von Paul Andrew Williams («London to Brighton») völlig belanglos. ★★★★★

Fragen Sie Knorr

Mike Müller ist in der Schweiz omnipräsent. Was halten Sie von seinen Qualitäten als Schauspieler? D. K., Zürich



Jetzt wird's heikel. Ich habe mich nie besonders beliebt gemacht, wenn es um den Schweizer Film und Schweizer Mimen geht. Da begebe ich mich aufs Glatteis. Was Mike Müller betrifft, wage ich die Behauptung, dass man seine wahren Qualitäten im Film noch gar nicht wahrnehmen konnte. Er wird, das ist jedenfalls mein Eindruck, ein-

fach besetzt, weil er prominent ist. Mit einer Rolle herausgefordert wurde er noch nie. Die Drehbücher sind alle dünn. In der TV-Serie «Der Bestatter» lässt sich zumindest seine Präsenz erahnen. Die müsste ein kluger Drehbuchautor in einer Gegenbesetzung zu seinem Komiker-Image herausarbeiten. Erst dann, glaube ich, lässt sich ein Urteil bilden. Bis jetzt karriert er über Flachwurzeleien à la «Dead Fucking Last».

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Sympathie für einen Exoten

Von Philipp Gut

Selten ist ein Schweizer Volksentscheid international so breit und positiv beachtet worden wie das Ja zur Initiative «gegen die Abzockerei» von Thomas Minder. Das Minarett-Verbot schaffte es zwar auch in die Schlagzeilen der Weltmedien, aber damals rümpfte man global die Nase. Die direkte Demokratie wurde als potenziell gefährlich eingestuft, insbesondere in der Jungdemokratie Deutschland.

Ganz anders diesmal. Auf einmal attestierte man dem Schweizer Souverän Vorbildcharakter. Auch Günther Jauch sprang auf den Minder-Express auf. «Den Managern ans Gehalt! Brauchen wir ein Gesetz gegen Gier?», lautete der Titel seiner ARD-Talkshow. Obwohl er Stichwort und Thema geliefert hatte, wirkte Minder, ganz rechts aussen sitzend, in der Runde wie ein Exot. Das hatte auch, aber nicht nur, mit der Sprache zu tun. Immer wieder schlichen sich schweizerdeutsche Ausdrücke ein. Es muss etliche Passagen gegeben haben, die nicht alle Zuschauer in Deutschland verstanden haben.

Selbst Moderator Jauch musste nachfragen, was allerdings nicht bloss an Minder lag. Als der Schaffhauser Ständerat vom Debakel der «gegründeten» Swissair sprach, das ihn zur Initiative motiviert hatte, zuckte der Moderator ratlos die Schultern, blickte in die Runde und fragte: «Gegründet? Sie meinen, bankrottgegangen?» Der präzise Fachbegriff, in der Schweiz allgemeines Sprachgut geworden, ist offensichtlich nicht bis ins Land von Swiss-Besitzerin Lufthansa vorge-dungen.

Es war nicht das einzige Missverständnis des Abends. Die strenge Sahra Wagenknecht von der SED-Nachfolgepartei Die Linke schaute, wann immer Minder das seltene Wort ergriff, mit einer Sympathie auf den rechten Managerschreck aus der Schweiz, deren man die Ex-Kommunistin mit dem hochgeschlossenen Fräulein-Rottenmeier-Charme nicht für fähig gehalten hätte. Zumindest in diesem Punkt gleichen sich die Verhältnisse in Deutschland und der Schweiz: Die Linken, so scheint es, sind die natürlichen politischen Erben der «Abzocker»-Debatte.

Günther Jauch: Sonntag, 21.45 Uhr, ARD.

Von «Janus» bis «Sturm»

Tänzerin Tenta nähert sich der obersten Liga der Fernsehprominenz; Filmstar Adrien Brody in Zürich. *Von Hildegard Schwaninger*



Neue Rolle: Anna Tenta.

Die Tänzerin und Schauspielerin **Anna Tenta**, die man hier von ihrer Yoga-Persiflage «True Nature» (mit Hannes Glarner) kennt, hat einen guten Job gefasst, der sie in die Ia-Liga der Fernsehprominenz katapultieren könnte. In der neuen Serie von ORF «Janus» (sieben Folgen, die ab September ausgestrahlt werden) spielt sie die Hauptrolle. Sophie, die 29-jährige Besitzerin eines Pharmakonzerns, die von drei Bodyguards bewacht wird. Regie führt **Andreas Kopriva**. Vorher steht sie auf der Bühne, in einer Koproduktion des Theater Basel mit der Opéra Metz (Premiere: 26. April bei den Schwetzingen Festspielen). In der Oper «Indian Dream» von **Purcell**. Sie ist eine der drei Schauspieler, die in der Rahmenhandlung «Sturm» von Shakespeare auftreten.

Wie wichtig ein nachhaltiges Frühstück ist, weiss heute jeder. So lancieren die Zürcher Hoteliers (Präsident: **Jörg Arnold**, Direktor des Hotel «Storchen») eine Initiative für ein gesundes Morgenessen mit Schweizer Produkten. Nicht nur Hotelgäste, auch Passanten sind willkommen. 47 Hotels aus der Destination Zürich nehmen teil an der Gesundes-Frühstück-Aktion, serviert werden (zu Tee und Kaffee) Käse und Milchprodukte aus dem Zürcher Oberland, dem Thurgau, Toggenburg und Glarus, Honig, Bananen, Trockenfrüchte und Nüsse und vieles mehr.

Alles Fair-Trade-Produkte mit dem Max-Havelaar-Siegel. Diese Aktion ist Teil der Strategie 2013 der Zürcher Hotels für mehr Wettbewerbsfähigkeit.

In unserer Multioptionsgesellschaft hat, wer I gern ausgeht, die Qual der Wahl, wohin er gehen soll. Mindestens drei Glamour-Anlässe, die allabendlich locken. Wer letzten Donnerstag die Variante Hennessy Night im Zürcher Güterbahnhof wählte, war gut beraten. Es war ein lustiger Abend mit gutem Sound, heissen Drinks



An der Bahnhofstrasse: Brody (l.), Stefano Rosso.

(Himbeersaft mit Cognac Hennessy), innovativem Flying Dinner (Wassermelone, Mini-Hamburger), grossem Männerüberschuss und vielen gutaussehenden Frauen. Zweck des Events: Lan-

cierung einer Very Special Limited Edition von Hennessy. Stargast war der Graffitikünstler **Futura** aus der New Yorker Bronx. Futura nannte sich früher Futura 2000, arbeitete mit **Jean-Michel Basquiat**, **Keith Haring** und **Kenny Scharf**. Der schmächtige Mann mit Wollmütze auf dem Kopf erwies sich als Kommunikationstalent. Spazierte durch die Veranstaltungshalle, sprach nach amerikanischer Art Wildfremde an, «I just wanted to say Hallo», dann vollzog er seinen Live-Act, der Center der Veranstaltung war. Sprayte ein Graffitiwerk auf die Cognacflaschen, die dann an die Gäste verschenkt wurden. Einige Gäste waren vorher bei Diesel an der Bahnhofstrasse, wo die neue Boutique eröffnet wurde. Dort war als Stargast der amerikanische Schauspieler **Adrien Brody** zu bestaunen.

Letztes Jahr wurde das Zürcher Food Festival «Il Tavolo» ins Leben gerufen (Galaabend im Innenhof des Landesmuseums), fand aber unter wenig Anteilnahme der Öffentlichkeit statt. So richtet man dieses Jahr für die Lancierung mit der grossen Kelle an, um dieses Event bekannt zu machen. Zum Launch gibt es für ausgewählte VIPs «Il Tavolo-Pop-up in einer Gourmet-Künstlervilla». Alles sehr geheim. Man trifft sich beim Shuttle-Bus vor dem Hotel «Baur au Lac», alles Weitere ist eine *surprise*. Jedenfalls werden Spitzenköche und Prominente kochen. So der Unternehmer und Andermatt-developer **Samih Sawiris** (Orascom), Schauspieler **Anatole Taubman**,



Alles sehr geheim: Unternehmer Sawiris.

Stilberater **Clifford Lilley**, die sich als Hobbyköche outeten, und Nationalrätin **Doris Fiala**, die für den Anlass das PR-Mandat hat.

Der Sänger **Andreas Winkler**, zurzeit in «Drei Schwestern» am Zürcher Opernhaus zu hören, hat sich schon länger neben der Oper ein zweites Standbein aufgebaut: Unterhaltungsmusik. Erst mit der Truppe The Sentimental Gangsters, welche Chicago-der-20er-Jahre-Stimmung auf die Bühne zauberte, jetzt singt er italienische Canzoni. Tritt vor allem an privaten Veranstaltungen auf. Auch privat läuft es gut. Sohn **Sebastian** wird im Sommer ein Jahr alt.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Nichts missen

Die Schönheitskönigin Nathalie Raguth, 24, und der Detailhandelskaufmann Panajotis Kastanidis, 24, heiraten im Juni. Sie haben ein Missen-Jahr überstanden, jetzt soll die Liebe ewig halten.



«Wie ein Engel»: Liebespaar Raguth-Kastanidis.

Panajotis: Als ich Nathalie vor sechs Jahren kennenlernte, arbeitete sie bereits als Model und war viel unterwegs. Ich fand das spannend, habe sie immer unterstützt, und als sie Miss Zürich wurde, zweifelte ich keine Minute an unserer Liebe.

Nathalie: Ich war vom ersten Augenblick an in ihn verliebt: in sein Verhalten, seinen Humor, seinen Charakter und natürlich auch in das südländische Aussehen. Darüber, ob ein zukünftiger Ehemann reich sein soll, machte ich mir nie Gedanken. Ein Partner muss mich mit seinem Charakter und nicht mit dem finanziellen Vermögen überzeugen. Ich kann mir mein Leben sehr gut alleine finanzieren, ich arbeite gerne und wollte nie von jemandem abhängig sein. Treue und Ehrlichkeit sind für mich wichtiger als ein volles Bankkonto.

Panajotis: Ich sehe das genauso. Natürlich möchte jeder Mann eine attraktive Frau an seiner Seite haben, am Ende des Tages muss man sich aber gut verstehen, sonst wird nichts aus der Beziehung. Den Tag, an dem ich Nathalie begegnete – wir waren beide noch in der Lehre –, werde ich nie vergessen. Sie schritt die Treppe hinunter und war ganz in Weiss gekleidet: wie ein Engel. Sie ging mir nicht mehr aus dem Kopf. Zuerst dachte ich: «Sie ist sicher vergeben», doch

zum Glück war dem nicht so. Ihre grossen Rehaugen und ihr wunderschönes Gesicht fielen mir natürlich sofort auf. Bald entdeckte ich hinter dem schönen Äusseren aber auch einen wunderbaren Charakter.

Nathalie: Viele Missen trennen sich im Amtsjahr von ihrem Partner. Dass wir uns zu diesem Zeitpunkt bereits seit drei Jahren liebten, war sicher ein Vorteil. Meine Liebe zu Jotis war immer stärker als die Karriere, das muss er gespürt haben, und das ist auch heute noch so.

Panajotis: Man muss sich von Anfang an darüber klar sein, dass eine Schönheitskönigin in der Öffentlichkeit steht und viel unterwegs sein wird. Es ist eine neue Situation, die man zusammen aber durchaus meistern kann. Wenn man sich liebt, gönnt man dem anderen den Erfolg, und beide setzen alles daran, dass man sich innerlich nicht voneinander entfernt.

Nathalie: Als Teenies lernten wir uns kennen, heute sind wir beide reifer, selbstbewusster, wissen, dass wir auch Hürden und Probleme gemeinsam meistern können, und stehen mit beiden Beinen in einem spannenden Leben, das uns beiden gefällt: gute Voraussetzungen für eine Ehe, wie wir finden.

Panajotis: Ich habe mich von Anfang an verantwortlich gefühlt für Nathalie. Ich bin ihr Beschützer und derjenige, der immer an ihrer Seite steht, egal, was passiert.

Nathalie: In drei Monaten werden wir heiraten, und die Planung ist bereits weit fortgeschritten. Die Kirche, das Hotel, in dem wir feiern werden, und das spezielle Auto für den grossen Tag sind bereits gebucht. Ebenfalls haben wir eine wunderschöne und feine Torte bestellt. Zurzeit organisieren wir den Apéro und das Menü für den Abend. Die Eheringe müssen wir noch aussuchen. Es soll ein Tag werden, an dem wir nichts missen. Wie mein Brautkleid aussieht, weiss nur meine Trauzeugin Kerstin Cook.

Panajotis: Gleich nach der Hochzeit folgen tolle Flitterwochen in Amerika. Weitere Pläne im Beruf betreffen die Weiterbildungen. In welche Richtung es genau geht, werden wir bald entscheiden. Und bevor wir in einigen Jahren eine Familie gründen, möchten wir eine Weltreise machen.

Protokoll: Franziska K. Müller

Sitzung

Von Andreas Thiel — Auf der Redaktion der Weltwoche.

Chefredaktor: Haben wir eine Titelstory?

Wissenschaftsredaktor: Was ist mit dem Heiler von Bern? Wir könnten die Alternativmedizin wieder mal verunglimpfen.

Chefredaktor: Ist der jetzt ein Mörder oder ein Vergewaltiger?

Inlandredaktor: Der Vereinsvorstand des Vereins der Vergewaltigerinnen und Vergewaltiger diskutiert noch darüber, ob man ihn aufnehmen soll.

Wissenschaftsredaktor: Zu Fukushima gibt es eine neue Theorie, dass das Unglück nicht vom Tsunami ausgelöst wurde, sondern von einer überhitzten Solarzelle.

Chefredaktor: Was ist mit Nordkorea?

Auslandredaktor: Kim Jong Un ist in Bern zur Schule gegangen. Sein Verhalten ist ein gutes Beispiel dafür, wo unsere antiautoritäre Erziehung hinführen kann.

Chefredaktor: Und was passiert im Bundeshaus?

Anonymer Informant: FDP und CVP haben mit der SP heimlich vereinbart, dass sie gegen den Gripen stimmen. Dafür stimmt die SP der Wehrpflicht für Frauen zu.

Inlandredaktor: Frauen an die Waffen?

Anonymer Informant: Und Männer an den Herd. Die Soldaten sollen durch Politessen ersetzt werden, welche auch in Friedenszeiten gewinnbringend eingesetzt werden können.

Auslandredaktor: Und was ist mit der Landesverteidigung?

Anonymer Informant: Die Politessen sollen auch den Feind büssen, sobald er die Grenze überschreitet.

Inlandredaktor: Und wenn wir vom Feind überrannt werden?

Anonymer Informant: Dann sind die Politessen angewiesen, Guerillagruppen zu bilden und nachts Bussen zu verteilen.

Chefredaktor: War da nicht noch was mit dem Bär?

Anonymer Informant: Ja, der M13 war gemäss einer internen Untersuchung mehrfach gebüsst worden, hatte die Bussen aber nie bezahlt. Die Freigabe zum Abschuss kam nicht vom Jagdaufseher, sondern von einer sozialdemokratischen Polizeivorsteherin.

Chefredaktor: Danke Christoph.



Fadengerade

Von Peter Rüedi



Der Geschmack wandelt sich. Wer von der ewigen Schönheit des Weibes träumt (so hiess das damals), braucht nur eine Modezeitschrift aus dem vorletzten Fin de Siècle zur Hand zu nehmen. Die Ideale welken, ein Typus geht, ein anderer kommt. Wer wollte sich zur Behauptung versteigen, wir würden die gleichen Weine schätzen wie unsere Grossväter (um uns mal auf dieses wenig verfängliche Gebiet zu retten)? Wer weiss, ob in zwanzig Jahren noch in jedem zweiten Weinbeschrieb von «Mineralität» die Rede ist? Lassen wir das. Zumal die Sache selbst, schlank, vielleicht auch asketisch auf Terroir vinifizierte Weine, durchaus das ist, was mir (unter anderem) gefällt (und zwar aus Lust, nicht etwa aus Prinzip. Da ersetzt ja ohnehin eine Leerformel die andere: Wer nicht ahnt, was «mineralisch» ist, kann sich auch unter «Terroir» nichts vorstellen). Dies festgestellt, möchte ich ein Exempel präsentieren, das die Erklärung von beidem auch nicht einfacher macht (für alle, die kein Studium der Geologie und kein Praktikum in Spektralanalyse hinter sich haben), das aber unzweifelhaft klarmacht, was damit gemeint ist.

Nun bin ich seit langem ein grosser Bewunderer des Rieslings, und zwar der Rieslinge aller Länder, zumal aber der deutschen. Wenn die «trocken» heissen, sind sie es zwar inzwischen auch meist. Aber der Superlativ auf der nach oben offenen Rieslingtrockenheitsskala, den der «Mölsheim» 2011 des illustren Rheinhessen-Guts Battenfeld-Spanier vorstellt, zieht selbst mir Liebhaber spartanischer Trinkgewohnheiten den Mund (und das Wasser darin) lustvollst zusammen. Er ist, fadengerade und jenseits von allem Tandaradei, sensationell. Gewachsen auf nacktem Kalk («Viel Steine gab's und wenig Brot»), ist er so etwas wie ein Lehrstück eines mineralischen, würzigen Rieslings von cool-elegantem Understatement. Ein Trunk, an dem selbst ein Hemingway des Weinbeschriebs zum Schwätzer wird. Stein- und Kernobst. Mentholische Frische. Erdige Noten. Ob ich mir die feuersteinige Mineralität am Gaumen nur einbilde? Eigentlich egal. Solange ich sie nur schmecke.

Battenfeld-Spanier: Mölsheim Riesling 2011 (Rheinhessen). 13%. Schönau, Auswil. Fr. 22.–. www.rieslingco.ch

Schöner als jede E-Mail

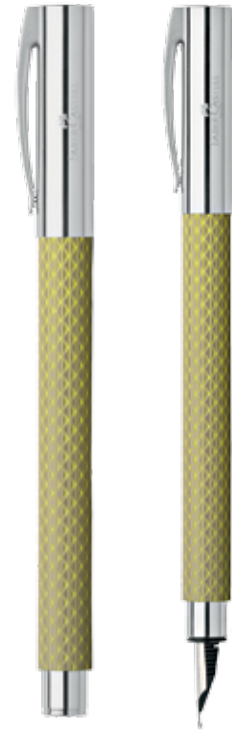
Von Jürg Zbinden

1 — Als Hommage an eine der stilprägenden Kunstformen der 1960er Jahre präsentiert sich der «Ambition Edelharz OpART Curry» von Faber-Castell. Sein schlanker Schaft ist mit einer feinen Guillochierung versehen und offenbart so ein geometrisches Farb- und Formmuster, das einen dreidimensionalen Effekt erzeugt. Warme gelb-grüne Gewürznuancen verleihen dem «Ambition» eine sinnliche Note und verströmen stilvolles Retro-Flair auf dem Schreibtisch. Front- und Endstücke aus hochglänzend verchromtem Metall setzen kontrastierende Akzente. Füllfederhalter M Fr. 85.–, Drehkugelschreiber Fr. 75.–. Landolt-Arbenz, Bahnhofstr. 65, Zürich.

2 — Alles beginnt mit dem geschriebenen Wort. Mit der eigenen Unterschrift auf einem Blatt Papier oder den mit Worten zum Ausdruck gebrachten Gedanken und Träumen – schreiben zu lernen, ist auch heute noch vielen Kindern vorenthalten. Montblanc teilt die Überzeugung von Unicef, dass alle Kinder ein Recht auf Zugang zu Bildung haben, und präsentiert in diesem Zusammenhang die Montblanc «Signature for Good» Collection. Für jeden zwischen dem 1. März 2013 und dem 31. März 2014 verkauften Artikel aus der «Signature for Good» Collection spendet Montblanc einen Teil des Erlöses. Der Füllfederhalter «Le Grand» kostet Fr. 890.–. In ausgewählten Papeterien sowie bei Boutique Montblanc, Bahnhofstr. 25, Zürich.

3 — Nach dem Safran, dem Nachtblau, dem Schwarz, Türkis und Graphitgrau bringt Caran d'Ache das Taupe in die Kollektion. Zur Bereicherung der Palette «Les Couleurs du Léman» wurden die wichtigsten Kompetenzen kombiniert: das Know-how im Bereich von Farbe mit der hohen Kunst des Schreibens. «Léman Cachemire» erinnert an einen Winterhimmel im Moment, in dem sich die Sonne hinter den Bergen verabschiedet und sich im Wasser zauberhafte Nuancen spiegeln. Der Füllfederhalter (Fr. 600.–) kann mit einer Tintenpumpe oder mit Patronen verwendet werden. Der Kugelschreiber (Fr. 330.–) besitzt einen Hochpräzisions-Drehmechanismus und ist mit der «Goliath»-Riesenpatrone ausgestattet, die bis zu 600 DIN-A4-Seiten sauber beschreibt. Erhältlich bei Boutique Caran d'Ache, Löwenstr. 19 in Zürich, sowie in ausgewählten Papeterien.

1



2



3





Auto

Mein Phantom

Man sagt, es sei das beste Auto der Welt. Ein Rolls-Royce verändert denjenigen, der ihn fährt. *Von David Schnapp*

Einen Rolls-Royce zu fahren, bedeutet, den Schritt in eine eigene Welt zu machen, dieses Auto ist mit nichts zu vergleichen, was sonst auf der Welt auf vier Rädern unterwegs ist. Ich stehe vor dem Modell Phantom, das mir für eine Woche zum Testen überlassen wird. Senkrecht steht der Kühlergrill wie der Eingang eines Tempels im Wind. Dahinter beginnt eine schier endlos lange Motorhaube, die in der Mitte mit einem Streifen aus poliertem Chromstahl verziert wird. Der fast sechs Meter lange Wagen steht auf mächtigen 21-Zoll-Felgen, die Linien sind klar, und so

gewaltig das Auto wirkt, ist das Heck schon fast filigran. Mein erster, banger Gedanke gilt der Einfahrt zur Tiefgarage, der ich – so der schnelle Entscheid – den Rolls nicht aussetzen werde. Ob der Phantom ein schönes Auto ist oder nicht, ist in Internet-Diskussionsforen Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen. Da er wie erwähnt mit nichts vergleichbar ist, was sonst auf der Strasse unterwegs ist, kann auch kein gescheiter Vergleich gemacht werden. Denn auch ein Mulsanne, die Highend-Limousine von Bentley, ist letztlich in einer anderen Kategorie zu Hause als der Phantom.

Die Kunst der Mühelosigkeit

Ähnlich wie den Sportwagen von Lamborghini liegt einem Rolls-Royce ein radikales Konzept zugrunde, Konzessionen an das, was man Durchschnittsgeschmack nennt, werden keine gemacht. Das Interieur, aufwendig gegerbtes und genähtes Leder von speziellen Kühen und in langwieriger Handarbeit Schicht für Schicht aufgebaute Holzintarsien, ist fast schon aufreizend schlicht. Senkrecht steht die Armatur vor dem Fahrer, nur wenige Schalter sind di-

rekt erreichbar. Viele Funktionen sind im Verborgenen angebracht.

Den Motor des Phantom, ein eindrucksvolles Zwölfzylinder-Aggregat mit sechsdreiviertel Liter Hubraum, hört man nur einmal, wenn man den Startknopf drückt. Danach ist der Wagen so leise wie ein Elektromobil, mühelos rollt man los, mühelos wird beschleunigt, und mühelos lenkt man den gegen drei Tonnen schweren Rolls mit zwei Fingern am feingliedrigen Lenkrad. Das Fahrwerk ermöglicht ein Fortkommen, das weniger an ein Auto erinnert als an ein Segelschiff. Rolls-Royce nennt das «fliegenden Teppich». Sanft schaukelt der grosse Wagen über Unebenheiten, falls jemand auf der Rückbank schlafen sollte (die Vorhänge am Heck- und an den hinteren Seitenfenstern schliessen sich auf Knopfdruck), wird er sicher nicht wach, nur weil mal wieder eine Strasse in schlechtem Zustand ist.

Das wirklich Grossartige an diesem Auto ist aber letztlich, was es mit einem macht. In den paar Tagen, in denen ich den Phantom fuhr, war ich permanent gelassen, entspannt und optimistisch. Ich machte selbstverständlich auch Alltagsbesorgungen wie das Abholen des Jüngsten in der Krippe oder einen Besuch bei Freunden. Vermutlich hatte ich ein permanentes, unauslöschliches leichtes Grinsen im Gesicht. Dafür kann kein Preis zu hoch sein – sofern man ihn bezahlen kann.

Rolls-Royce Phantom

Leistung: 460 PS, Hubraum: 6749 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 240 km/h
Preis: Fr. 580 200.–; Testwagen Fr. 621 575.–





«Ich wäre schockiert»: Street-Art-Künstler Leonard «Futura» McGurr, 57.

MvH trifft

Futura

Von Mark van Huisseling — Wie aus Leonard «Futura» McGurr, dem ersten grossen Graffitikünstler, ein Steuerzahler wurde.

Für einmal eine Art Erklärung am Anfang (sonst gibt es das nicht bei mir, weil im Grunde Leute, die man erklären muss, auf dieser Seite nicht vorkommen): Bei Futura – früher Futura 2000 – handelt es sich um den bekanntesten Street-Art- und Graffitikünstler, von dem Sie noch nie etwas gehört haben. Der 57-Jährige aus New York hat am Anfang seiner Laufbahn zum Beispiel für die Londoner Band The Clash gearbeitet; er war befreundet mit Jean-Michel Basquiat, Keith Haring und mit Madonna. Jetzt hat er für Hennessy, eine Cognac-Marke, eine Flasche gestaltet.

«Ah, Lagerfeld, 79-jährig, er sieht ziemlich verdammt gut aus ...» (Ich habe ihm «MvH trifft» von vergangener Woche gezeigt.) «Ja, mach weiter so.» (Wir verkehren per du, obwohl wir nicht bekannt sind miteinander.) «Nun, ich bin 57, ich nähere mich an, langsam.» – «Es ist gut, ein *spring chicken* [jemand Junges] im Heft zu haben ab und zu.» – «Toll.»

– «Der Witz war vielleicht nicht so lustig für dich, für mich schon, weil ungefähr 85 Prozent meiner Interviewgeber 59-jährige Männer sind, die etwas erreicht haben. Und die bereit sind, darüber zu sprechen.» – «Leute, die überlebt haben, wie ich also.»

«Bist du schon an Schweizer Wänden vorbeigefahren mit erwähnenswerten Graffiti?» – «Meine Beobachtung, vom Flughafen hierher [wir sind im «Dolder Grand»]: Es gibt eine Graffitibewegung, wie überall. So, wie es aussieht, vor allem *tagging*, recht amateurhaft. Ich habe noch nichts Fantastisches gesehen; ich bin aber erst einen Tag hier, also eigentlich nicht qualifiziert, das zu sagen.» – «Als Mitarbeiter einer, sagen wir, konservativen Zeitschrift ...» – «Ja, genau, ich habe sofort gedacht, als ich dich und das Magazin gesehen habe: «Das ist ziemlich nicht meine Teetasse.» – «In Ordnung, aber du hast wahrscheinlich auch Veränderungen hinter dir, sonst wärst du


nicht hier und würdest kein Interview geben. Also, als Mitarbeiter einer konservativen Zeitschrift und Immobilieneigentümer bin ich dagegen, dass private Häuser besprayt werden.» – «Ich bin einverstanden, voll und ganz. Ich meine, wir waren eine Gemeinde ausserhalb des geltenden Rechts, in New York in den siebziger Jahren, doch wir hatten eine Standesethik. Keiner von uns hätte privates Eigentum verunstaltet. Wir arbeiteten im U-Bahn-Netz. Die sogenannte Street-Art wurde erst erfunden, nachdem das U-Bahn-Netz, das streng genommen öffentlicher Grund ist, für uns geschlossen wurde.» – «Und ich muss zugeben, dass ich nichts dagegen hätte, an meinem Haus eine Arbeit zu haben von dir ...» – «... oder von Banksy?» – «Richtig.» – «Ein bisschen heuchlerisch, aber verständlich.» – «Bist du Hauseigentümer?» – «Nein, Mieter, ich wohne in Brooklyn – was könnte ich dort schon besitzen?» – «Dann hast du dieses Problem nicht.» – «Dafür andere Probleme.»

Auf einer halben Million Flaschen

«Ich habe auf «Artnet» [eine Site im WWW mit Auktionsergebnissen] gesehen, dass vergangenen Monat eine Arbeit von dir versteigert wurde für 4000 Dollar.» – «Tönt sehr billig.» – «Ja, fand ich auch.» – «Ich weiss nicht, was und wie gross es war, aber meine Werke kosten normalerweise ungefähr das Zehnfache. Ich wäre schockiert. Wie du vorhin selber gesagt hast: «Traue der Technologie nicht.»» (Sage ich immer, weil ich Handnotizen auf Papier mache, obwohl ich ein Aufnahmegerät laufen lasse.) «Das war eine gute Zeit ...» (Er zeigt auf einen Artikel, den ich in meinen Unterlagen habe, über seine Zusammenarbeit mit The Clash – er sprayte 1981 auf deren «Combat Rock»-Tour durch Europa während Konzerten Bilder auf der Bühne –; man bereitet sich ja vor auf diese Befragungen.) «Das war Gegenkultur, jetzt hast du eine Flasche für Hennessy gestaltet – ist man beweglicher als Amerikaner?» – «Interessant, viele Leute verstehen meine Entwicklung nicht – vom Rebellen der 80er Jahre, illegal, voller Energie ... *It was real*. Doch 1990 hatte ich zwei Kinder, das veränderte mein Denken, aus dem Gesetzlosen wurde ein Steuerzahler. Ich bin seriös jetzt. Und meine Tochter begleitet mich auf dieser Promotionsreise um die Welt.» – «Gut für euch.» – «Als ich zum ersten Mal meinen Namen an eine Wand schrieb, wollte ich Aufmerksamkeit: «Hey, schaut her, ich existiere.» Ich bin jetzt 57, es hat sich eigentlich nicht geändert. Bloss ist mein Name jetzt auf der Flasche, auf einer halben Million Flaschen.»

Sein liebstes Restaurant: Peter Luger, 178 Broadway, Brooklyn, New York, USA, Telefon +1 718 387 7400

Mark van Huisselings neues Buch «Zürich»: Lesung mit Showact/Gaststar am 23. März, 20.00 Uhr im Festsaal des «Kaufleuten», Zürich, www.kaufleuten.ch



Breguet
Depuis 1775



Breguet, créateur.

Marine Tourbillon mit Chronograph

1815 wird Breguet von Ludwig XVIII. von Frankreich zum Uhrmacher der königlichen Marine ernannt. Dieser prestigereiche Titel, Synonym außergewöhnlicher wissenschaftlicher Fähigkeiten, lebt heute in der Kollektion Marine und im Chronographen Grande Complication 5837 mit seinem Tourbillon-Käfig aus Titan sowie Spiralfeder, Hemmungsrund und Anker aus Silizium weiter. Wir schreiben die Geschichte fort...